



heute handeln.

Gemeinsam für
nachhaltige Entwicklung in NRW.

Nachhaltigkeitsindikatoren Nordrhein-Westfalen
Bericht 2016

Impressum

Nachhaltigkeitsindikatoren Nordrhein-Westfalen Bericht 2016

Herausgeber

Landesregierung Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf
Telefon: 0211-837-01
www.nrw.de

Fachlicher Ansprechpartner

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat VIII-4 Nachhaltige Entwicklung, Koordination Nachhaltigkeitsstrategie NRW, Grundsatzfragen der Umweltpolitik
Schwannstr. 3
40190 Düsseldorf
nachhaltigkeit@mkulnv.nrw.de
www.nachhaltigkeit.nrw.de
www.nachhaltigkeitsindikatoren.nrw.de

Erstellung und Redaktion

Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)
Geschäftsbereich Statistik
Postfach 101105
40002 Düsseldorf
nachhaltigkeitsindikatoren@it.nrw.de
www.it.nrw.de
www.nachhaltigkeitsindikatoren.nrw.de

Umschlaggestaltung

Kap N GmbH, Köln
www.kap-n.de

Bildnachweis

Titel: © soleg/istockphoto
Umschlagseite 4: © paladin13/istockphoto
Seite 27: © meineresterampe/Pixabay
Seite 28: © Kevan Craft/Pixabay
Seite 45: © Peggy und Marco Lachmann-Anke/Pixabay
Seite 59: © Unsplash/Pixabay
Seite 62: © Erich Westendarp/Pixabay
Seite 67: © Steve Buisinne/Pixabay
Seite 69: © Gerhard Bögner/Pixabay

Erschienen im Juni 2016.

Nachhaltigkeitsindikatoren Nordrhein-Westfalen Bericht 2016

Bearbeitet durch
Information und Technik Nordrhein-Westfalen
Geschäftsbereich Statistik

Im Auftrag der Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	6
Vorwort	6
Redaktionelle Hinweise	6
Methodische Hinweise	7
Klimaschutz/Energiewende	8
Treibhausgasemissionen	8
Strom aus erneuerbaren Energiequellen	9
Primärenergieverbrauch und Endenergieproduktivität	10
Kommunale Klimaschutzkonzepte	11
Schadenaufwand in der Wohngebäudeversicherung	12
Einsatzstunden des THW bei wetter- und witterungsbedingten Schadenereignissen	13
Nachhaltiges Wirtschaften	14
Erwerbstätige in der Umweltwirtschaft	14
Bruttowertschöpfung in der Umweltwirtschaft	15
Rohstoffproduktivität	16
Schutz natürlicher Ressourcen	17
Gefährdete Arten („Rote Liste“)	17
Artenvielfalt und Landschaftsqualität	18
Fläche des landesweiten Biotopverbundes	19
Reine Nadelwaldbestände	20
Zertifizierte Waldfläche	21
Ökologischer Zustand oberirdischer Gewässer	22
Nitrat im Grundwasser	23
Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	24
Feinstaub- und Stickstoffdioxidkonzentration	25
Lärmbelastung	26
Demografischer Wandel	29
Ambulant versorgte pflegebedürftige Menschen	29
Kommunale Seniorenvertretungen	30
Beratungen der Landesbüros und entsprechende Inanspruchnahme von Fördermitteln des Landesförderplans	31
Vorzeitige Sterblichkeit	32
Erwerbstätigenquote der Älteren	33
Armutsrisikoquote im Alter	34
Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe	35
Armutsrisikoquote nach Geschlecht	35
Einkommensverteilung	36
Ganztagesbetreuung für Kinder	37
Gute Arbeit – Faire Arbeit	38
Erwerbstätigenquote nach Geschlecht	38
Integration	39
Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund	39
Höchster allgemeinbildender Schulabschluss der Menschen mit Migrationshintergrund	40
Höchster beruflicher Bildungsabschluss der Menschen mit Migrationshintergrund	41
Armutsrisikoquote der Menschen mit Migrationshintergrund	42

Inhaltsverzeichnis

Nachhaltige Finanzpolitik	43
Finanzierungssaldo des Landes	43
Schuldenstandsquote	44
Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung	45
Nachhaltiger Konsum/nachhaltige Lebensstile	46
Recyclingquote	46
Endenergieverbrauch privater Haushalte	47
Ausgaben für Biolebensmittel	48
Ressourcenverbrauch privater Haushalte	49
Landwirtschaft	50
Stickstoffüberschuss	50
Ökologischer Landbau	51
Gesundheit	52
Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit) und Übergewicht	52
Raucherquote	53
Frühverrentung wegen psychischer Erkrankungen	54
Eine-Welt-Politik/Europäische und internationale Dimension	55
Importe aus Entwicklungsländern	55
Landesprogramme im Bereich der Eine-Welt-Politik	56
Ausländische Studierende	57
Geschlechtergerechtigkeit	58
Frauen in Führungspositionen	58
Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen	60
Inklusion	61
Integrationsquote von Schüler(inne)n mit sonderpädagogischem Förderbedarf	61
Nachhaltigkeit in den Kommunen (Lokale Agenda)	62
Kommunen mit Nachhaltigkeitsbeschlüssen oder -gremien	62
Bürgerschaftliches Engagement/Teilhabe	63
Engagementquote	63
Bildung und Wissenschaft	64
18- bis 24-Jährige ohne Abschluss des Sekundarbereichs II	64
Betriebe mit Neuheiten und Verbesserungen	65
Hintergrundindikatoren	66
Lebenserwartung	66
Alten- und Jugendquotient	68
Menschen mit Migrationshintergrund	70
Pflegebedürftige Menschen in der vollstationären Dauerpflege bzw. der Häuslichkeit	71
Beschäftigte Pflegefachkräfte in der stationären und ambulanten Pflege in Voll- und Teilzeit	72
Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner	73
Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt	74
30- bis 34-Jährige mit Hochschulabschluss oder einem vergleichbaren Abschluss	75
Ausgaben für Forschung und Entwicklung	76
Patentanmeldungen und Patentintensität	77
Abkürzungsverzeichnis	78

Vorbemerkung

Vorwort

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie eine regelmäßige Berichterstattung festgelegt, deren Ziel es ist, mittels vereinbarter Indikatoren den Fortschritt bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie zu messen. Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) – Geschäftsbereich Statistik – als zentrale Statistikstelle des Landes hat den Auftrag erhalten, zeitgleich mit der Veröffentlichung der Nachhaltigkeitsstrategie einen ersten Indikatorenbericht vorzulegen, der die Grundlage für eine regelmäßige Berichterstattung bildet.

Das Berichtssystem umfasst knapp 60 Indikatoren, die den 19 Handlungsfeldern der Nachhaltigkeitsstrategie zugeordnet sind, sowie 11 Hintergrundindikatoren. Der nun vorliegende, erste Bericht „Nachhaltigkeitsindikatoren Nordrhein-Westfalen“ wurde in Abstimmung mit allen betroffenen Ressorts erarbeitet. Er bildet die Grundlage für die Fortschreibung der Daten in den kommenden Jahren.

Die Bundesregierung wird im Rahmen des Fortschrittsberichts zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie voraussichtlich im Herbst 2016 neue Ziele und Indikatoren für den Zeitraum bis 2030 festlegen und damit auch einen wichtigen Bezugspunkt für die Umsetzung der internationalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) in Deutschland setzen. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat sich bei der Festlegung von Zielen und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie an den Bundeszielen und -indikatoren orientiert und wird dies voraussichtlich auch bei der Weiterentwicklung des Ziel- und Indikatorensets für NRW tun.

Redaktionelle Hinweise

Die Struktur des Berichts „Nachhaltigkeitsindikatoren Nordrhein-Westfalen“ basiert auf der in der Nachhaltigkeitsstrategie vorgegebenen Gliederung, die im Kapitel „Ziele und Indikatoren“ beschrieben ist. Einige Indikatoren sind mehreren Handlungsfeldern zugeordnet. Im vorliegenden Bericht werden sie jeweils im zuerst genannten Handlungsfeld beschrieben. Dies betrifft folgende Indikatoren und Handlungsfelder:

Indikator	Handlungsfeld, in dem der Indikator beschrieben wird	Weitere Handlungsfelder
Nitrat im Grundwasser	Schutz natürlicher Ressourcen	Landwirtschaft
Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche	Schutz natürlicher Ressourcen	Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung
Armutsrisikoquote nach Geschlecht	Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe	Geschlechtergerechtigkeit

Da die Definition des Indikators „Rate der energetischen Sanierungen von Gebäuden“ noch nicht abgeschlossen werden konnte und für die Indikatoren des Handlungsfelds „Nachhaltige Mobilität“ noch keine tragfähigen Daten vorliegen, werden diese Indikatoren im vorliegenden Bericht nicht dargestellt.

Um den Zusammenhang zur Nachhaltigkeitsstrategie herzustellen, wurden im vorliegenden Bericht die Ziele der Landesregierung sowie die Zuordnung zu den internationalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) als Zitate übernommen. Dabei werden die Ziele nur in der Kurzform wiedergegeben; zusätzliche Erläuterungen sind der Ziel- und Indikatorenübersicht der Nachhaltigkeitsstrategie zu entnehmen. Die Zuordnung der einzelnen Indikatoren zu den SDGs erfolgt spezifischer als dies in der Nachhaltigkeitsstrategie der Fall ist, d. h. es gibt hier Abweichungen.

Methodische Hinweise

Datenquellen

Der Bericht „Nachhaltigkeitsindikatoren Nordrhein-Westfalen“ basiert auf vielen verschiedenen Datenquellen und nur zum Teil auf Daten der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Es soll die Anschlussfähigkeit an andere, bereits bestehende NRW-Berichtssysteme gewährleistet werden (z. B. Umweltwirtschaftsbericht NRW, Umweltberichterstattung/Umweltindikatoren des LANUV, Sozialberichterstattung NRW etc.).

Berichtszeiträume

Aus Gründen der Einheitlichkeit wurde angestrebt, Zeitreihen ab Anfang der 1990er Jahre bis zum aktuell verfügbaren Jahr abzubilden. Es gibt jedoch unterschiedlichste Gründe für Ausnahmen, wie beispielsweise

- methodische Änderungen in den Erhebungen,
- festgelegte Basisjahre bei Indizes,
- neue oder geänderte Gesetze, die zu einer veränderten Abgrenzung von Merkmalen oder Indikatoren führen und/oder
- Daten aus unregelmäßig oder einmalig stattfindenden Erhebungen, Studien und/oder Berechnungen.

Datenstand

Bei den Indikatoren zum Thema Integration liegen derzeit nur verlässliche, auf dem Mikrozensus basierende Daten bis zum Jahr 2014 vor; Daten zur Integration der ab 2015 eingewanderten Personen stehen derzeit noch nicht zur Verfügung.

Am 30. März 2016 wurden aktualisierte Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Bruttoinlandsprodukt) veröffentlicht. Diese sind in diesem Bericht berücksichtigt (Ausnahme: BIP je Einwohner).

Auf Bund-Länder-Ebene gibt es eine Diskussion zur Weiterentwicklung des Indikators „Rohstoffproduktivität“, die noch nicht abgeschlossen ist. Deshalb wurde im vorliegenden Bericht die bisherige Abgrenzung verwendet.

Rundungsbedingte Abweichungen

Die Daten sind als gerundete Werte ausgewiesen, Berechnungen erfolgen jedoch auf Basis nicht gerundeter Einzelwerte.

Klimaschutz/Energiewende

Treibhausgase reduzieren

Treibhausgasemissionen

Ziel der Landesregierung

Bis 2020 Verringerung um mindestens 25 % und bis 2050 um mindestens 80 % (im Vergleich zu 1990). Für 2030 orientiert sich die Landesregierung an Szenarioberechnungen im Rahmen des Klimaschutzplans, nach denen die Emissionen bis 2030 um rund 44 % sinken, inklusive des Wirkungsbeitrages des europäischen Emissionshandels.

Definition und methodische Hinweise

Zu den Treibhausgasen zählen Kohlenstoffdioxid, Lachgas, Methan, Fluorchlorkohlenwasserstoffe, perfluorierte Kohlenwasserstoffe und Schwefelhexafluorid. Sie werden in sogenannten CO₂-Äquivalenten angegeben. Die Daten stammen aus dem Treibhausgas-Emissionsinventar NRW, welches zur Dokumentation der Emissionsentwicklung nach den Vorgaben des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) eingerichtet wurde. In diesem Inventar werden die jährlichen Emissionen der Treibhausgase bilanziert und anhand ihres Global Warming Potentials (GWP) in CO₂-Äquivalente umgerechnet. Das GWP ist ein Maß dafür, wie stark eine bestimmte Menge eines Treibhausgases im Vergleich zu Kohlendioxid zum Treibhauseffekt beiträgt und ermöglicht den Vergleich unterschiedlicher Treibhausgase hinsichtlich ihrer Klimaschädlichkeit.

Entwicklung

Im Jahr 2014 wurden in NRW nach vorläufigen Berechnungen 294 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente an Treibhausgasen in die

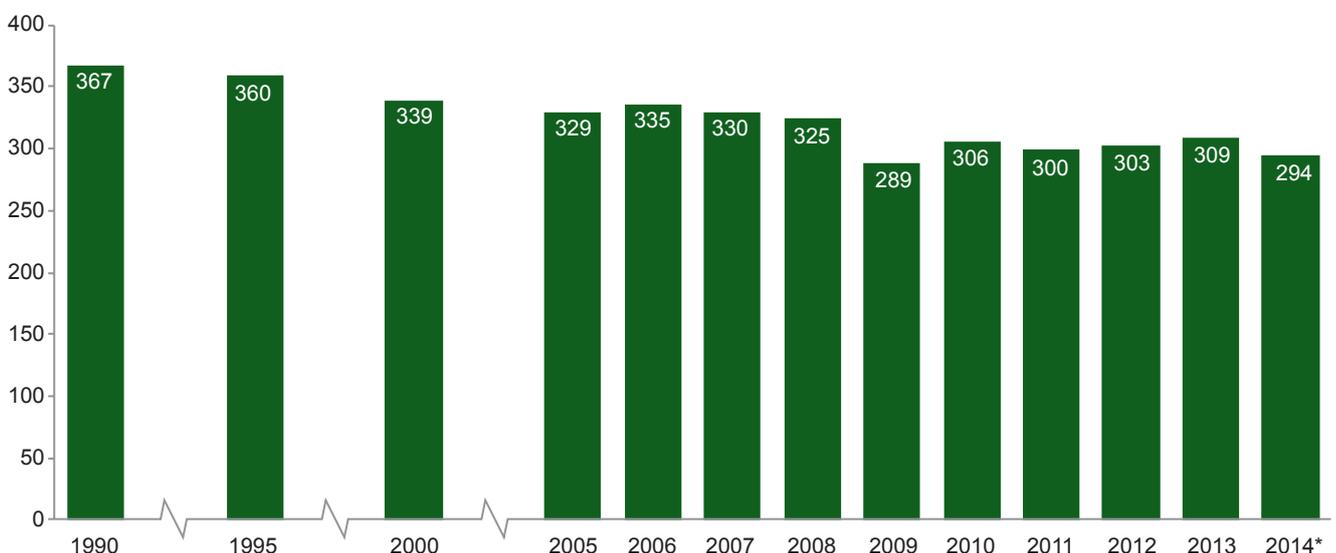
Umwelt ausgestoßen. Im Vergleich zu 1990 bedeutet dies eine Reduzierung um 19,9 %. Die geringsten Emissionen wurden im Jahr 2009 mit 289 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten verzeichnet, als in Folge der Wirtschaftskrise die Produktionstätigkeit vor allem in den energieintensiven Industriebranchen rückläufig war.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.

Treibhausgasemissionen in NRW 1990 – 2014

– in Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente –



*) vorläufiger Wert – – Quelle: LANUV NRW

Klimaschutz/Energiewende

Ausbau der erneuerbaren Energien

Strom aus erneuerbaren Energiequellen

Ziel der Landesregierung

Bis 2025 sollen mehr als 30 % des Stroms aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Bis 2050 wird im Rahmen bundesweiter Ausbauziele von mehr als 80 % ein entsprechend ambitionierter Ausbaupfad verfolgt.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator misst den Prozentanteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch. Zu den erneuerbaren Energien zählen Windkraft, Solarenergie, Biomasse (inkl. Klär- und Deponiegas), Wasserkraft und Geothermie. Der Bruttostromverbrauch setzt sich zusammen aus der Nettostromerzeugung, dem Austauschsaldo über die Landesgrenzen, dem Eigenverbrauch der Kraftwerke und den Netzverlusten.

Aufgrund erhebungsmethodischer Besonderheiten ist der Wert für das Jahr 2008 nur bedingt mit den anderen Jahren vergleichbar.

Entwicklung

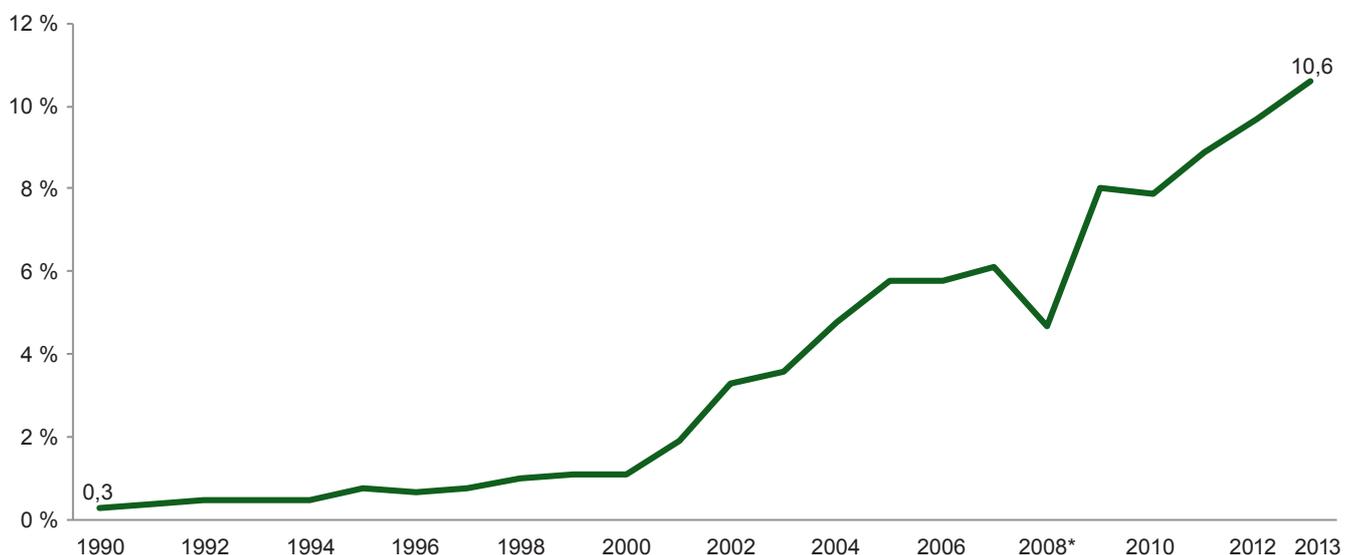
Im Jahr 2013 lag der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch in NRW bei 10,6 %. Der Anteil hat sich, ausgehend von 0,3 % im Jahr 1990, nahezu kontinuierlich erhöht. Seit Anfang der 2000er-Jahre beschleunigte sich der Anstieg; dies steht im Zusammenhang mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, das am 1. April 2000 in Kraft trat.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern.
13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.

Strom aus erneuerbaren Energiequellen in NRW 1990 – 2013

– Anteil in Prozent –



*) Wert nur bedingt vergleichbar – – Quelle: LAK Energiebilanzen

Klimaschutz/Energiewende

Energieressourcen sparsam und effizient nutzen

Primärenergieverbrauch und Endenergieproduktivität

Ziel der Landesregierung

Nach Szenarioberechnungen im Rahmen des Klimaschutzplans erscheint es möglich, den Primärenergieverbrauch von 2010 bis 2020 um 12 bis 18 % und bis 2050 um 45 bis 59 % zu reduzieren sowie die Endenergieproduktivität langfristig bis 2050 auf 1,5 bis 1,8 % pro Jahr zu steigern.

Definition und methodische Hinweise

Primärenergieträger sind Energieträger wie Mineralöle, Braun- und Steinkohle, Gase sowie erneuerbare Energien (z. B. Wasserkraft, Sonnenenergie, Windkraft und Erdwärme), die noch keine Umwandlung – insbesondere zu Strom und Wärme – erfahren haben. Der Primärenergieverbrauch ergibt sich aus der Summe der in NRW gewonnenen Primärenergieträger, den Bestandsänderungen sowie dem Saldo der Bezüge und Lieferungen von Primär- und Sekundärenergieträgern über die Landesgrenzen hinweg.

Während der Primärenergieverbrauch die Energiemenge der eingesetzten Primärenergieträger bezeichnet, ist der Endenergieverbrauch die Energiemenge, die von den Endverbrauchern genutzt wird, konkret: Die Endenergie bezeichnet den Teil der ursprünglich eingesetzten Primärenergie, der nach Umwandlung und Transport dem Endverbraucher zur Verfügung steht. In die Berechnung gehen die Verbrauchergruppen „Industrie“, „Haushalte“, „Gewerbe, Handel, Dienstleistungen“ und „Verkehr“ ein. Der Endenergieverbrauch gibt somit Auskunft über den Verbrauch der unmittelbar gebrauchsfähigen Energie z. B. in Form von Strom oder Treibstoff.

Die Endenergieproduktivität ist der Quotient aus dem Bruttoinlandsprodukt und dem Endenergieverbrauch und beschreibt die Energieeffizienz. Beide Indikatoren, Primärenergieverbrauch und Endenergieproduktivität, werden als Index (1991 = 100) dargestellt.

Entwicklung

Der Primärenergieverbrauch in NRW hat sich zwischen 1991 und 2013 um 2,6 % erhöht. Die Entwicklung unterlag Schwankungen. Die höchsten Verbrauchswerte wurden in den Jahren 2003 und 2010 verzeichnet, seit 2010 sinkt der Primärenergieverbrauch.

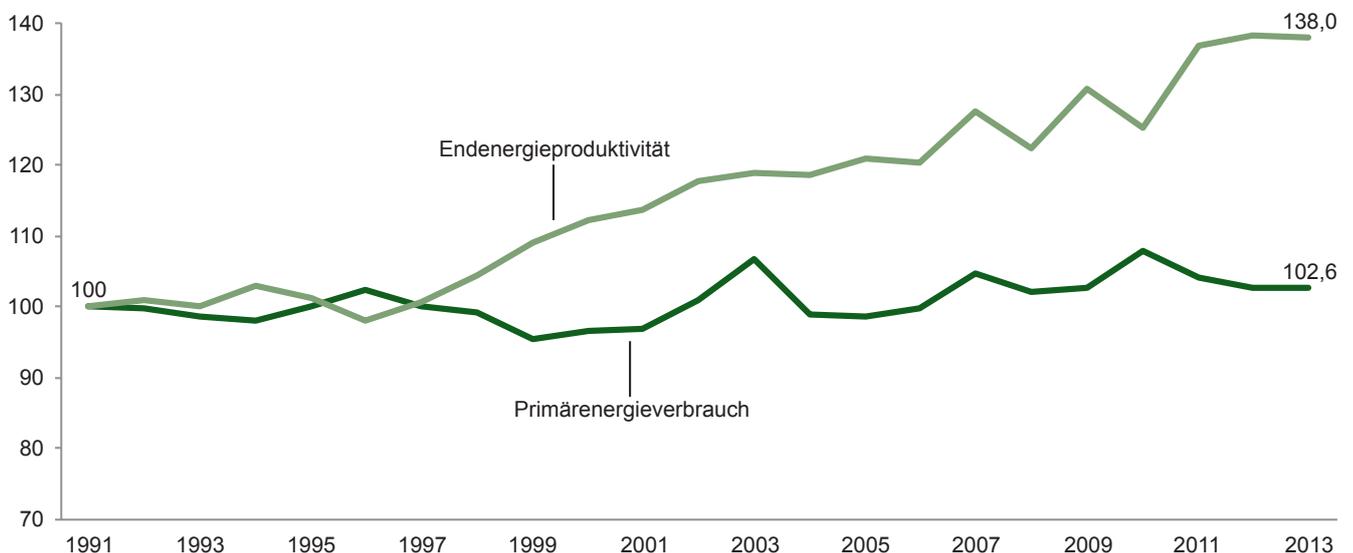
Die Endenergieproduktivität stieg in NRW zwischen 1991 und 2013 um 38,0 % an; das heißt, dass immer weniger Endenergie verbraucht wurde, um eine Einheit Bruttoinlandsprodukt zu erzeugen. Die Entwicklung war insbesondere zwischen 2007 und 2011 durch Schwankungen gekennzeichnet. Zwischen 1991 und 2013 sank der absolute Wert des Endenergieverbrauchs, nämlich um 285 Petajoule auf 2 088 Petajoule.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

- Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern.
- Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.

Primärenergieverbrauch und Endenergieproduktivität in NRW 1991 – 2013

– Index 1991 = 100 –



Klimaschutz/Energiewende

Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort stärken

Kommunale Klimaschutzkonzepte

Ziel der Landesregierung

Flächendeckend integrierte Klimaschutz- und -anpassungskonzepte auf kommunaler Ebene.

Definition und methodische Hinweise

Grundlage für diesen Indikator ist die Zahl der Klimaschutzkonzepte in den Kommunen und Kreisen NRWs. Separat dargestellt werden Klimaschutzkonzepte, die auch den Bereich Klimaanpassung behandeln. Ergänzt werden diese Angaben um die Zahl der Teilkonzepte Klimaschutz und Teilkonzepte Klimaanpassung auf kommunaler Ebene. Es werden sowohl Konzepte erfasst, die eine Förderung vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) erhalten, als auch Konzepte, die nicht oder anderweitig gefördert werden und einen vergleichbaren Standard aufweisen. Die Daten basieren auf der Auswertung des Förderportals der Bundesregierung sowie der Datenbank der Kommunal Agentur NRW.

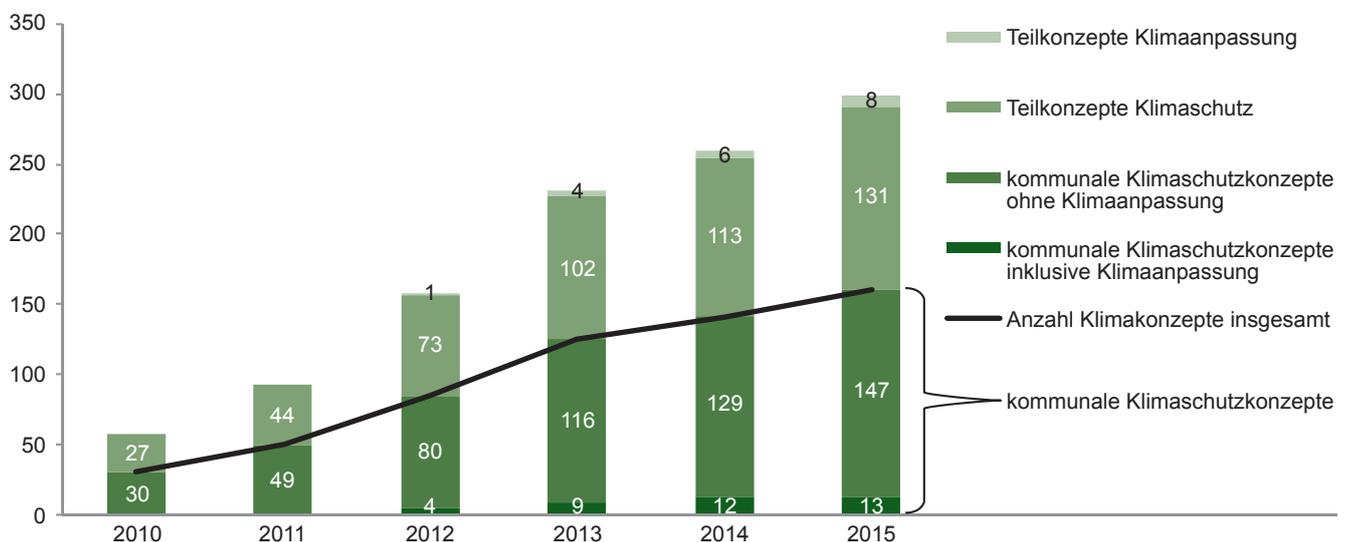
Entwicklung

In NRW hatten im Jahr 2015 insgesamt 160 Kommunen und Kreise ein kommunales Klimaschutzkonzept, von denen 13 Konzepte auch den Bereich Klimaanpassung behandeln. Hinzu kamen 131 Teilkonzepte zum Klimaschutz und acht Teilkonzepte zur Klimaanpassung. Insgesamt hat sich die Zahl der Konzepte seit 2010 mehr als verfünffacht.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern.
11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.
13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.

Kommunale Klimaschutzkonzepte in NRW 2010 – 2015 nach Konzeptart – Anzahl Projekte –



Klimaschutz/Energiewende

Begrenzung der negativen Auswirkungen des Klimawandels

Schadenaufwand in der Wohngebäudeversicherung

Ziel der Landesregierung

Senkung bzw. zumindest Stabilisierung des wetterbedingten Schadenaufwands in der verbundenen Wohngebäudeversicherung.

Definition und methodische Hinweise

Der Schadenaufwand in der Wohngebäudeversicherung wird mit zwei Teilindikatoren abgebildet, nämlich dem Schadensatz und der Schadenhäufigkeit. Berücksichtigt werden dabei Schäden durch Sturm oder Hagel. Im Rahmen einer Wohngebäudeversicherung sind Schäden am Gebäude sowie an allen fest eingebauten Gegenständen in der Regel durch Feuer, Blitzeinschlag, Sturm, Hagel und Leitungswasser versichert. Die Daten stammen vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV). Der Zeitpunkt der Schadenmeldung dient als Grundlage zur zeitlichen Zuordnung.

Der Schadensatz ist definiert als das Verhältnis des Schadenaufwands zur Versicherungssumme (in Promille). Die Schadenhäufigkeit bezieht die Zahl der Schäden auf die Anzahl der Verträge (in Prozent).

Entwicklung

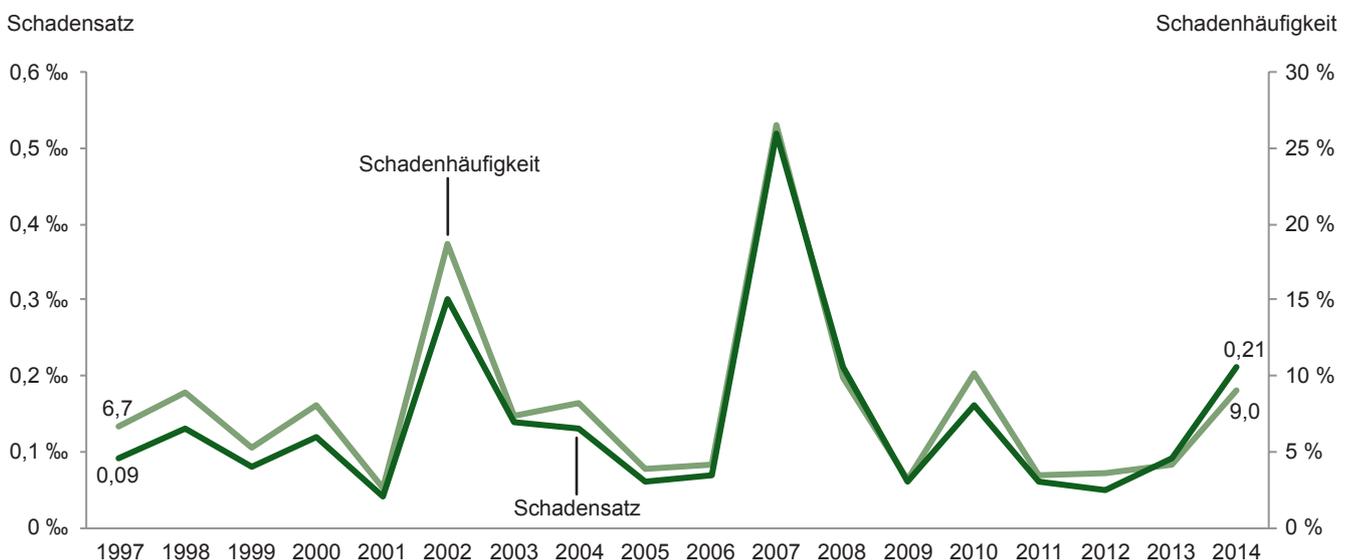
Im Jahr 2014 wurden in NRW bei 9 % der Ganzjahresverträge für Wohngebäudeversicherungen Schäden durch Sturm und Hagel gemeldet (Schadenhäufigkeit) und der Schadensatz belief sich auf 0,21 ‰ der Versicherungssumme der betreffenden Verträge. 1997 betrug die Schadenhäufigkeit 6,7%, der Schadensatz lag bei 0,09 ‰.

In den Jahren 2002, 2007 und 2010 verzeichneten die Indikatoren deutliche, temporäre Anstiege aufgrund besonders schwerwiegender Unwetter (Orkane Jeanett im Oktober 2002, Kyrill im Januar 2007 sowie Xynthia im Februar 2010). Der Orkan Kyrill war ursächlich dafür, dass die Schadenhäufigkeit im Jahr 2007 mit 26,5 % den höchsten Wert im gesamten Betrachtungszeitraum erreichte; dies gilt auch für den Schadensatz mit 0,52 ‰ im Jahr 2007.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.
13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.

Schadensatz und Schadenhäufigkeit der Wohngebäudeversicherung Sturm/Hagel in NRW 1997 – 2014 – Schadensatz in Promille und Schadenhäufigkeit in Prozent –



Klimaschutz/Energiewende

Begrenzung der negativen Auswirkungen des Klimawandels

Einsatzstunden des THW bei wetter- und witterungsbedingten Schadenereignissen

Ziel der Landesregierung

Senkung bzw. zumindest Stabilisierung der Einsatzstunden von Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen bei wetter- und witterungsbedingten Schadenereignissen am Beispiel des THW.

Definition und methodische Hinweise

Erfasst werden die Einsatzstunden der nordrhein-westfälischen Ortsverbände der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), die bei wetter- und witterungsbedingten Schadenereignissen geleistet werden. Hierzu zählen Einsätze infolge von Sturm, Orkan, Tornado, Starkregen, Hagel, Blitzeis, Eisregen, langanhaltendem Schneefall, Schneeverwehungen, Hitze und Dürreperioden, Trinkwassermangel sowie örtlichem Hochwasser nach starkem Regenfall.

Die Zahlen zu den Einsatzstunden des THW können einen Hinweis geben auf die allgemeine Entwicklung der witterungs- bzw. wetterbedingten Schadenereignisse. Darüber hinaus sind weitere Organisationen wie Feuerwehr, Deutsches Rotes Kreuz und andere Wohlfahrtsorganisationen im Bevölkerungsschutz bei witterungsbedingten Einsätzen aktiv. Zu beachten ist jedoch, dass das THW nur auf Anforderung eingesetzt wird und damit die Einsatzintensität nicht unmittelbar Rückschlüsse auf die anderen, im Bevölkerungsschutz tätigen Organisationen erlaubt.

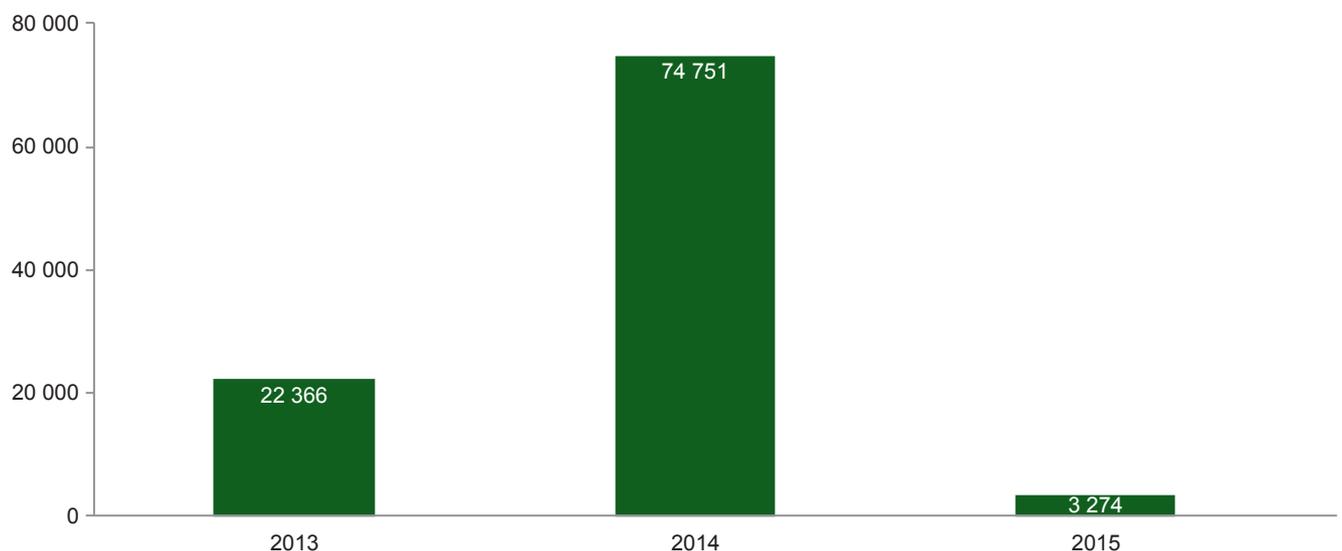
Entwicklung

Die Einsatzintensität des THW ist durch einzelne Extremereignisse geprägt. Im Jahr 2015 haben die Helfer/-innen des THW in NRW insgesamt 3 274 Einsatzstunden wegen wetter- bzw. witterungsbedingten Schadenereignissen geleistet. Im Jahr 2014, als u. a. der Pfingststurm Ela große Orkans Schäden an Rhein und Ruhr verursacht hat und Münster von starken Regenfällen getroffen wurde, war das THW mit insgesamt 74 751 Stunden im Einsatz. Im Jahr 2013 waren die THW-Helfer/-innen 22 366 Stunden aufgrund wetter- und witterungsbedingter Schadenereignisse aktiv.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.
13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.

Einsätze des THW bei wetter- und witterungsbedingten Schadenereignissen in NRW 2013 – 2015 – in Stunden –



Nachhaltiges Wirtschaften

Förderung des nachhaltigen Wirtschaftens

Erwerbstätige in der Umweltwirtschaft

Ziel der Landesregierung

Bis 2025 substantielle Steigerung der Erwerbstätigen in der Umweltwirtschaft auf 420 000 Erwerbstätige. Umweltwirtschaft wird hier im Sinne des Umweltwirtschaftsberichts NRW 2015 verstanden.

Definition und methodische Hinweise

Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die als Arbeitnehmer/-innen oder als Selbstständige bzw. mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb ausgerichtete Voll- oder Teilzeittätigkeit ausüben. Geringfügig Beschäftigte werden nicht berücksichtigt.

Die hier verwendeten Erwerbstätigenzahlen in der Umweltwirtschaft wurden von der Prognos AG für die Jahre 2009 und 2012 für den „Umweltwirtschaftsbericht Nordrhein-Westfalen 2015“ berechnet. Die Umweltwirtschaft wird dabei nach einem eigens entwickelten Verfahren abgegrenzt. Die statistische Erfassung erfolgt auf Grundlage der Systematik der Wirtschaftszweige und Güterarten, die den amtlichen Wirtschaftsstatistiken zugrunde liegt. Die Prognos AG hat zunächst auf Basis von bestimmten Abgrenzungskriterien die Zugehörigkeit jedes Wirtschaftszweigs und Guts zur Umweltwirtschaft geprüft. Während jedoch die Statistiken der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder grundsätzlich nur die Güter und Dienstleistungen zur Umweltwirtschaft zählen, die den Umweltschutz als Hauptzweck verfolgen, wurden von der Prognos AG auch sogenannte „umweltfreundliche

Substitute für konventionelle Produkte“ der Umweltwirtschaft zugerechnet. Hierzu zählen „sauberere“ oder ressourceneffiziente Technologien, Güter und Dienstleistungen, die umweltfreundliche Alternativen darstellen.

Entwicklung

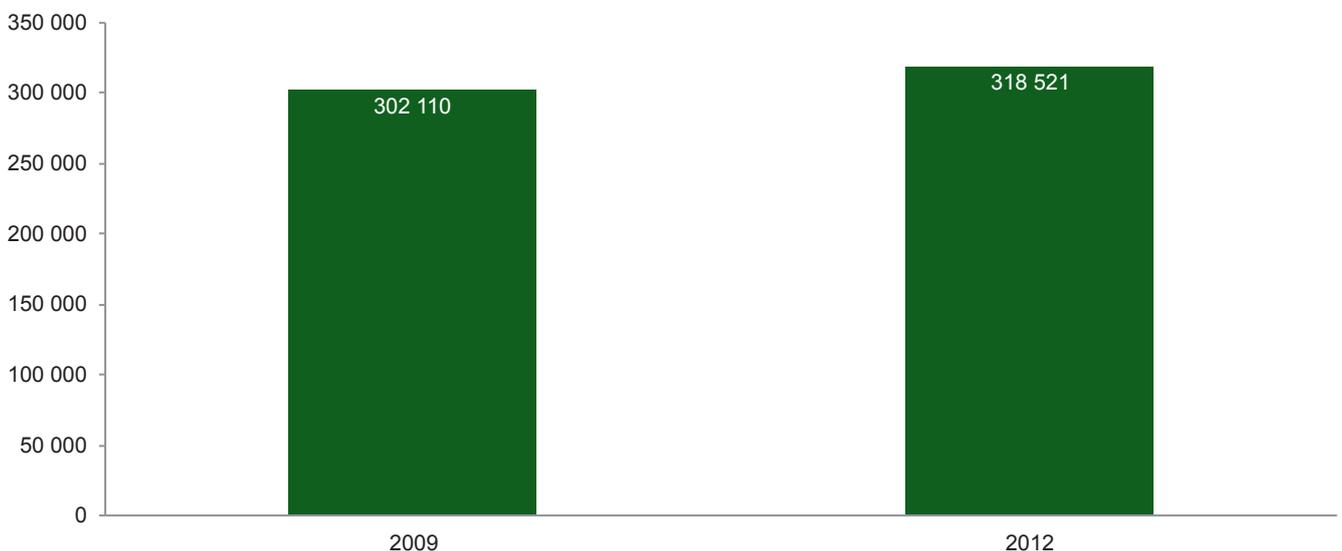
In NRW waren im Jahr 2012 insgesamt 318 521 Erwerbstätige in der Umweltwirtschaft tätig; das waren 4,7 % aller Erwerbstätigen in NRW. Über ein Viertel der Erwerbstätigen in der Umweltwirtschaft war im Teilmarkt „Materialien, Materialeffizienz und Ressourcenwirtschaft“ tätig (85 002 Erwerbstätige). Die Zahl der Erwerbstätigen in der Umweltwirtschaft stieg von 2009 bis 2012 mit 5,4 % stärker an als in der Gesamtwirtschaft NRWs.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

8. Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.
9. Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.
12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.

Erwerbstätige in der Umweltwirtschaft in NRW 2009 und 2012

– Anzahl der Erwerbstätigen –



Nachhaltiges Wirtschaften

Förderung des nachhaltigen Wirtschaftens

Bruttowertschöpfung in der Umweltwirtschaft

Ziel der Landesregierung

Substanzielle Steigerung der Bruttowertschöpfung der Umweltwirtschaft.

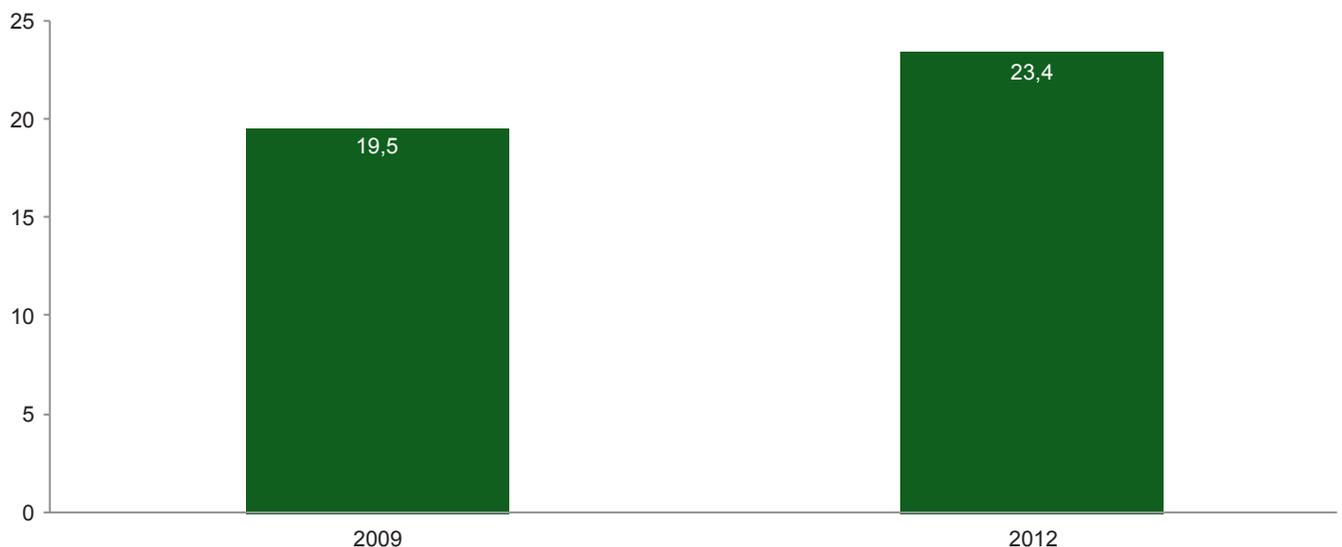
Definition und methodische Hinweise

Die Bruttowertschöpfung (BWS) ist eine Kennzahl der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftsbereiche. Sie ergibt sich als Differenz aus den Produktionswerten und den Vorleistungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und umfasst den im Produktionsprozess geschaffenen Mehrwert.

Die hier verwendeten Daten zur BWS wurden von der Prognos AG für die Jahre 2009 und 2012 für den „Umweltwirtschaftsbericht Nordrhein-Westfalen 2015“ berechnet. Die Umweltwirtschaft wird dabei nach einem eigens entwickelten Verfahren abgegrenzt. Die statistische Erfassung erfolgt auf Grundlage der Systematik der Wirtschaftszweige und Güterarten, die den amtlichen Wirtschaftsstatistiken zugrunde liegt. Die Prognos AG hat zunächst auf Basis von bestimmten Abgrenzungskriterien die Zugehörigkeit jedes Wirtschaftszweigs und Guts zur Umweltwirtschaft geprüft. Während jedoch die Statistiken der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder grundsätzlich nur die Güter und Dienstleistungen zur Umweltwirtschaft zählen, die den Umweltschutz als Hauptzweck verfolgen, wurden von der Prognos AG auch sogenannte „umweltfreundliche Substitute für konventionelle Produkte“ der Umweltwirtschaft zugerechnet. Hierzu zählen „sauberere“ oder ressourceneffiziente Technologien, Güter und Dienstleistungen, die umweltfreundliche Alternativen darstellen.

Bruttowertschöpfung in der Umweltwirtschaft in NRW 2009 und 2012

– in Milliarden Euro –



Entwicklung

In NRW lag 2012 die BWS in der Umweltwirtschaft bei 23,4 Milliarden Euro. Der Anteil der Umwelt- an der Gesamtwirtschaft NRWs betrug 6,3 %. Ein gutes Drittel der BWS verzeichnete der Teilmarkt „Materialien, Materialeffizienz und Ressourcenwirtschaft“ (9,0 Mrd. Euro), gefolgt von den Teilmärkten Wasserwirtschaft (4,1 Mrd. Euro) und „Energieeffizienz und Energieeinsparung“ (3,5 Mrd. Euro). Zwischen 2009 und 2012 stieg die Bruttowertschöpfung in der Umweltwirtschaft um 19,7 % an (damals: 19,5 Mrd. Euro).

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

8. Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.
9. Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.
12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.

Nachhaltiges Wirtschaften

Ressourcen sparsam und effizient nutzen

Rohstoffproduktivität

Ziel der Landesregierung
Substanzielle Steigerung.

Definition und methodische Hinweise

Der Rohstoffverbrauch in NRW umfasst die Menge an abiotischen Materialien, welche der Natur in NRW innerhalb einer Zeitperiode entnommen und für wirtschaftliche und konsumtive Zwecke verwendet und verwertet wurden. Hinzugezählt werden die Importe aus dem Ausland sowie der Saldo aus dem Empfang und Versand von Gütern zwischen den Bundesländern. Zur Berechnung der Rohstoffproduktivität werden der Rohstoffverbrauch, gemessen in der physischen Menge, und das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zueinander ins Verhältnis gesetzt. Um die Entwicklung des Rohstoffverbrauchs und der Rohstoffproduktivität besser vergleichen zu können, werden die jeweiligen Werte des Jahres 1994 auf 100 normiert.

Entwicklung

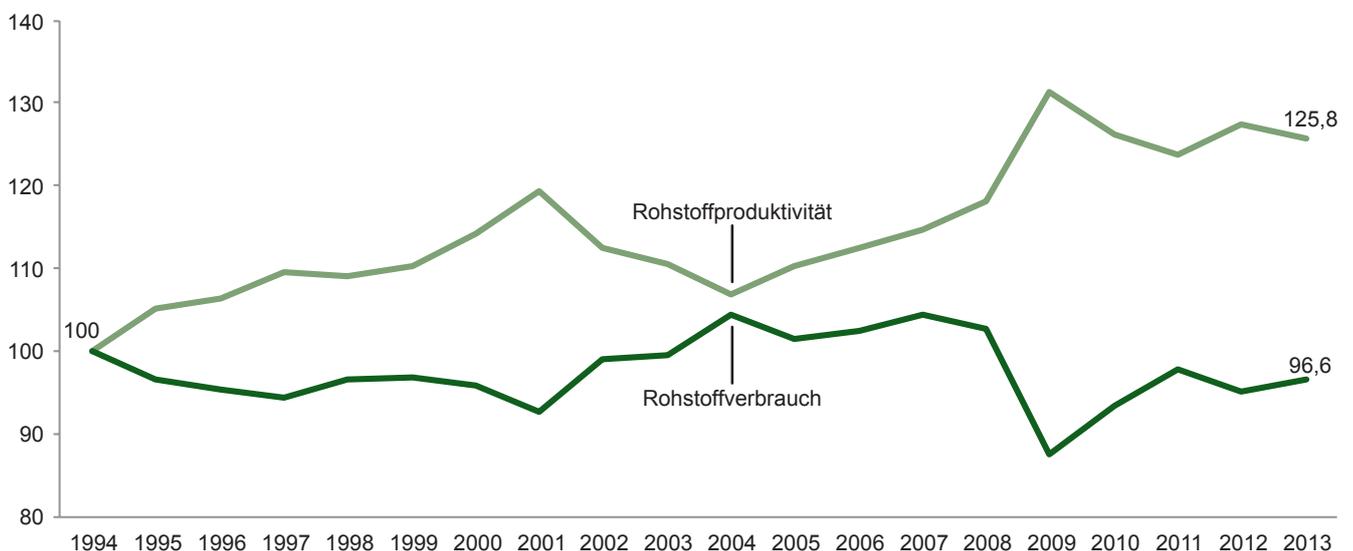
Der Rohstoffverbrauch in NRW sank zwischen 1994 und 2013 um 3,4 % auf 368 Millionen Tonnen. Die Rohstoffproduktivität erhöhte sich in diesem Zeitraum um 25,8 %. Der Produktivitätsgewinn verlief dabei nicht kontinuierlich. Die höchste Steigerung innerhalb eines Jahres (+13,2 Prozentpunkte) war in der Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise zwischen 2008 und 2009 zu verzeichnen, als der Rohstoffverbrauch aufgrund der Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft deutlich sank (-14,9 %). In den Jahren danach schwankte der Wert, allerdings lag die Rohstoffproduktivität immer über dem Niveau vor der Wirtschaftskrise.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

8. Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.
9. Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.
12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.

Rohstoffproduktivität und Rohstoffverbrauch in NRW 1994 – 2013

– Index 1994 = 100 –



Schutz natürlicher Ressourcen

Arten erhalten – Lebensräume schützen

Gefährdete Arten („Rote Liste“)

Ziel der Landesregierung

Die Mehrzahl der Lebensräume und Arten befinden sich in einem günstigen Erhaltungszustand: Bis 2030 soll der Anteil der Rote-Liste-Arten auf 40 % des Indikators reduziert werden.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator basiert auf den Roten Listen der gefährdeten Pflanzen, Tiere und Pilze in NRW. Er misst den prozentualen Anteil der Rote-Liste-Arten an der Gesamtzahl der hinsichtlich ihres Gefährdungsgrades bewerteten Arten. Die Roten Listen NRW werden seit 1979 in einem Turnus von etwa zehn Jahren herausgegeben. Die Gefährdungsabschätzung für die einzelnen Arten erfolgt nach standardisierten Kriterien und liegt für die Rote Liste NRW für vier Jahre – nämlich 1979, 1986, 1999 und 2011 – vor. In die Gesamtzahl sind diejenigen Arten einbezogen, die durchgehend in allen vier Roten Listen bearbeitet wurden (ca. 3 000 Arten). Daher lassen sich die Prozentwerte des Indikators nicht direkt mit den Prozentwerten der einzelnen Roten Listen gleichsetzen.

Entwicklung

Der Anteil der Rote-Liste-Arten an allen bei der Berechnung des Indikators berücksichtigten Arten lag in NRW im Jahr 2011 bei 46,6 %. Die größten Gruppen bildeten dabei die gefährdeten Arten (14,2 %), die stark gefährdeten Arten (11,9 %) sowie die ausgestorbenen oder verschollenen Arten (9,4 %).

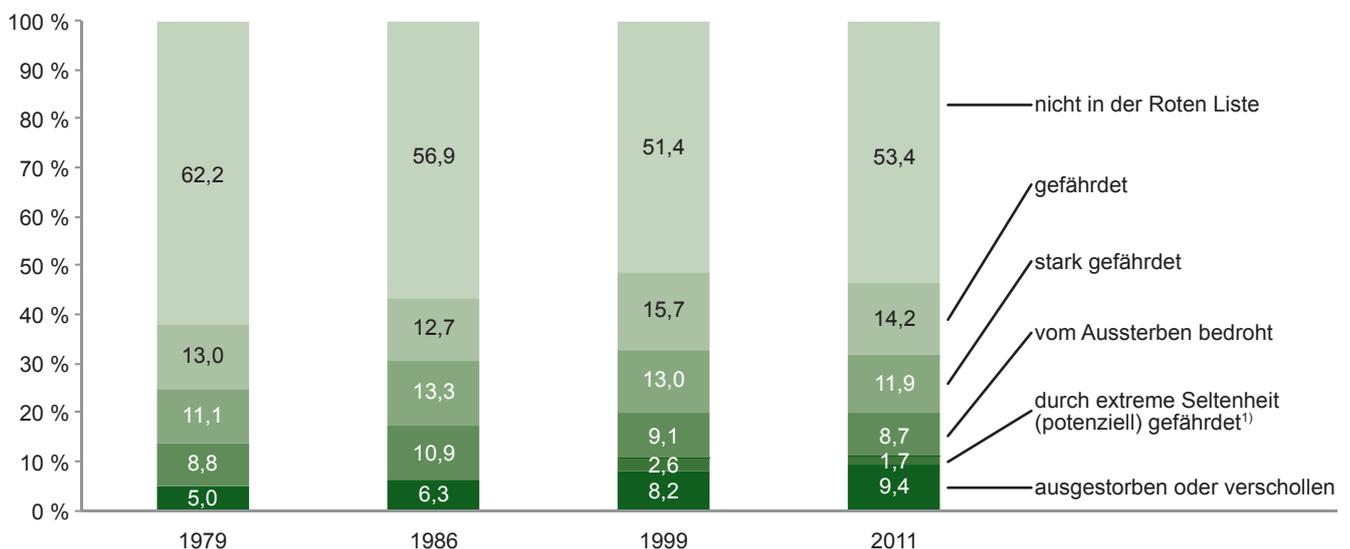
Der Anteil der Tier- und Pflanzenarten, die auf der Roten Liste stehen, stieg von 37,8 % (1979) über 43,1 % (1986) bis auf 48,6 % (1999). Zwischen 1999 und 2011 sank ihr Anteil um 2 Prozentpunkte.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

Gefährdete Arten in NRW 1979, 1986, 1999 und 2011*) nach Gefährdungskategorien

– Anteil in Prozent –



*) Kategorie „Gefährdung unbekanntem Ausmaßes“ (0,7 %) nicht dargestellt – 1) Kategorie 1979 und 1986 nicht vorhanden – – Quelle: LANUV NRW

Schutz natürlicher Ressourcen

Arten erhalten – Lebensräume schützen

Artenvielfalt und Landschaftsqualität

Ziel der Landesregierung

Bis 2030 Erhöhung der Artenvielfalt in allen Landschaftsräumen (landesweite Erreichung des lokal bzw. regional besten Zustandes im Zeitraum 1997 – 2015).

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator liefert Informationen zur Artenvielfalt, zur Landschaftsqualität und zur Nachhaltigkeit der Landnutzungen. Der Berechnung des Indikators liegt die Entwicklung der Brutbestände von 59 Vogelarten zugrunde, die die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen in NRW repräsentieren (Agrarlandschaft, Wälder, Siedlungen und Binnengewässer). Er ist normiert auf den Zielwert 100 für das Jahr 2030.

Die Daten werden im Rahmen der Ökologischen Flächenstichprobe (ÖFS) erhoben, die ein Bestandteil des Biodiversitätsmonitorings NRW ist. Sie basiert auf einem repräsentativen Netz von 191 zufällig ausgewählten Untersuchungsflächen mit einer Größe von je 100 Hektar. Der Zielwert wurde nach der Maximalwert-Methode auf der Grundlage der zwischen 1997 bis 2015 im Rahmen der ÖFS festgestellten Maximal-Bestände der Arten errechnet.

Entwicklung

Im Jahr 2015 hat der Gesamtindikator für Artenvielfalt und Landschaftsqualität 69,5 % des Zielwerts für das Jahr 2030 erreicht. Im Vergleich zu 1999 bedeutet dies ein Plus von 1,7 Prozentpunkten.

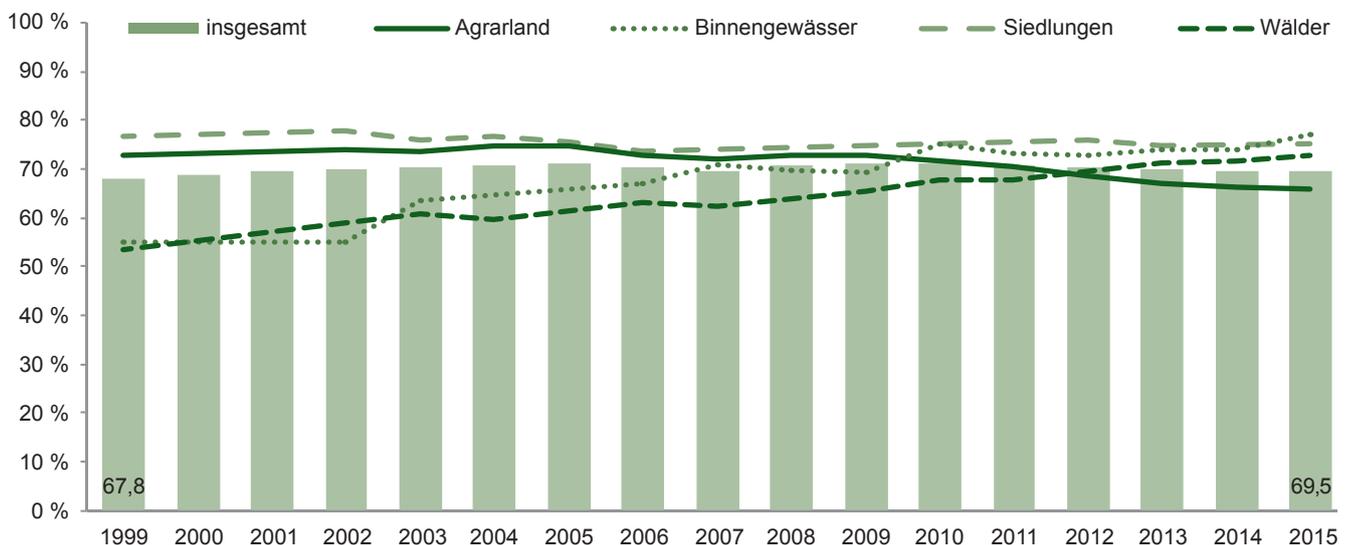
Die Entwicklung der Teilindizes war unterschiedlich: Während sich die Werte bei den Binnengewässern und Wäldern dem Zielwert von 100 angenähert haben, stagnierte der Wert des Teilindicators Siedlungen. Bei den Agrarlandschaften hat sich der Wert in den zurückliegenden gut 15 Jahren verschlechtert: 2015 lag der Wert bei 65,7 % und hatte damit den niedrigsten Stand im Berechnungszeitraum.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

Artenvielfalt und Landschaftsqualität in NRW 1999 – 2015

– Grad der Zielerreichung in Prozent –



Schutz natürlicher Ressourcen

Arten erhalten – Lebensräume schützen

Fläche des landesweiten Biotopverbundes

Ziel der Landesregierung

In 2030 sind 15 % der Landesfläche Biotopverbundflächen.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator misst den prozentualen Flächenanteil des landesweiten Biotopverbundes an der Landesfläche in NRW. Die Biotopverbundfläche ergibt sich aus der überschneidungsfreien Summe der einzelnen Schutzgebietsflächen. Das bedeutet, dass Flächen, die mehreren Kategorien angehören, nur einmal gezählt werden. Zu den Schutzgebieten gehören die Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH), die Vogelschutzgebiete (VSG), die Naturschutzgebiete (NSG) sowie der Nationalpark Eifel (NP).

Für die Ermittlung der Fläche wurden für die Jahre 2006 und 2010 die Gauss-Krüger-Koordinaten und für 2016 das Europäische Terrestrische Referenzsystem 1989 (ETRS89) verwendet. Dadurch ergeben sich geringfügig unterschiedliche Flächengrößen.

Aus methodischen Gründen lässt sich für das Jahr 2006 kein überschneidungsfreier Gesamtwert für die Biotopverbundfläche ermitteln.

Entwicklung

Im Februar 2016 zählten in NRW knapp 350 000 Hektar der Landesfläche zum Biotopverbund. Das entspricht einem Anteil von 11,6 % an der gesamten Landesfläche. Flächenmäßig größter

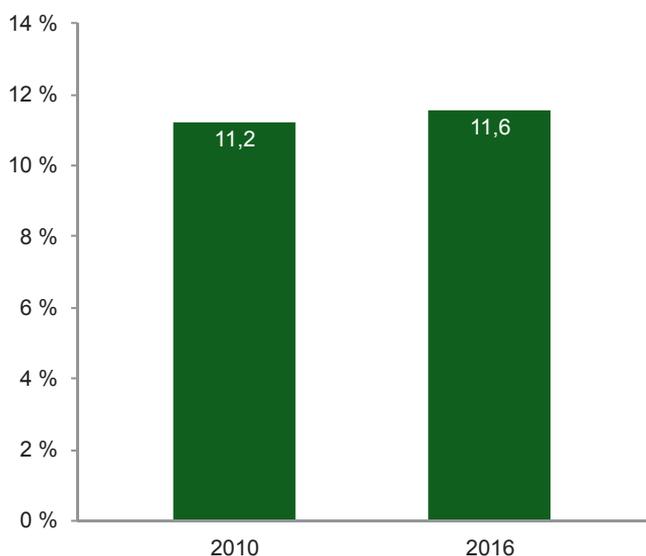
Einzelposten waren dabei die Naturschutzgebiete mit einem Anteil von 8,0 % an der Landesfläche, gefolgt von den Fauna-Flora-Habitat-Gebieten mit 5,4 % und den Vogelschutzgebieten mit 4,8 %. Der Nationalpark Eifel nimmt 0,3 % der Landesfläche ein.

Der Anteil der Biotopverbundfläche ist zwischen 2010 und 2016 um 0,4 Prozentpunkte gestiegen. Die größte Dynamik verzeichneten die Naturschutzgebiete: Ihr Anteil an der Landesfläche hat sich von 6,6 % im Jahr 2006 über 7,5 % im Jahr 2010 bis auf inzwischen 8,0 % erhöht.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

- 15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

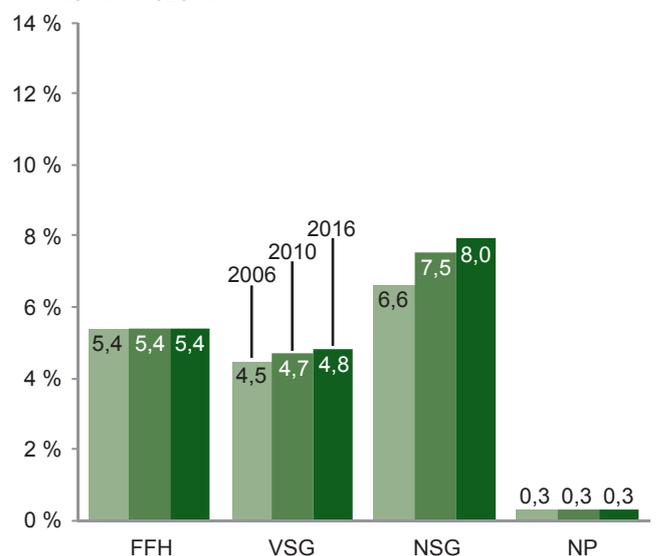
Biotopverbundfläche in NRW 2010 und 2016
– Anteil in Prozent –



Quelle: LANUV NRW

Grafik: IT.NRW

Schutzgebietsflächen in NRW 2006, 2010 und 2016
nach Schutzkategorien
– Anteil in Prozent –



Quelle: LANUV NRW

Grafik: IT.NRW

Schutz natürlicher Ressourcen

Arten erhalten – Lebensräume schützen

Reine Nadelwaldbestände

Ziel der Landesregierung

Erhöhung der Stabilität und Anpassungsfähigkeit der Wälder:
Bis 2030 den Anteil der reinen Nadelwaldbestände auf < 20 % absenken.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator misst den prozentualen Anteil der reinen Nadelwaldbestockung an bestocktem Holzboden und begehbarem Wald (ohne Lücken in der Hauptbestockung). Die Daten für 2012 basieren auf der dritten Bundeswaldinventur. Dabei handelt es sich um eine forstliche Großrauminventur, die deutschlandweit auf Grundlage des Bundeswaldgesetzes durchgeführt wurde.

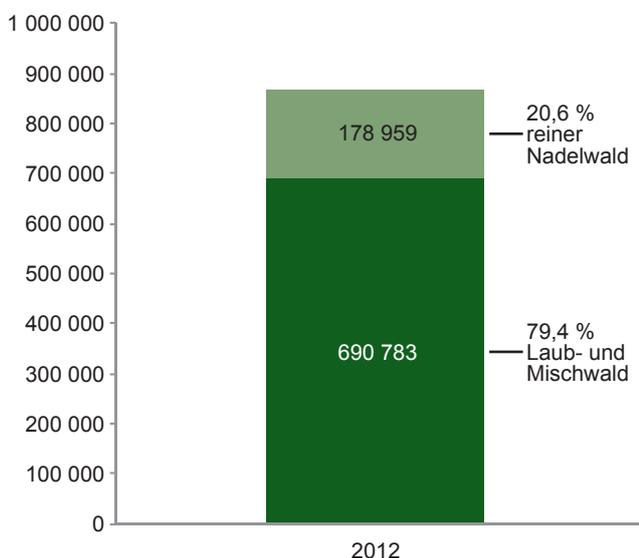
Aus methodischen Gründen sind laut Thünen-Institut für Wald-ökosysteme, das u. a. für die Erhebungsmethodik der Bundeswaldinventur zuständig ist, die Daten aus den früheren Erhebungen nicht unmittelbar vergleichbar, so dass ausschließlich die Veränderungen zwischen 2002 und 2012 nach verschiedenen Bestockungstypen ausgewiesen werden können.

Entwicklung

Im Jahr 2012 betrug in NRW die Gesamtwaldfläche 869 742 ha, davon waren 20,6 % (178 959 ha) reine Nadelwaldfläche. Weitere 192 083 ha waren Nadelwälder mit Laubwaldbeimischung. Zwischen 2002 und 2012 hat sich die reine Nadelwaldfläche um 60 849 ha verringert. Alle anderen Bestockungstypen verzeichneten in diesem Zeitraum Zuwächse.

Waldfläche in NRW 2012 nach Bestockungstyp

– in Hektar –



Quelle: Bundeswaldinventur Ergebnisdatenbank

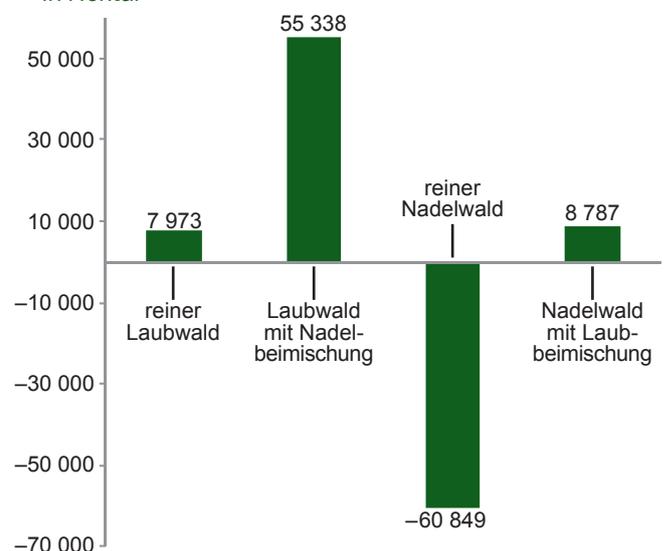
Grafik: IT.NRW

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

Veränderung der Waldfläche in NRW 2002 – 2012 nach Bestockungstyp

– in Hektar –



Quelle: Bundeswaldinventur Ergebnisdatenbank

Grafik: IT.NRW

Schutz natürlicher Ressourcen

Wahrung und Sicherung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung

Zertifizierte Waldfläche

Ziel der Landesregierung

Steigerung des Anteils der zertifizierten Waldfläche an der gesamten Waldfläche bis 2030.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator gibt den prozentualen Anteil der nach dem „Forest Stewardship Council“ (FSC) und/oder dem „Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes“ (PEFC) zertifizierten Waldfläche an der gesamten Waldfläche in NRW an. Die Zertifikatvergabe erfolgt bei den beiden Systemen auf unterschiedlichen Ebenen: PEFC vergibt Zertifikate an Regionen; die Nachhaltigkeit der Waldbewirtschaftung wird deshalb auf regionaler Ebene kontrolliert. Der FSC vergibt Zertifikate an Einzelbetriebe oder Gruppen von Forstbetrieben. Zu beachten ist, dass Waldflächen sowohl nach PEFC als auch nach FSC zertifiziert sein können und das Ausmaß der Überschneidung nicht ermittelbar ist.

Als gesamte Waldfläche wird bis 2011 das Ergebnis der Bundeswaldinventur 2001 zugrunde gelegt und ab dem Jahr 2012 das Ergebnis der Bundeswaldinventur 2012.

Entwicklung

Im Jahr 2015 waren nach dem PEFC-System 623 411 ha Waldfläche zertifiziert und damit mehr als zwei Drittel der Waldfläche in NRW. 143 265 ha waren nach dem FSC-System zertifiziert (15,8 % der Waldfläche).

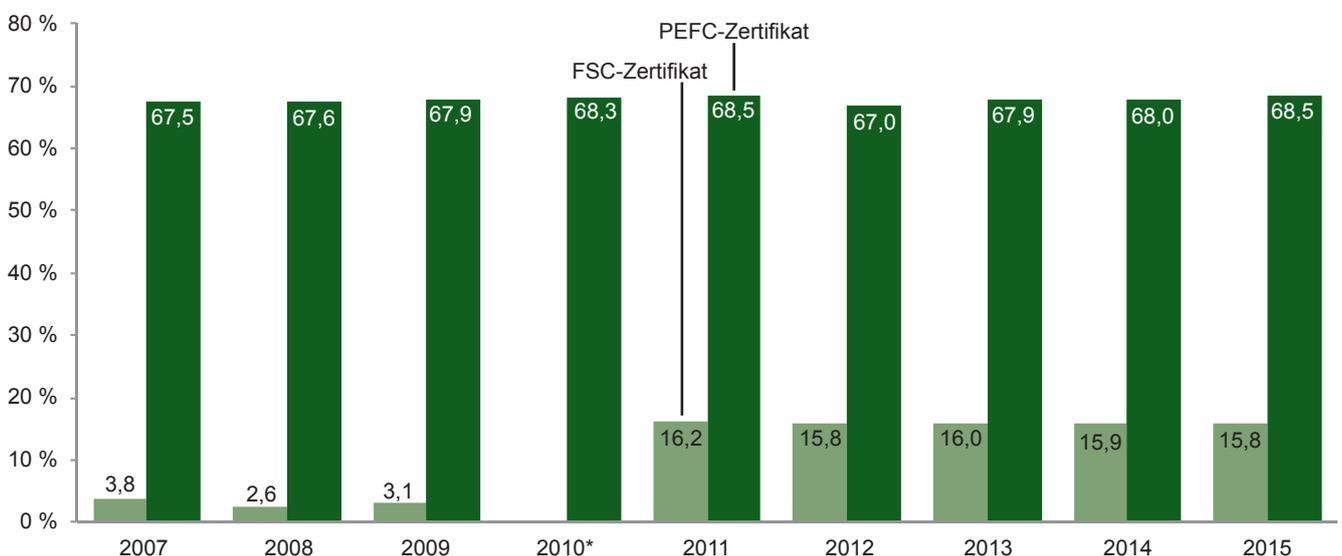
Der Anteil der nach PEFC-zertifizierten Waldfläche ist von 67,5 % im Jahr 2007 auf 68,5 % angestiegen und schwankte im Beobachtungszeitraum im Großen und Ganzen zwischen diesen beiden Werten. Der Anteil der FSC-zertifizierten Waldfläche war im gesamten Zeitraum niedriger: Im Zeitraum 2007 bis 2009 lagen die Werte zwischen 2,6 % und 3,8 % der gesamten Waldfläche. Durch die Zertifizierung des Staatswaldes NRW im Jahr 2011 im Rahmen einer Gruppenzertifizierung erreichte der Anteil der FSC-zertifizierten Waldfläche in besagtem Jahr einen Wert von 16,2 % und bewegt sich seitdem um die 16-Prozent-Marke.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

FSC- und PEFC-zertifizierte Waldfläche in NRW 2007 – 2015

– Anteil in Prozent –



*) FSC-Angabe liegt für 2010 nicht vor. – – – Quelle: FSC Deutschland, PEFC Deutschland, Bundeswaldinventur

Schutz natürlicher Ressourcen

Wahrung und Sicherung der nachhaltigen und ökologischen Wasserwirtschaft

Ökologischer Zustand oberirdischer Gewässer

Ziel der Landesregierung

Bis 2027 erreichen alle Wasserkörper der Fließgewässer einen guten ökologischen Zustand bzw. ein gutes ökologisches Potenzial entsprechend der EU-Wasserrahmenrichtlinie.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator gibt den prozentualen Anteil der Fließstrecke von Gewässern, die den ökologischen Zustandsklassen „gut“ oder „sehr gut“ zugeordnet sind, an der Gesamtlänge der bewerteten Fließgewässer an. Die Bewertung des ökologischen Zustands und des ökologischen Potenzials basiert auf der Untersuchung der aquatischen Lebensgemeinschaft. Auf Grundlage dieser Untersuchungen werden den Gewässerabschnitten ökologische Zustandsklassen von 1 „sehr gut“ bis 5 „schlecht“ zugeordnet.

Zur Bewertung des Ist-Zustands wird der Grad der Abweichung von einem gewässertypspezifischen Referenzzustand (bei natürlichen Gewässern) bzw. einem definierten höchsten ökologischen Potenzial (bei künstlichen und erheblich veränderten Gewässern) herangezogen. Für die Berechnung des Indikators werden alle Bäche und Flüsse in NRW betrachtet, deren Einzugsgebiet größer als 10 km² ist (insgesamt 14 136 Gewässerkilometer).

Stand 2015

Aktuell befinden sich 7,4 % der berichtspflichtigen Gewässer in einem guten oder sehr guten ökologischen Zustand bzw. haben ein gutes oder sehr gutes ökologisches Potenzial.

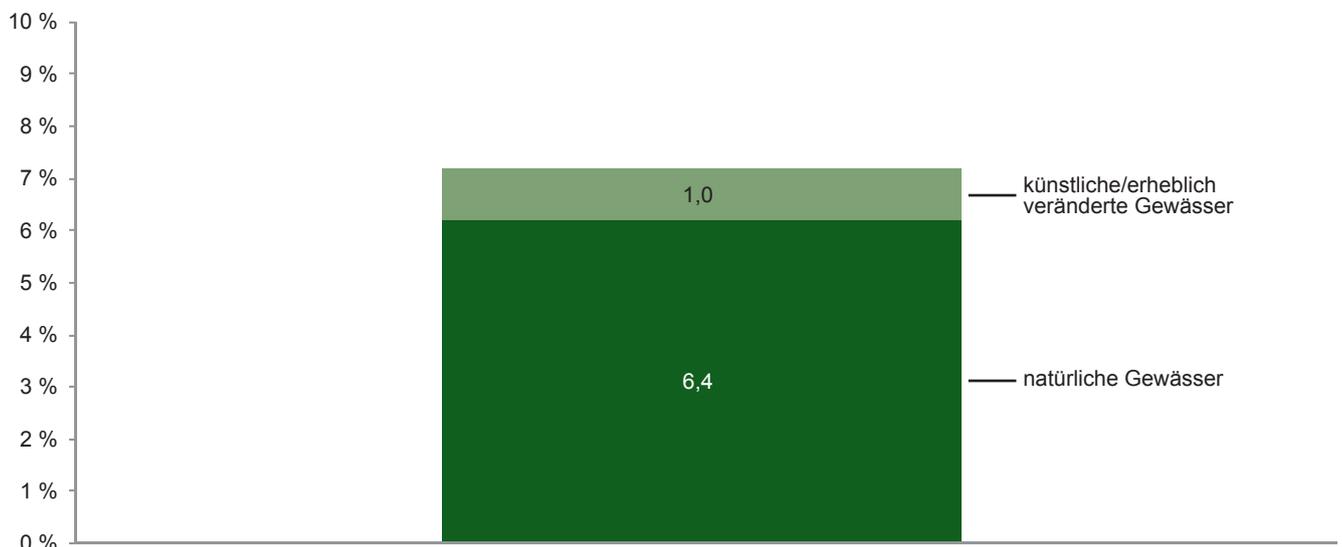
44 % der Gewässerlängen sind natürliche Wasserkörper, von denen 6,4 % in einem guten oder sehr guten Zustand sind. 56 % der Gewässerlängen sind künstlich oder erheblich verändert; von ihnen hat 1 % ein gutes oder sehr gutes Potenzial.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

Anteil oberirdischer Gewässer mit „gutem oder sehr gutem ökologischen Zustand/Potenzial“ an der Gesamtlänge der bewerteten Fließgewässer in NRW 2015

– in Prozent –



Schutz natürlicher Ressourcen

Wahrung und Sicherung der nachhaltigen und ökologischen Wasserwirtschaft

Nitrat im Grundwasser

Ziel der Landesregierung

Bis spätestens 2027 Minderung der Nitratbelastung aller Grundwasserkörper auf < 50 mg/l.

Definition und methodische Hinweise

Die Grundlage für die Datenermittlung bildet eine repräsentative und über die Jahre konsistente Messstellenauswahl. In NRW ist dies das Messnetz, das für die Berichterstattung an die Europäische Umweltagentur festgelegt wurde und aus 115 Grundwassermessstellen besteht. Der Indikator „Nitrat im Grundwasser“ gibt in der hier verwendeten Abgrenzung den prozentualen Anteil der Messstellen mit Nitratgehalten von über 50 mg/l an.

Entwicklung

Im Jahr 2015 lag bei 13,5 % der Messstellen in NRW der Nitratwert im Grundwasser über 50 mg/l. Damit liegt der Anteil um 9,6 Prozentpunkte niedriger als noch im Jahr 1990, als an 23,1 % der Messstellen der festgelegte Grenzwert überschritten wurde. Der höchste Wert im Beobachtungszeitraum wurde im Jahr 1991 mit 25,8 % ermittelt, der niedrigste Wert im Jahr 2015 mit 13,5 %.

Der Indikator ist einem weiteren Handlungsfeld zugeordnet

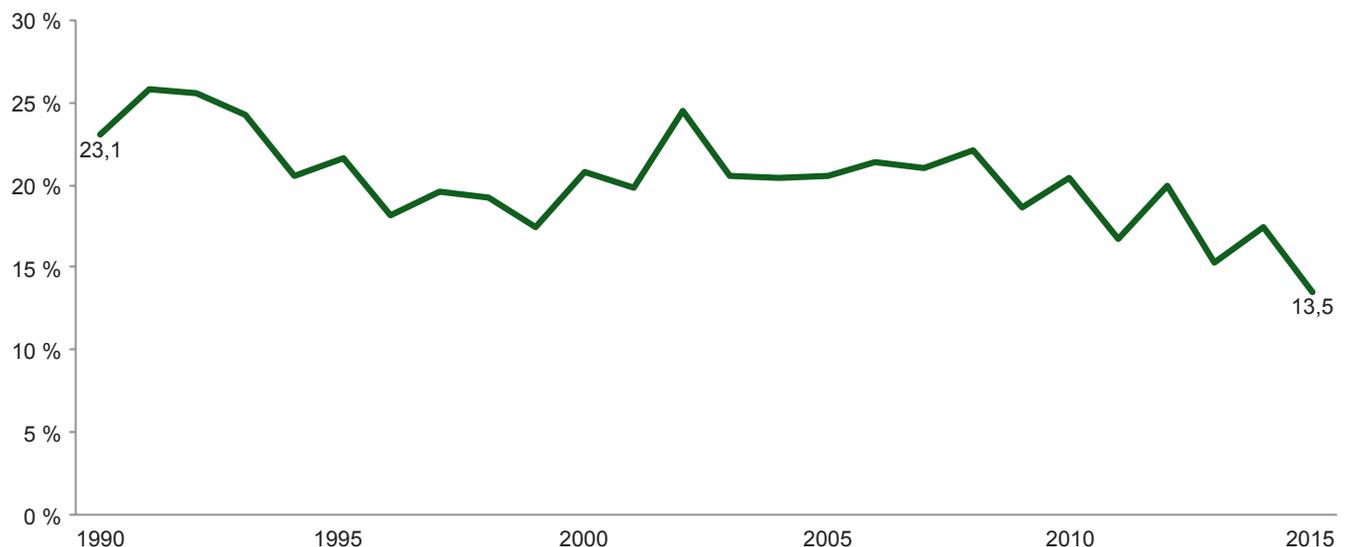
- Landbewirtschaftung

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.
6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten.
15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

Nitratkonzentration im Grundwasser in NRW 1990 – 2015

– Messstellen > 50 mg/l in Prozent –



Schutz natürlicher Ressourcen

Reduzierung der Flächeninanspruchnahme

Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche

Ziel der Landesregierung

Bis zum Jahr 2020 Begrenzung der Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr auf durchschnittlich 5 ha pro Tag. Langfristig wird ein Netto-Null-Verbrauch angestrebt.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator „Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche“ (Flächeninanspruchnahme) misst die durchschnittliche tägliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Hektar (ha/d). Die Berechnung pro Tag erfolgt dabei, indem der jährliche Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche durch die Anzahl der Kalendertage des Jahres geteilt wird. Die Daten basieren auf Katasterauswertungen, wobei die Siedlungs- und Verkehrsfläche sich aus folgenden Katasterkategorien zusammensetzt: Gebäude- und Freiflächen, Betriebsflächen (ohne Abbauflächen), Erholungsflächen, Friedhofsflächen sowie Verkehrsfläche. Der Indikator misst somit mehr als nur versiegelte Flächen. Um methodisch bedingte, jährliche Schwankungen auszugleichen, die insbesondere aus den Umstellungsarbeiten in den amtlichen Liegenschaftskatastern resultieren, wird in dem Schaubild auch der gleitende Dreijahresdurchschnitt ausgewiesen.

Entwicklung

Am Jahresende 2014 zählten in NRW 779 396 Hektar zur Siedlungs- und Verkehrsfläche; das entspricht knapp einem Viertel (22,8 %) der Gesamtfläche NRWs. Die durchschnittliche Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Jahr 2014 betrug 9,0 Hektar pro Tag; davon entfielen 2,4 ha/d auf Gebäude- und Freifläche sowie

Betriebsfläche, 4,2 ha/d auf Erholungs- und Friedhofsfläche- und 2,5 ha/d auf Verkehrsfläche.

Wie der gleitende Dreijahresdurchschnitt zeigt, hat sich der Zuwachs der gesamten Siedlungs- und Verkehrsfläche seit den 1990er Jahren verringert: Während der Mittelwert der Jahre 1993/1995 noch bei 16,2 Hektar pro Tag lag, liegt der aktuellste Wert (2012/2014) bei 9,5 Hektar pro Tag.

Bei den einzelnen Flächenkategorien zeigen sich Unterschiede in der Entwicklung: Die tägliche Zunahme der Gebäude-, Frei- und Betriebsfläche betrug 1993 noch 11,5 ha/d, im Jahr 2014 lag sie nur noch bei 2,4 ha/d. Der Umfang der Verkehrsfläche stieg nicht mehr so stark an wie zuvor: Sie nahm in NRW im Jahr 1993 noch durchschnittlich um 3,1 ha/d zu; im Jahr 2014 lag der Wert bei 2,5 ha/d. Hingegen verzeichnete die Erholungs- und Verkehrsfläche einen Anstieg bei der täglichen Zunahme, und zwar von 1,6 ha/d im Jahr 1993 auf 4,2 ha/d im Jahr 2014.

Der Indikator ist weiteren Handlungsfeldern zugeordnet

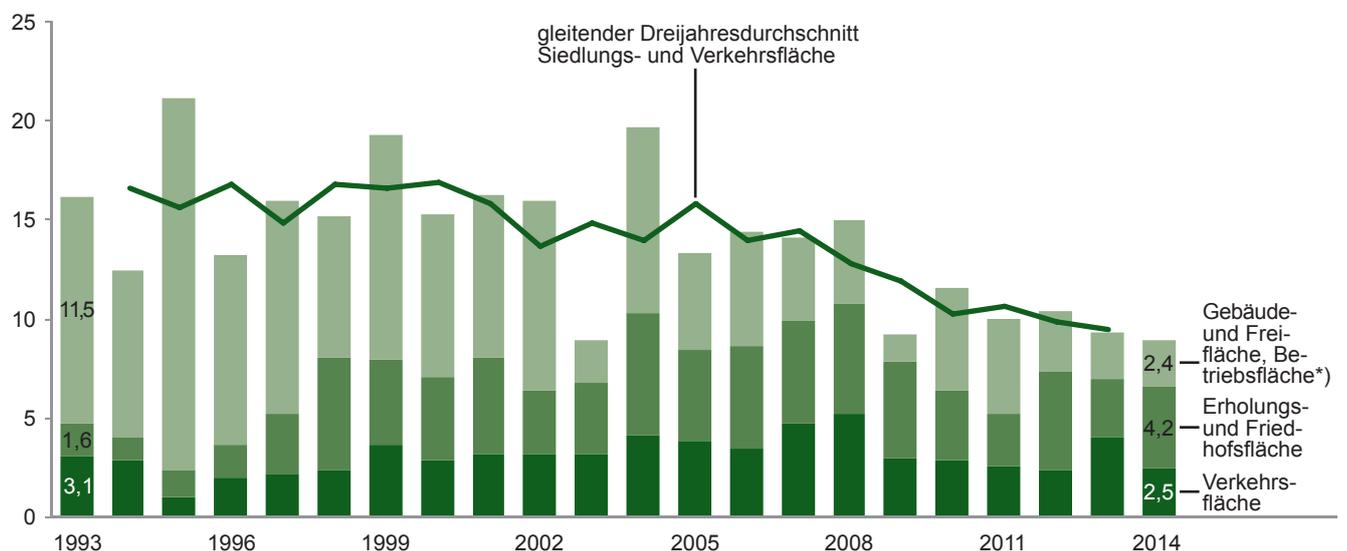
- Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung
- Landwirtschaft

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.
15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in NRW 1993 – 2014

– in Hektar pro Tag –



*) Ohne Abbauland – – Quelle: IT.NRW, Flächenerhebung

Schutz natürlicher Ressourcen

Verbesserung der Luftqualität

Feinstaub- und Stickstoffdioxidkonzentration

Ziel der Landesregierung

Bis 2030 sollen die durchschnittlichen Jahresmittelwerte der Immissionskonzentrationen von PM_{10} auf $20 \mu\text{g}/\text{m}^3$ und für NO_2 auch an Straßen in Ballungsräumen auf Werte deutlich unter $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ abgesenkt werden.

Definition und methodische Hinweise

Die Immissionsbelastung, und damit die Luftqualität in Städten, wird mit dem Indikator „Konzentration von Feinstaub (PM_{10}) und Stickstoffdioxid (NO_2)“ gemessen. Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage der Daten aus den Messstationen des städtischen Hintergrundes. Die Indikatoren sind definiert als arithmetische Mittelwerte aus den Jahresmittelwerten der einzelnen Messstationen. Sie beschreiben die mittlere Hintergrundbelastung dieser beiden Luftschadstoffe. PM_{10} bezeichnet dabei die Masse aller im Gesamtstaub enthaltenen Partikel, deren aerodynamischer Durchmesser kleiner als 10 Mikrometer (μm) ist.

Entwicklung

Im Durchschnitt des Jahres 2015 wurde in NRW im städtischen Hintergrund eine Feinstaubbelastung von $18 \mu\text{g}/\text{m}^3$ gemessen; das waren $5 \mu\text{g}/\text{m}^3$ weniger als im Jahr 2001. Der höchste Wert im Analysezeitraum wurde mit $27 \mu\text{g}/\text{m}^3$ im Jahr 2003 verzeichnet; dies war das Jahr des sogenannten „Jahrhundertsommers“ mit lang andauernden, hohen Temperaturen.

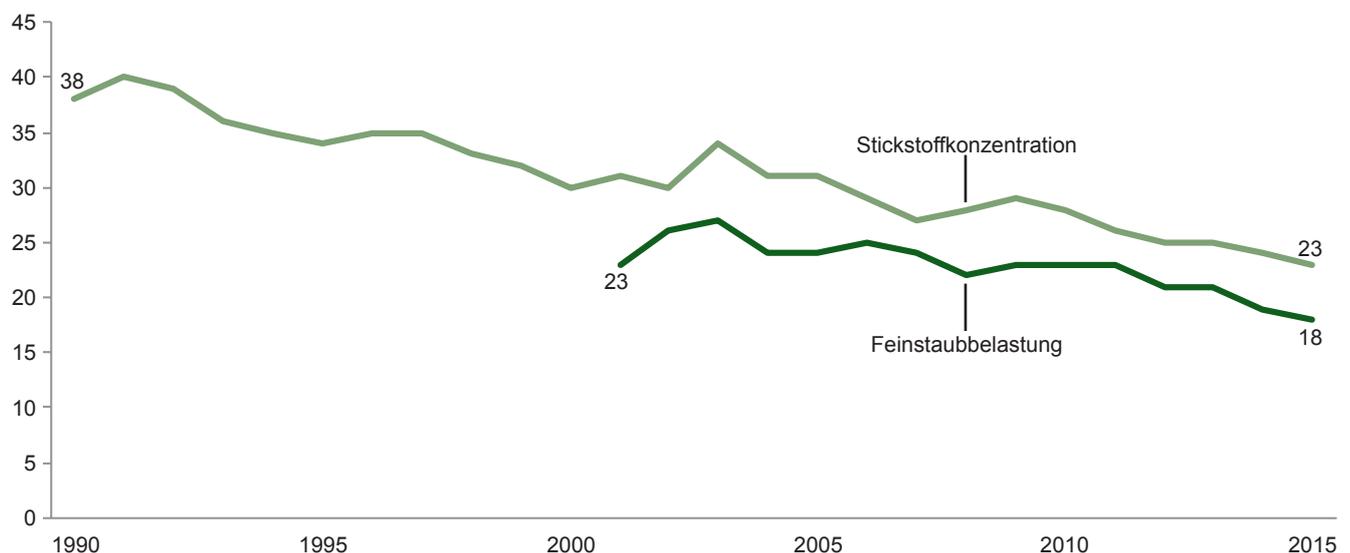
Die Stickstoffdioxidkonzentration lag im Jahr 2015 im städtischen Hintergrund in NRW bei $23 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Sie sank seit 1990 um über ein Drittel – damals wurde noch eine Belastung von $38 \mu\text{g}/\text{m}^3$ errechnet. Der höchste Wert im dargestellten Zeitraum wurde im Jahr 1991 mit $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ gemessen.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.
11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.
15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

Feinstaubbelastung und Stickstoffdioxidkonzentration im städtischen Hintergrund in NRW 1990 – 2015

– Jahresmittelwerte der PM_{10} - und der NO_2 -Immissionskonzentration in $\mu\text{g}/\text{m}^3$ –



Schutz natürlicher Ressourcen

Verringerung der Lärmbelastung

Lärmbelastung

Ziel der Landesregierung

Bis 2030 ist unter Berücksichtigung der WHO-Empfehlungen die Gesamtlärmbelastung in Wohnbereichen deutlich abzusenken. Dabei sollten Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung, denen zufolge Gesundheitsbeeinträchtigungen bereits bei Lärmbelastungen mit Pegeln > 65 dB(A) tags und > 55 dB(A) nachts zunehmend eintreten, berücksichtigt werden.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator setzt sich aus zwei Teilindikatoren zusammen: Der erste Indikator gibt die Zahl der Menschen an, die während eines Tages (24-Stunden-Zeitraum) von einem Schallpegel L_{DEN} von über 65 dB(A) belastet werden. Der zweite Indikator gibt die Zahl der Menschen an, die über eine achtstündige Nachtzeit (22 bis 6 Uhr) von einem Schallpegel L_{Night} von über 55 dB(A) belastet werden. Es wird somit die Zahl der Personen dargestellt, die dauerhaft einem definierten (s. o.) Geräuschpegel ausgesetzt ist. Bei den Lärmquellen wird zwischen Straßen, Schienenwegen, Flughäfen und Gewerbe/Industrie unterschieden. Mehrfachzählungen, z. B. bei Lärmbelastungen durch Großflughäfen und Hauptverkehrsstraßen, sind aufgrund der Methodik möglich. Zu den Ballungsräumen in Nordrhein-Westfalen zählen die 26 Städte mit mehr als 100 000 Einwohner(inne)n.

Die Daten werden im Rahmen der Umsetzung der EU-Umgebungsrichtlinie und auf Grundlage der Berechnungen zur Lärmkartierung

ermittelt und vom LANUV über das Umgebungslärmportal veröffentlicht. Die vorliegenden Daten stammen aus dem Jahr 2011 und wurden in der zweiten Runde der Lärmkartierung ermittelt.

Stand 2011

Im Jahr 2011 waren in NRW 1,05 Millionen Menschen, d. h. 5,9 % der Bevölkerung, während eines Tages (24 Stunden) einer Lärmbelastung über 65 dB(A) ausgesetzt (mehrfach belastete Personen sind ggf. mehrfach gezählt). 79,1 % der Betroffenen lebten in Ballungsräumen. Die Hauptlärmquelle stellt der Straßenverkehr dar, gefolgt vom Schienenverkehr.

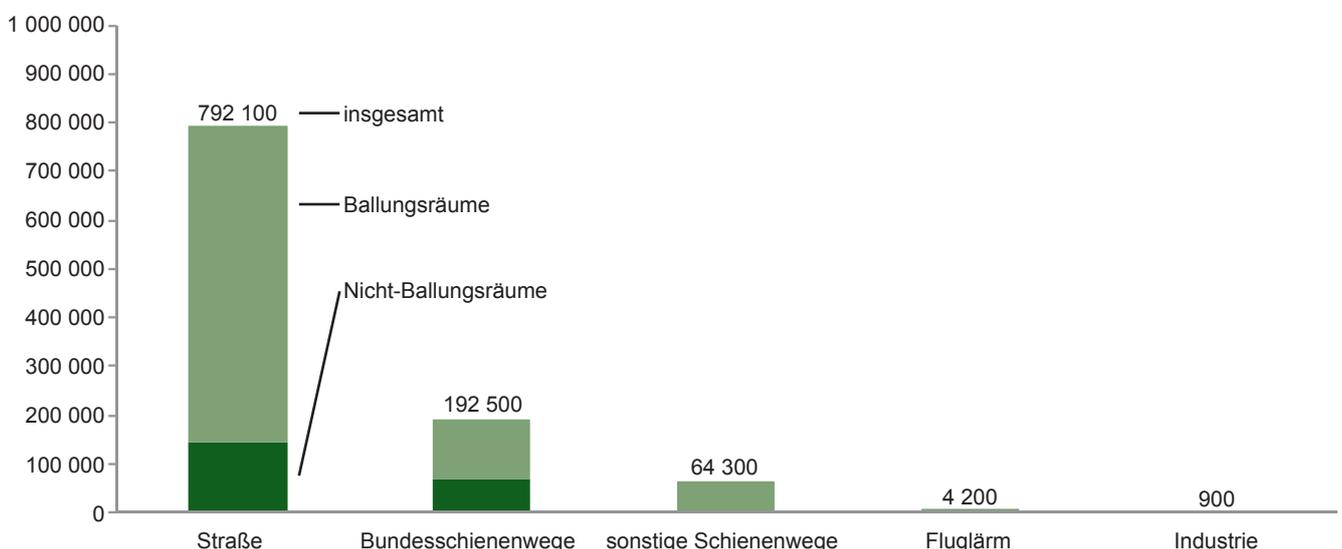
Die Anzahl der Menschen in NRW, die in der Zeit zwischen 22 und 6 Uhr nachts einem Lärmpegel von > 55 dB(A) ausgesetzt sind, lag 2011 in NRW bei ca. 1,4 Millionen, d. h. 8 % der Bevölkerung. Von ihnen lebten 76,1 % in Ballungsräumen.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

- Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.
- Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.

Belastete Menschen in NRW 2011 für $L_{DEN} > 65$ dB(A) nach Lärmquelle und Siedlungstyp

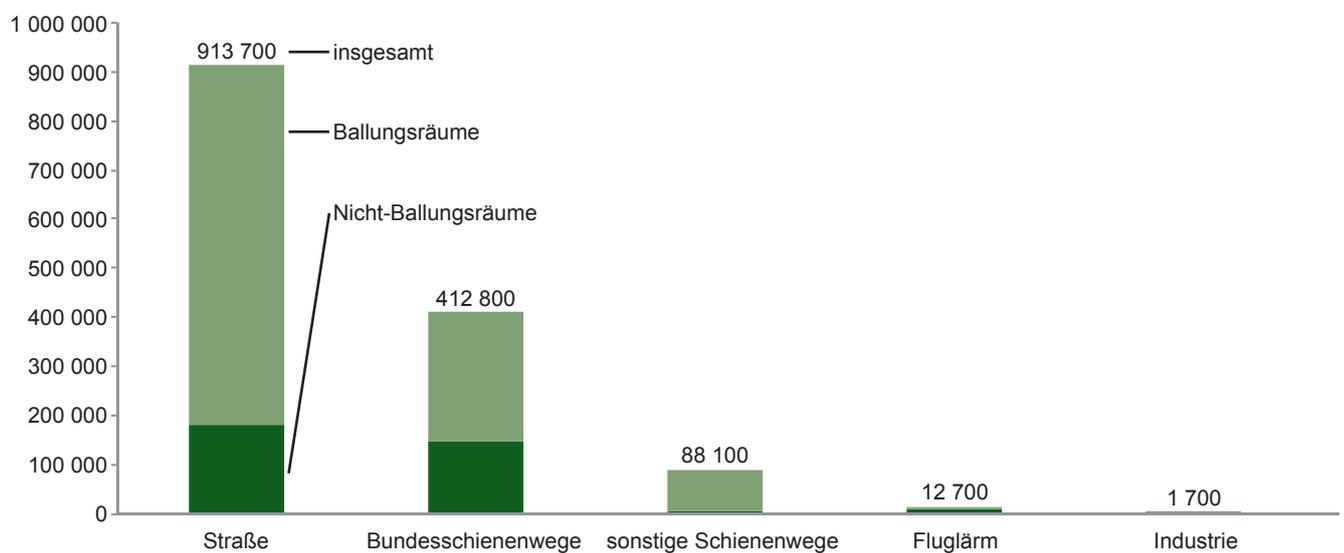
– Anzahl –



Lärmbelastung



Belastete Menschen in NRW 2011 für $L_{\text{Night}} > 55 \text{ dB(A)}$ nach Lärmquelle und Siedlungstyp – Anzahl –





Demografischer Wandel

Den demografischen Wandel gestalten

Ambulant versorgte pflegebedürftige Menschen

Ziel der Landesregierung

Steigerung des Anteils der pflegebedürftigen Menschen, die durch ambulante Dienste und als Bewohnerinnen und Bewohner von Wohngemeinschaften versorgt werden.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator „ambulant versorgte pflegebedürftige Menschen“ weist den prozentualen Anteil der Pflegebedürftigen, die durch ambulante Dienste zu Hause betreut werden, an allen Pflegebedürftigen aus. Dabei werden diejenigen Pflegebedürftigen erfasst, die von einem nach dem elften Sozialgesetzbuch (SGB XI) zugelassenen ambulanten Pflegedienst Pflegesachleistungen erhalten. Hierzu zählen auch Kombinationsleistungen oder häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson. Als pflegebedürftige Personen gelten alle Leistungsempfänger/-innen nach dem SGB XI. Generelle Voraussetzung für die Erfassung als Pflegebedürftige/-r ist die Entscheidung der Pflegekasse bzw. des privaten Versicherungsunternehmens über das Vorliegen von Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung zu den Pflegestufen I bis III bzw. zukünftig zu den Pflegegraden 1 bis 5.

Entwicklung

Im Jahr 2013 gab es in NRW insgesamt 581 492 Pflegebedürftige; hiervon wurden 131 431 durch ambulante Dienste zu Hause betreut (22,6 %). Im Jahr 2005 wurden von den damals 458 433 Pflegebedürftigen 21,4 % ambulant versorgt.

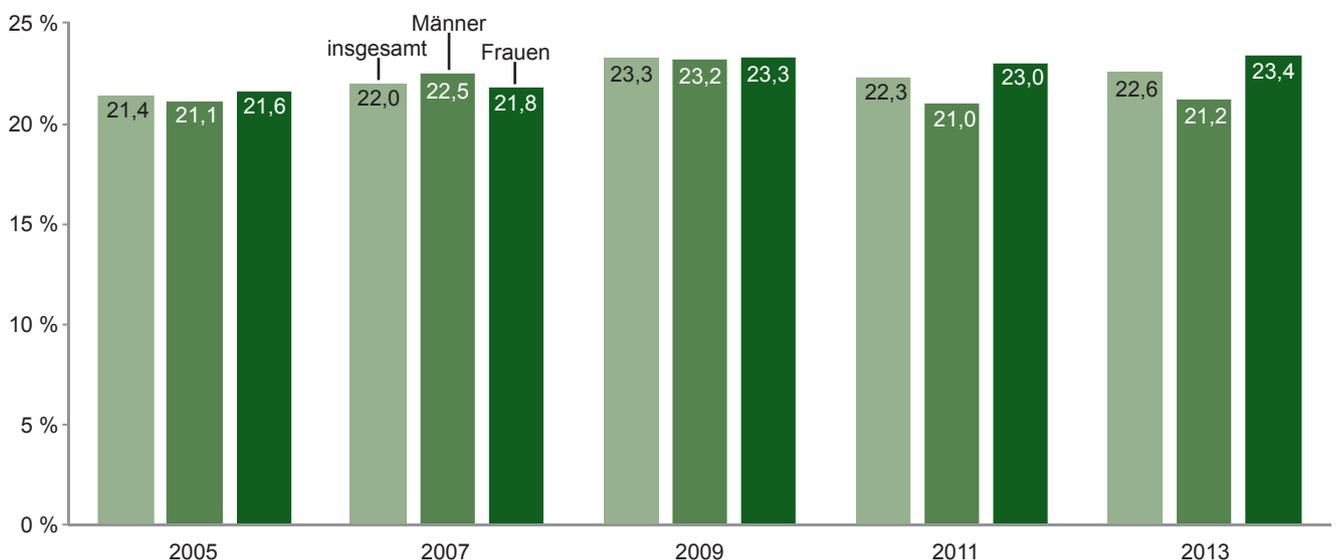
Knapp zwei Drittel (64,8 %) der Pflegebedürftigen im Jahr 2013 waren Frauen. Sie wurden häufiger durch ambulante Pflegedienste betreut als Männer: Der Anteil der ambulant versorgten Frauen lag bei 23,4 %, bei den männlichen Pflegebedürftigen waren es 21,2 %.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

- Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.
- Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.

Pflegebedürftige in ambulanter Pflege in NRW 2005 – 2013

– Anteil in Prozent –



Demografischer Wandel

Den demografischen Wandel gestalten

Kommunale Seniorenvertretungen

Ziel der Landesregierung

Steigerung der Zahl der kommunalen Seniorenvertretungen.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator „kommunale Seniorenvertretungen“ misst den prozentualen Anteil der Kommunen mit einer Seniorenvertretung an allen 396 NRW-Kommunen. Dabei werden Organisationen berücksichtigt, die Mitglied in der Landesseniorenvertretung NRW e. V. sind. Der Indikator gibt Aufschluss über die aktiven Teilhabe- und Gestaltungsmöglichkeiten älterer Menschen vor Ort. In NRW sind Seniorenvertretungen freiwillige kommunale Einrichtungen, eine gesetzliche Richtlinie zur Einrichtung einer Seniorenvertretung besteht demnach nicht. Die Landesseniorenvertretung NRW e. V. ist laut Satzung die Interessenvertretung der älteren Generation in allen politischen Belangen (z. B. Verbesserung der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene, Förderung der aktiven Teilnahme der älteren Generation am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben, Mitarbeit an der Erstellung eines Landesförderplanes NRW sowie an der Umsetzung und Weiterentwicklung von Gesetzen und Verordnungen auf Landes- und Bundesebene).

Entwicklung

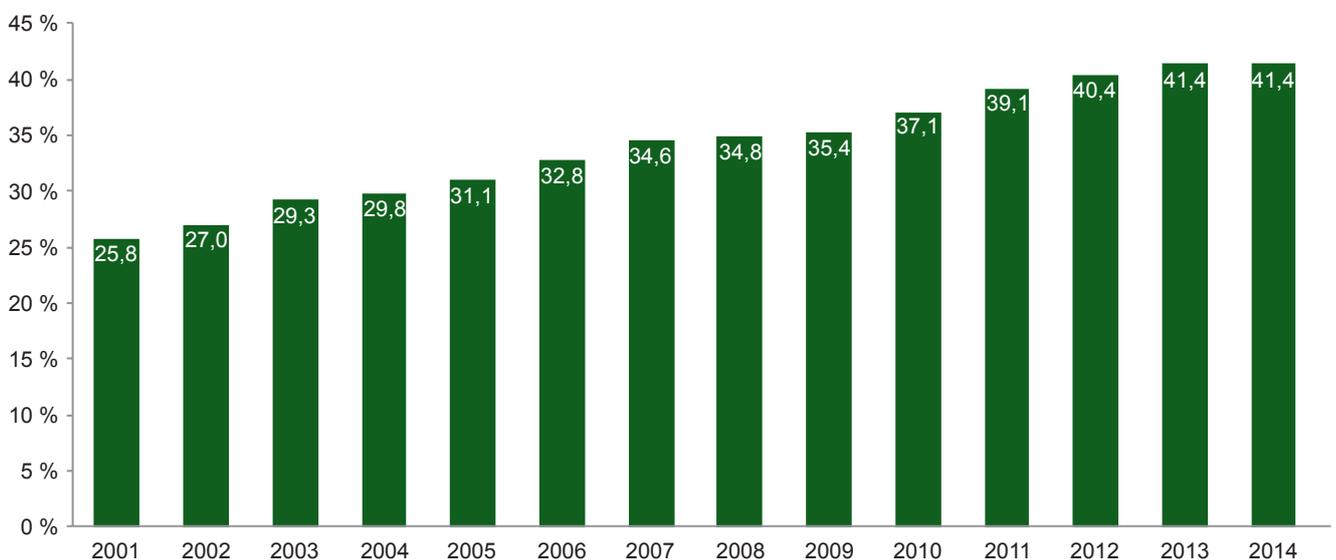
Im Jahr 2014 gab es in 164 Kommunen in NRW eine Seniorenvertretung, d. h. dass 41,4 % aller Kommunen eine Interessenvertretung für Ältere hatten. Im Jahr 2001 hatten 102 und damit ein Viertel der Gemeinden in NRW Seniorenvertretungen.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.
11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.
16. Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Kommunen mit Seniorenvertretungen in NRW 2001 – 2014

– Anteil in Prozent –



Demografischer Wandel

Den demografischen Wandel gestalten

Beratungen der Landesbüros und entsprechende Inanspruchnahme von Fördermitteln des Landesförderplans

Ziel der Landesregierung

Förderung lokaler Konzepte zur altengerechten Quartiersentwicklung.

Definition und methodische Hinweise

Das „Landesbüro altengerechte Quartiere.NRW“ (LaQ.NRW) berät Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, die Wohnungswirtschaft, Initiativen aus den Quartieren, die Wissenschaft u. a. zum Thema altengerechte Quartiersentwicklung. Das „Landesbüro innovative Wohnformen.NRW“ (LiW.NRW) berät u. a. Einzelpersonen, Gruppen, Kommunen, Unternehmen und Einrichtungen bei Fragen zum gemeinschaftlichen Wohnen und zu innovativen Wohnformen im Alter. Bei der Zahl der Beratungen sind ausschließlich persönliche Beratungssituationen berücksichtigt, über die Anzahl schriftlicher Anfragen und telefonischer Beratungen liegen keine Angaben vor.

Die Finanzierung des LaQ.NRW erfolgt als Auftrag, der im Jahr 2012 zum ersten Mal vergeben wurde. Im Jahr 2016 erfolgte eine neue Ausschreibung mit einer dreijährigen Vertragslaufzeit und der Möglichkeit der zweimaligen Verlängerung um ein Jahr.

Das LiW.NRW wird dagegen im Rahmen des Förderangebots 1 des Landesförderplans Alter und Pflege gefördert. Die Förderung erfolgt im Jahresrhythmus.

Entwicklung

Das LaQ.NRW führte im Jahr 2015 insgesamt 21 Beratungsgespräche durch. In den Jahren davor (2013 und 2014) waren es 43 bzw. 45 Beratungen. Für das LiW.NRW liegen derzeit nur für die Jahre 2013 und 2014 vollständige Angaben vor: Die Zahl der Beratungsgespräche belief sich auf 46 im Jahr 2013 und 55 im Jahr 2014.

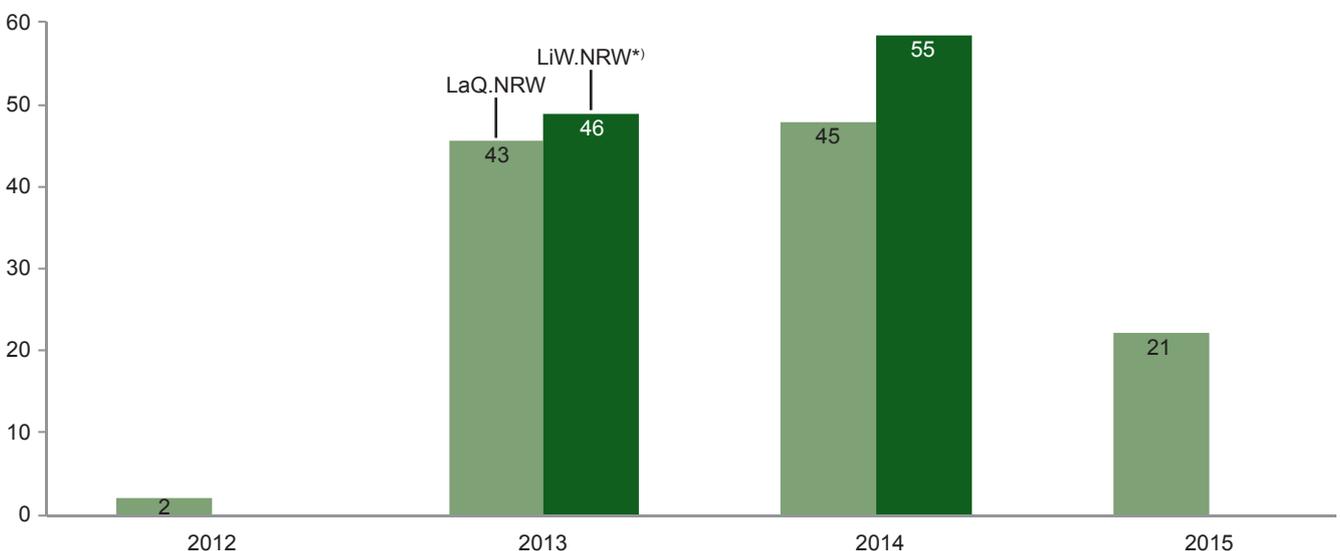
Beim LaQ.NRW hängt die Finanzierung vom jeweiligen Auftrag ab und lag im Jahr 2015 bei 220 798 Euro (2012: 130 000 Euro; 2013: 180 000 Euro; 2014: 223 062 Euro). Die Höhe der Fördermittel beim LiW.NRW lag zwischen 2012 bis 2015 bei jährlich 150 000 Euro (seit 2015 Förderangebot 1 des Landesförderplans Alter und Pflege).

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.
11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.
16. Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Beratungen der Landesbüros LaQ.NRW und LiW.NRW in NRW 2012 – 2015

– Anzahl –



*) Daten liegen nur für 2013 und 2014 vollständig vor. – – – Quelle: MGEPA

Demografischer Wandel

Länger gesund leben

Vorzeitige Sterblichkeit

Ziel der Landesregierung

Verringerung der vorzeitigen Sterblichkeit (Todesfälle pro 100 000 Einwohner unter 65 Jahren).

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator weist die Todesfälle der unter 65-Jährigen bezogen auf je 100 000 altersgleiche Einwohner aus. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wird zur Berechnung der vorzeitigen Sterblichkeit eine Altersstandardisierung (alte Europastandardbevölkerung) durchgeführt, d. h. es wird eine identische Altersstruktur unterstellt, wodurch ein direkter Vergleich der Sterblichkeit zwischen Frauen und Männern ermöglicht wird.

Entwicklung

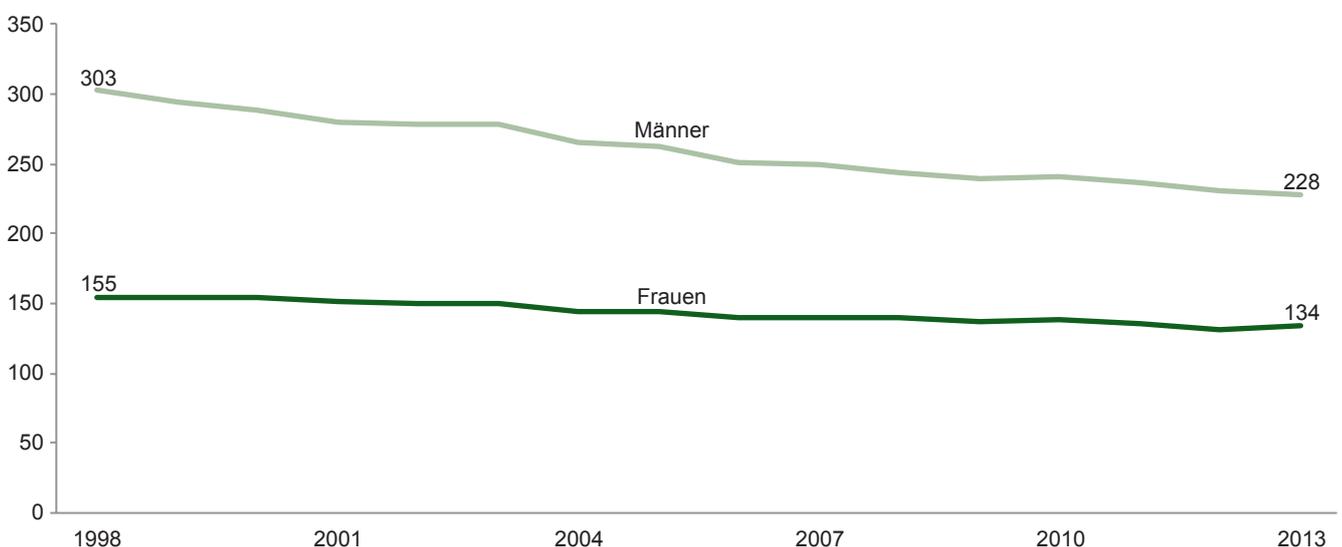
Im Jahr 2013 starben in NRW je 100 000 Einwohner 134 Frauen und 228 Männer unter 65 Jahren. Es besteht somit ein deutlicher geschlechtsspezifischer Unterschied. Seit 1998 haben sich die vorzeitigen Sterbefälle je 100 000 Einwohner sowohl bei Männern als auch bei Frauen verringert, insgesamt um 21,1 %. Die geschlechtsspezifische Diskrepanz hat abgenommen, da die vorzeitige Sterblichkeit bei Frauen und Männern im Zeitverlauf unterschiedlich stark gesunken ist, und zwar seit 1998 um 13,5 % bei den Frauen und um 24,8 % bei den Männern.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

- Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.

Vorzeitige Sterblichkeit in NRW 1998 – 2013 nach Geschlecht

– Todesfälle je 100 000 Einwohner –



Demografischer Wandel

Erhöhung des Beschäftigungsniveaus von Älteren

Erwerbstätigenquote der Älteren

Ziel der Landesregierung

Steigerung der Erwerbstätigenquote bei Älteren (von 55 Jahren bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter), insbesondere von älteren Frauen.

Definition und methodische Hinweise

Die hier berichtete altersspezifische Erwerbstätigenquote gibt die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren je 100 Personen der entsprechenden Bevölkerungsgruppe wieder. Die obere Altersgrenze knüpft bis auf weiteres an die in der gesetzlichen Rentenversicherung verankerte „alte“ Regelaltersgrenze von 65 Jahren für den Bezug einer Regelaltersrente an. Diese wird seit 2012 schrittweise auf 67 Jahre angehoben; im aktuellsten Berichtsjahr (2014) lag sie bei 65 Jahren und 3 Monaten.

Nach dem hier verwendeten Konzept der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zählen zu den Erwerbstätigen alle Personen, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben, als Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige tätig waren oder in einem Ausbildungsverhältnis standen. Vorübergehend Beurlaubte gelten ebenfalls als erwerbstätig.

Entwicklung

Im Jahr 2014 waren in NRW 62,8 % der Personen im Alter von 55 bis unter 65 Jahren erwerbstätig. Männer wiesen mit 70,4 % eine höhere Erwerbstätigenquote auf als Frauen (55,5 %).

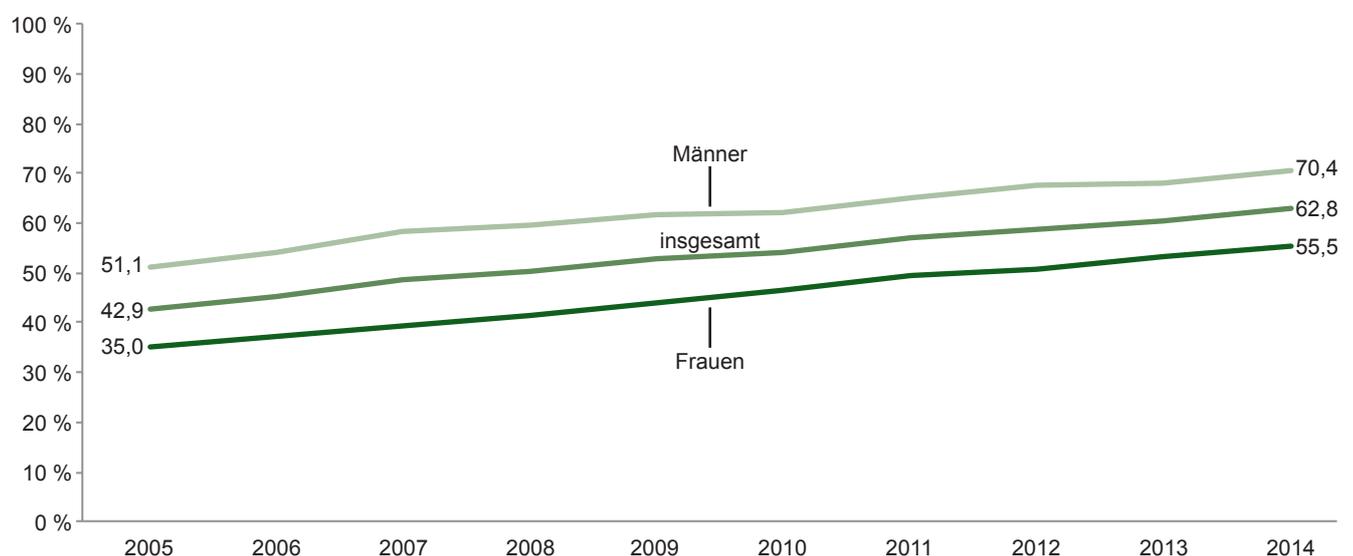
Seit 2005 ist der Anteil der erwerbstätigen 55- bis unter 65-Jährigen sowohl bei Frauen als auch bei Männern kontinuierlich und deutlich gestiegen. 2014 gegenüber 2005 stieg die Erwerbstätigenquote bei Frauen um 20,5 Prozentpunkte und bei Männern um 19,3 Prozentpunkte.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

- Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.
- Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.

Erwerbstätigenquote der 55- bis unter 65-Jährigen in NRW 2005 – 2014 nach Geschlecht

– in Prozent –



Demografischer Wandel

Armutsriskiken im Alter verringern

Armutsrisikoquote im Alter

Ziel der Landesregierung

Verringerung der (geschlechtsspezifischen) Armutsriskiken im Alter.

Definition und methodische Hinweise

Die „Armutsrisikoquote“ ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut. In der hier verwendeten Abgrenzung misst er die Einkommensarmut von Frauen und Männern im Alter von 65 und mehr Jahren. Die Armutsrisikoquote gibt an, wie hoch der prozentuale Anteil der Personen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsriskikoschwelle an der Bevölkerung ist. Die Armutsriskikoschwelle ist festgelegt bei 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der nordrhein-westfälischen Bevölkerung. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes, mit der sogenannten neuen OECD-Skala bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied.

Entwicklung

Im Jahr 2014 waren in NRW 13,3 % der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren von relativer Einkommensarmut betroffen.

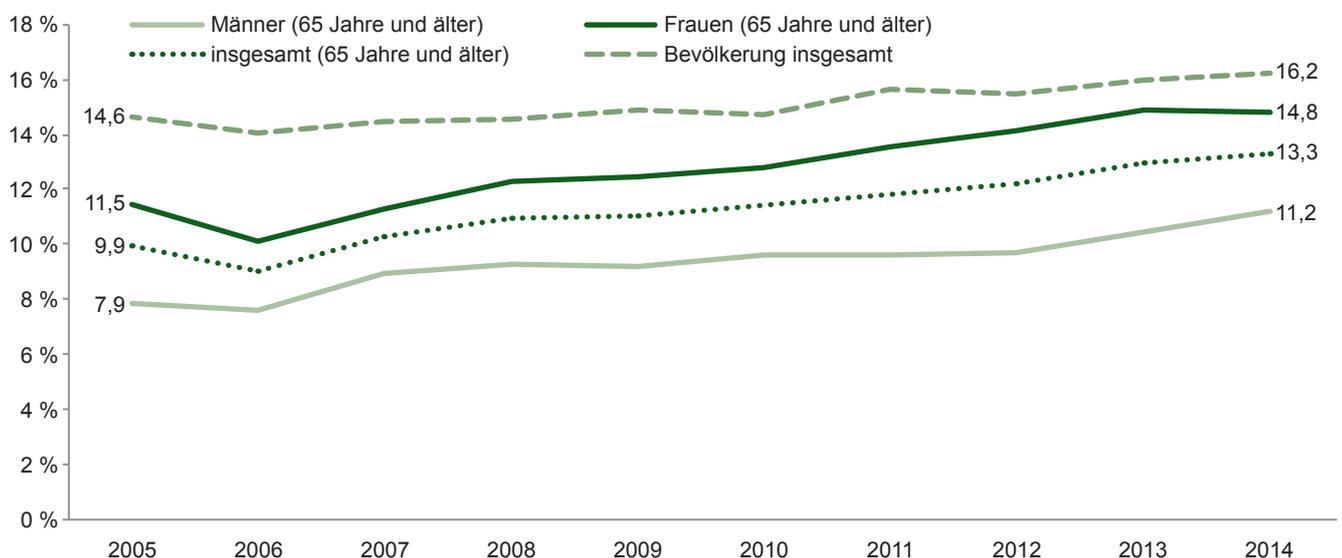
Im Zeitverlauf zeigt sich, dass bei den Personen im Alter von 65 und mehr Jahren seit 2005 (9,9 %) ein Anstieg der Armutsrisikoquote zu verzeichnen ist. Im Vergleich zur gesamten Bevölkerung weisen ältere Menschen eine unterdurchschnittliche Armutsrisikoquote auf.

Bei den Älteren besteht ein deutlicher geschlechtsspezifischer Unterschied: Im Jahr 2014 unterlagen Frauen im Alter von 65 und mehr Jahren mit 14,8 % einem höheren Armutsrisiko als ältere Männer (11,2 %).

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

1. Armut in allen ihren Formen und überall beenden.
3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.
8. Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.
10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.

Armutsrisikoquote der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren in NRW 2005 – 2014 nach Geschlecht – in Prozent –



Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe

Armutsriskiken verringern

Armutsrisikoquote nach Geschlecht

Ziel der Landesregierung

Verringerung der (geschlechtsspezifischen) Armutsriskiken.

Definition und methodische Hinweise

Die „Armutsrisikoquote“ ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut. Die Armutsrisikoquote gibt an, wie hoch der Anteil der Personen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsriskikoschwelle an der Bevölkerung ist. Die Armutsriskikoschwelle ist festgelegt bei 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der nordrhein-westfälischen Bevölkerung. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes, mit der sogenannten neuen OECD-Skala bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied.

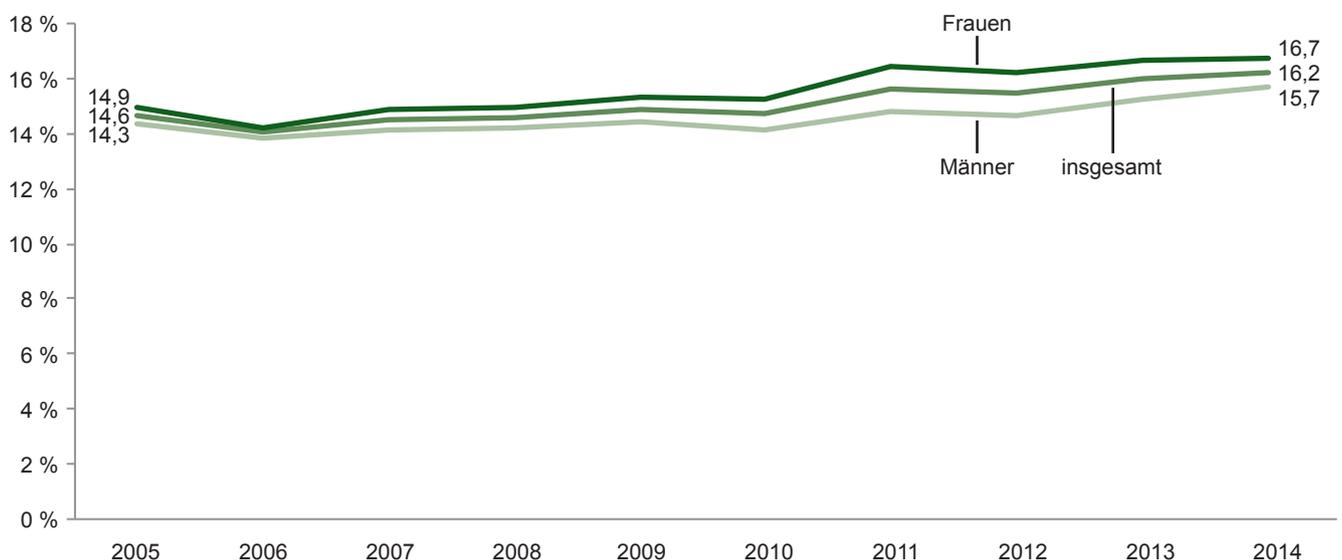
Entwicklung

Im Jahr 2014 waren 16,2 % der nordrhein-westfälischen Bevölkerung von relativer Einkommensarmut betroffen. Damit lag die Armutsrisikoquote um 1,6 Prozentpunkte höher als im Jahr 2005. Seit 2006 ist ein leichter, nahezu kontinuierlicher Anstieg der Armutsrisikoquote zu verzeichnen.

Frauen sind häufiger von relativer Einkommensarmut betroffen als Männer: Während die Armutsrisikoquote im Jahr 2014 in der weiblichen Bevölkerung 16,7 % betrug, lag der entsprechende Werte in der männlichen Bevölkerung bei 15,7 %. Gegenüber 2005 ist die Armutsrisikoquote bei den Frauen mit +1,8 Prozentpunkten etwas stärker gestiegen als bei den Männern (+1,4 Prozentpunkte).

Armutsrisikoquote in NRW 2005 – 2014 nach Geschlecht

– in Prozent –



Der Indikator ist einem weiteren Handlungsfeld zugeordnet

- Geschlechtergerechtigkeit

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

1. Armut in allen ihren Formen und überall beenden.
5. Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen.
8. Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.
10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.

Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe

Gerechte Einkommensverteilung fördern

Einkommensverteilung

Ziel der Landesregierung

Verringerung der Einkommensunterschiede (gemessen am Verhältnis des Einkommens des 90. Perzentils zum Einkommen des 10. Perzentils der Einkommensverteilung).

Definition und methodische Hinweise

Für den Indikator „Einkommensverteilung“ wird das 90/10 Perzentil-Verhältnis verwendet. Zur Berechnung werden zunächst alle Einkommen aufsteigend nach deren Höhe sortiert. Das 90. Perzentil stellt dabei die Einkommenshöhe dar, die die unteren 90 % der Einkommenswerte abschließt; das 10. Perzentil ist das Einkommen, das die untersten 10 % abschließt. Der Wert des 90. Perzentils wird dann zum Wert des 10. Perzentils ins Verhältnis gesetzt. Dies zeigt, um welchen Faktor das Einkommen des 90. Perzentils (hohes Einkommen) den Einkommenswert des 10. Perzentils (niedriges Einkommen) übersteigt. Hierzu wird auf Basis des Haushaltsnettoeinkommens ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen berechnet (Nettoäquivalenzeinkommen).

Entwicklung

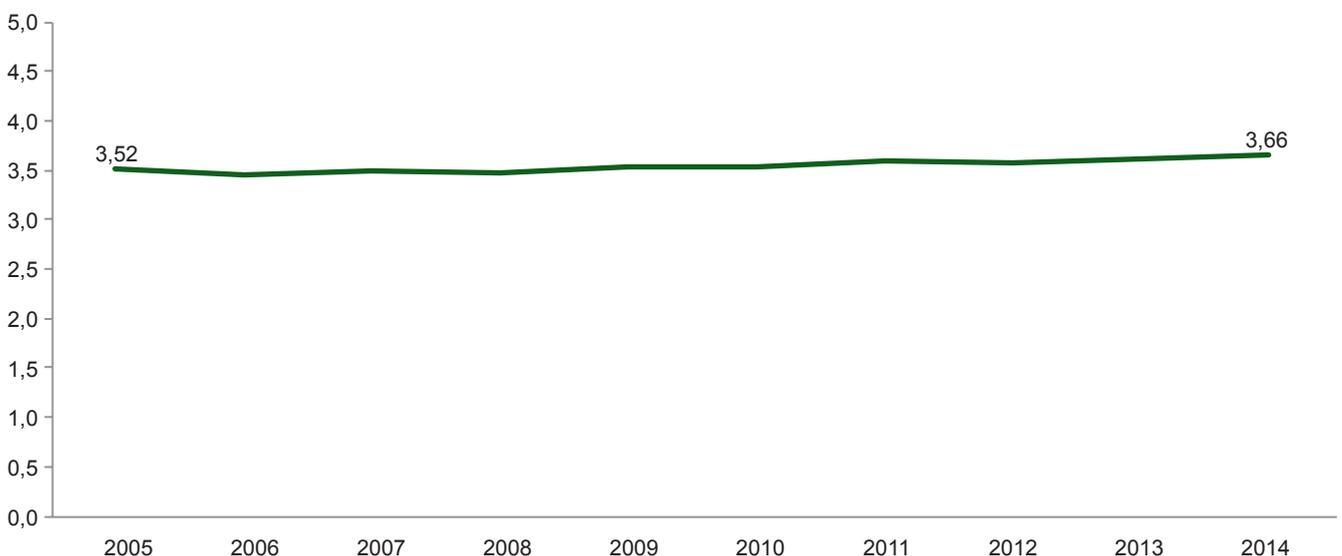
Im Jahr 2014 lag in NRW das Einkommen des 90. Perzentils (hohes Einkommen) um das 3,66-fache höher als das Einkommen des 10. Perzentils (niedriges Einkommen). Im Jahr 2005 war die Disparität noch geringer; damals war das Einkommen des 90. Perzentils um das 3,52-fache höher als das Einkommen des 10. Perzentils.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

1. Armut in allen ihren Formen und überall beenden.
8. Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.
10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.
16. Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Einkommensverteilung in NRW 2005 – 2014

– Verhältnis des Einkommens des 90. zum 10. Perzentil –



Sozialer Zusammenhalt und gesellschaftliche Teilhabe

Frühkindliche Bildung stärken sowie Integration und Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern Ganztagesbetreuung für Kinder

Ziel der Landesregierung

Bedarfsgerechtes Angebot des Anteils der Kinder von einem Jahr bis zum Schuleintritt in Ganztagsbetreuung an allen Kindern der Altersgruppe.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator „Ganztagesbetreuung für Kinder im Alter von einem Jahr bis zum Schuleintritt“ misst den Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern der entsprechenden Altersgruppe. Berücksichtigt wird sowohl die Betreuung in Kindertageseinrichtungen als auch in der öffentlich geförderten Kindertagespflege. Als Ganztagesbetreuung zählt eine vertraglich vereinbarte Betreuungszeit von mehr als sieben Stunden pro Betreuungstag. Als Altersgrenze für den Schuleintritt wird sechs Jahre angenommen.

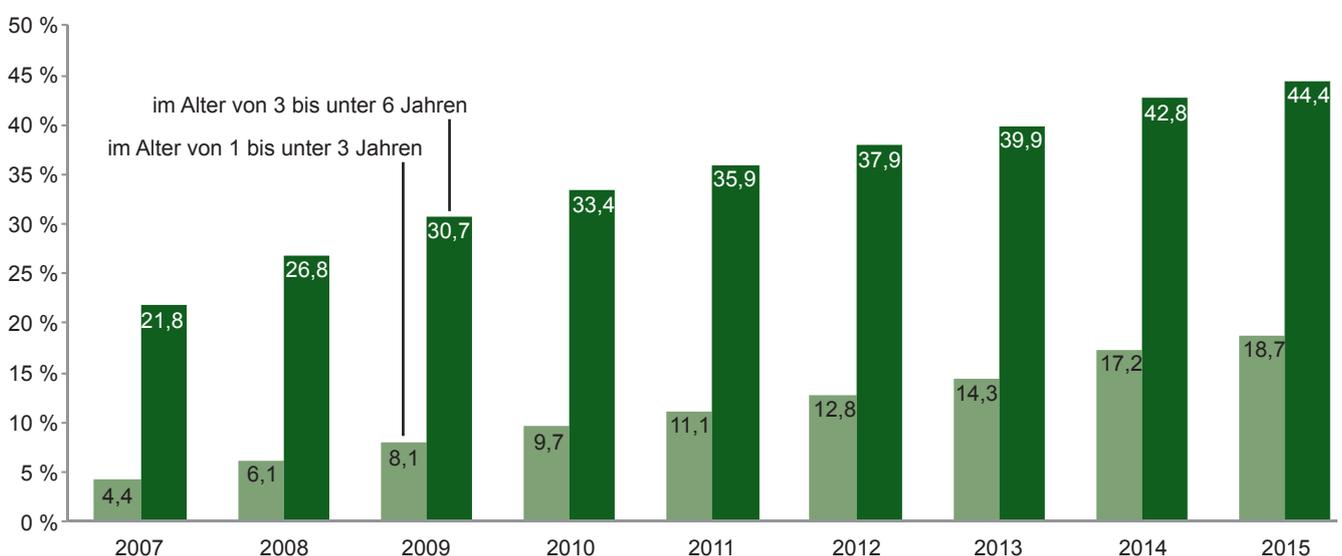
Entwicklung

Im Jahr 2015 wurden 18,7 % der Ein- bis unter Dreijährigen und 44,4 % der drei- bis unter sechsjährigen Kinder in NRW ganztags betreut. Bei beiden Altersgruppen ist seit 2007 ein kontinuierlicher Anstieg der Betreuungsquote zu verzeichnen: Im Jahr 2007 lag die Ganztagesbetreuungsquote bei den ein- bis unter dreijährigen Kindern bei 4,4 %; sie hatte sich dann bis 2015 mehr als vervierfacht. Der Anteil der ganztags betreuten drei- bis unter sechsjährigen Kinder lag im Jahr 2007 bei 21,8 %. Mit einer Quote von 44,4 % hat er sich bis 2015 mehr als verdoppelt.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.
4. Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern.

Kinder in Ganztagesbetreuung in NRW 2007 – 2015 nach Altersgruppen – Anteil in Prozent –



Gute Arbeit – Faire Arbeit

Beschäftigungsniveau steigern, insbesondere bei Frauen

Erwerbstätigenquote nach Geschlecht

Ziel der Landesregierung

Bis 2030 Steigerung der Erwerbstätigenquote von Personen im Alter von 15 Jahren bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter.

Definition und methodische Hinweise

Die Erwerbstätigenquote gibt die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je 100 Personen der entsprechenden Bevölkerungsgruppe wieder. Die obere Altersgrenze knüpft derzeit noch an die in der gesetzlichen Rentenversicherung verankerte „alte“ Regelaltersgrenze von 65 Jahren für den Bezug einer Regelaltersrente an. Diese wird seit 2012 schrittweise auf 67 Jahre angehoben; im aktuellsten Berichtsjahr (2014) lag sie bei 65 Jahren und 3 Monaten.

Nach dem hier verwendeten Konzept der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zählen zu den Erwerbstätigen alle Personen, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben, als Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige tätig waren oder in einem Ausbildungsverhältnis standen. Vorübergehend Beurlaubte gelten ebenfalls als erwerbstätig.

Entwicklung

Die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) lag im Jahr 2014 bei 70,5 %. Dabei waren Männer mit einer Quote von 75,7 % häufiger erwerbstätig als Frauen (65,3 %).

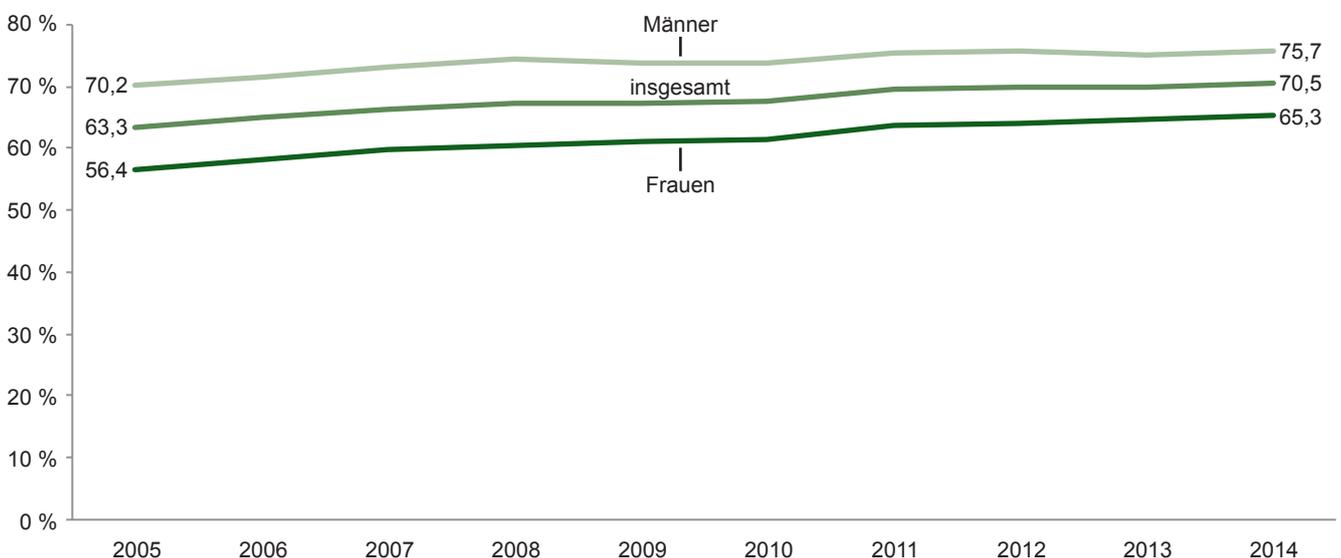
Seit 2005 ist die Erwerbstätigenquote bei Frauen und Männern nahezu kontinuierlich angestiegen. Bei den Frauen stieg die Quote zwischen 2005 und 2014 um 8,9 Prozentpunkte, bei den Männern war der Anstieg mit 5,5 Prozentpunkten geringer. Der Abstand zwischen den Geschlechtern mit Blick auf die Erwerbstätigenquote hat sich damit seit 2005 verringert.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

5. Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen.
8. Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.
10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.

Erwerbstätigenquote in NRW 2005 – 2014 nach Geschlecht

– in Prozent –



Integration

Aufbau einer Teilhabe- und Willkommenskultur

Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund

Ziel der Landesregierung

Annäherung der Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund an die allgemeine Erwerbstätigenquote.

Definition und methodische Hinweise

Die Erwerbstätigenquote gibt die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je 100 Personen der entsprechenden Bevölkerungsgruppe wieder. Die obere Altersgrenze knüpft derzeit noch an die in der gesetzlichen Rentenversicherung verankerte „alte“ Regelaltersgrenze von 65 Jahren für den Bezug einer Regelaltersrente an. Diese wird seit 2012 schrittweise auf 67 Jahre angehoben; im aktuellsten Berichtsjahr (2014) lag sie bei 65 Jahren und 3 Monaten.

Nach dem hier verwendeten Konzept der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zählen zu den Erwerbstätigen alle Personen, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben, als Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige tätig waren oder in einem Ausbildungsverhältnis standen. Vorübergehend Beurlaubte gelten ebenfalls als erwerbstätig.

Zur Definition des Migrationshintergrundes siehe Hintergrundindikator „Menschen mit Migrationshintergrund“.

Entwicklung

Die Erwerbstätigenquote der Menschen mit Migrationshintergrund ist niedriger als bei Menschen ohne Migrationshintergrund.

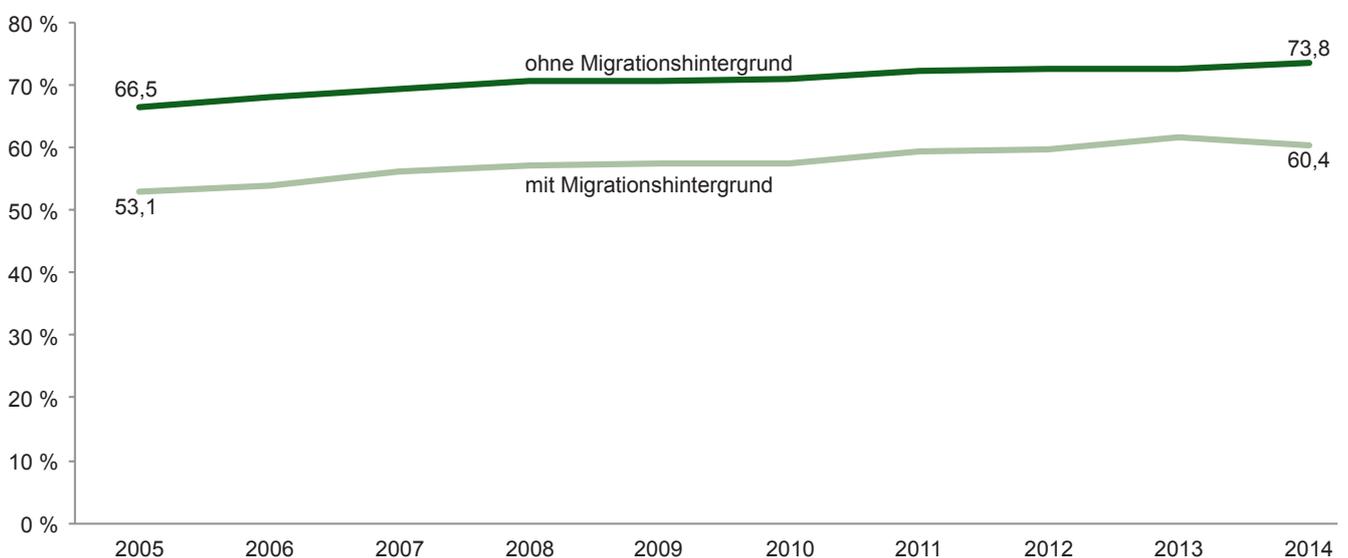
Im Jahr 2014 waren 60,4 % der 15- bis unter 65-Jährigen mit Migrationshintergrund erwerbstätig (ohne Migrationshintergrund: 73,8 %). Gegenüber dem Jahr 2005 ist die Erwerbstätigenquote in den beiden Gruppen um 7,3 Prozentpunkte gestiegen. Somit hat sich der Abstand bei der Erwerbstätigenquote zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund 2014 gegenüber 2005 nicht verändert.

Unterschiede in den Erwerbstätigenquoten zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund treten am deutlichsten in der mittleren Erwerbsphase auf: 2014 waren 69,9 % der 25- bis unter 55-Jährigen mit Migrationshintergrund erwerbstätig (ohne: 84,2 %). In der späten Erwerbsphase (55- bis unter 65-Jährige) ist die Differenz kleiner (mit: 56,4 %; ohne: 64,2 %).

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

8. Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.
10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.

Erwerbstätigenquote in NRW 2005 – 2014 nach Migrationsstatus – in Prozent –



Integration

Aufbau einer Teilhabe- und Willkommenskultur

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss der Menschen mit Migrationshintergrund

Ziel der Landesregierung

Erhöhung der Bildungsteilhabe und Chancengleichheit von Menschen mit Migrationshintergrund.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator beschreibt die prozentuale Verteilung der Personen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren nach dem Migrationsstatus und dem höchsten erreichten allgemeinbildenden Schulabschluss. Personen, die gegenwärtig eine allgemeinbildende Schule besuchen, sind in den Daten nicht berücksichtigt.

Zur Definition des Migrationshintergrundes siehe Hintergrundindikator „Menschen mit Migrationshintergrund“ (siehe Seite 70).

Entwicklung

Im Jahr 2014 verfügten 23,4 % der 18- bis unter 65-jährigen Menschen mit Migrationshintergrund über eine Hochschulreife und 8,2 % über eine Fachhochschulreife als höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss. Bei gleichaltrigen Menschen ohne Migrationshintergrund waren entsprechende Schulabschlüsse mit 28,4 % bzw. 12,4 % häufiger verbreitet.

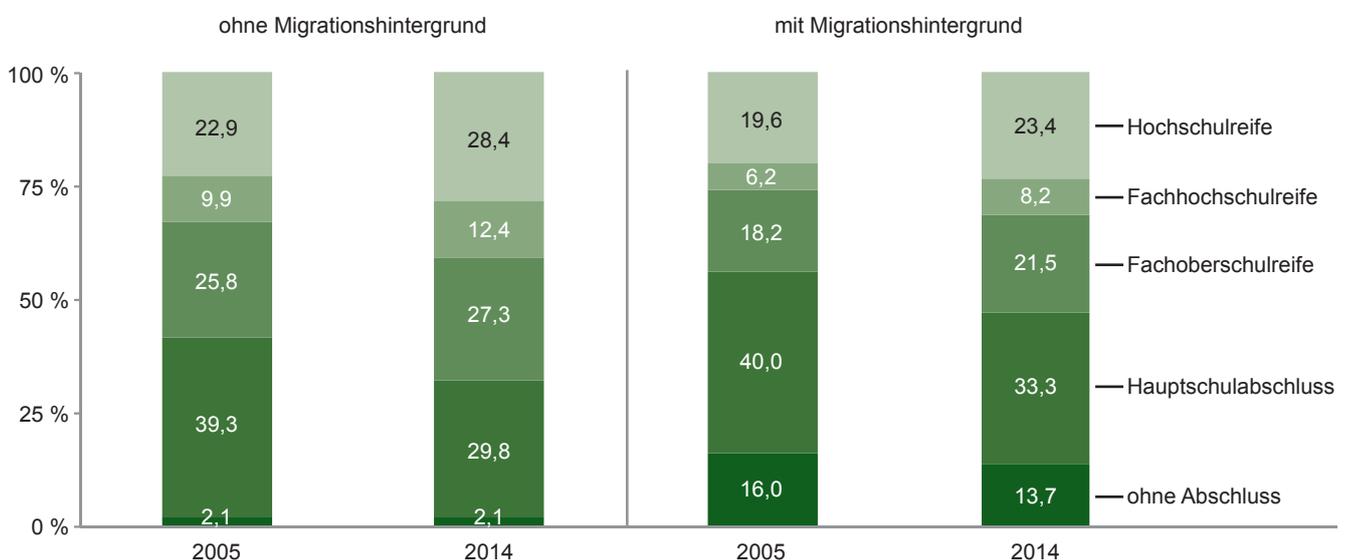
Auch die Fachoberschulreife hatten Menschen mit Migrationshintergrund seltener erreicht (21,5 %) als die Vergleichsgruppe (27,3 %). Gänzlich ohne Schulabschluss waren im Jahr 2014 13,7 % der Menschen mit Migrationshintergrund, gegenüber 2,1 % derer ohne Migrationshintergrund.

Im Vergleich zum Jahr 2005 ist bei den Menschen mit Migrationshintergrund der Anteil derjenigen ohne Abschluss gesunken (-2,3 Prozentpunkte). Dagegen haben höhere Schulabschlüsse an Verbreitung zugenommen (Hochschulreife: +3,8 Prozentpunkte; Fachhochschulreife: +2,0 Prozentpunkte). Gleichwohl sind die Anteile für höhere Schulabschlüsse bei Menschen ohne Migrationshintergrund seit 2005 stärker gestiegen (+5,5 bzw. +2,5 Prozentpunkte).

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

- Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern.
- Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.
- Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Höchster allgemeinbildender Schulabschluss der Bevölkerung 2005 und 2014 nach Migrationsstatus – Anteil in Prozent –



Integration

Aufbau einer Teilhabe- und Willkommenskultur

Höchster beruflicher Bildungsabschluss der Menschen mit Migrationshintergrund

Ziel der Landesregierung

Erhöhung des Arbeitsmarktzuganges für Menschen mit Migrationshintergrund sowie damit einhergehende Stärkung der Position am Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Teilhabe.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator beschreibt die prozentuale Verteilung der Personen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach dem Migrationsstatus und dem höchsten erreichten beruflichen Bildungsabschluss. Schüler/-innen, Auszubildende und Studierende sind in den Daten nicht berücksichtigt.

Die ausgewiesene Kategorie „tertiärer Bildungsabschluss“ umfasst den Fachschul-, Fachhochschul- und Hochschulabschluss sowie den Abschluss einer Meister-/Technikerausbildung.

Zur Definition des Migrationshintergrundes siehe Hintergrundindikator „Menschen mit Migrationshintergrund“ (siehe Seite 70).

Entwicklung

Im Jahr 2014 hatten in NRW 17,9 % der 25- bis unter 65-jährigen Menschen mit Migrationshintergrund einen tertiären Bildungsabschluss erreicht, in der gleichaltrigen Gruppe der Menschen ohne Migrationshintergrund traf dies auf 28,8 % zu. Darüber hinaus waren Menschen mit Migrationshintergrund mit einem Anteil von 43,5 % überdurchschnittlich häufig ohne beruflichen Abschluss (Menschen ohne Migrationshintergrund: 13,3 %).

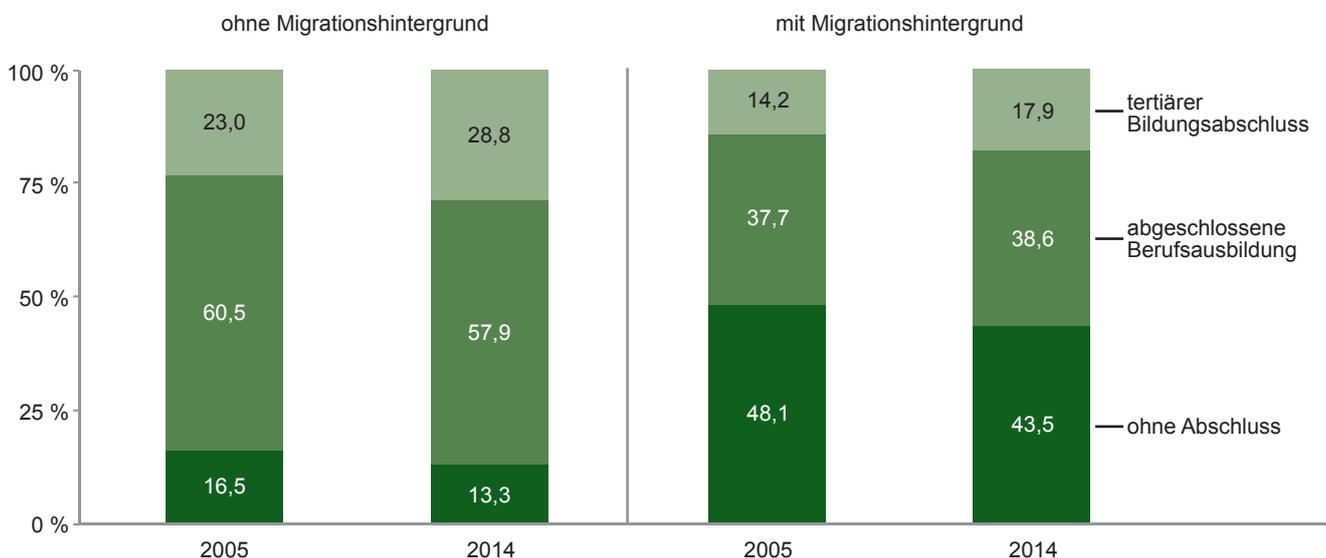
Gegenüber 2005 hat sich bei Menschen mit Migrationshintergrund sowohl der Anteil mit tertiärem Abschluss als auch mit abgeschlossener Berufsausbildung erhöht (+3,7 bzw. +0,9 Prozentpunkte), entsprechend sank der Anteil derer ohne beruflichen Abschluss (-4,6 Prozentpunkte).

Bei den erreichten beruflichen Bildungsabschlüssen bestehen Unterschiede nach Altersgruppen: Im Jahr 2014 waren bei den 25- bis unter 35-Jährigen 39,2 % derjenigen mit Migrationshintergrund ohne beruflichen Abschluss (ohne Migrationshintergrund: 14,8 %). Bei den 35- bis unter 65-Jährigen ist der Unterschied größer: Hier hatten 44,9 % der Menschen mit Migrationshintergrund keine berufliche Ausbildung abgeschlossen (ohne Migrationshintergrund: 12,9 %).

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

4. Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern.
10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.
16. Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Höchster beruflicher Bildungsabschluss der Bevölkerung 2005 und 2014 nach Migrationsstatus – Anteil in Prozent –



Integration

Aufbau einer Teilhabe- und Willkommenskultur

Armutsrisikoquote der Menschen mit Migrationshintergrund

Ziel der Landesregierung

Senkung der Armutsrisikoquote der Menschen mit Migrationshintergrund.

Definition und methodische Hinweise

Die „Armutsrisikoquote“ ist ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut. Die Armutsrisikoquote gibt an, wie hoch der prozentuale Anteil der Personen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsriskoschwelle an der Bevölkerung ist. Die Armutsriskoschwelle ist festgelegt bei 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der nordrhein-westfälischen Bevölkerung. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes, mit der sogenannten neuen OECD-Skala bedarfsgeichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied.

Zur Definition des Migrationshintergrundes siehe Hintergrundindikator „Menschen mit Migrationshintergrund“ (siehe Seite 70).

Entwicklung

Menschen mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich häufig von relativer Einkommensarmut betroffen: Im Jahr 2014 wiesen sie in NRW eine Armutsrisikoquote von 30,6 % auf, während der entsprechende Wert bei Menschen ohne Migrationshintergrund 11,7 % betrug.

Im Jahr 2005 lag die Armutsrisikoquote der Menschen mit Migrationshintergrund mit 30,5 % auf dem Niveau des Jahres 2014;

allerdings fiel sie im Zeitraum 2006 bis 2013 unter die 30-Prozent-Marke. Bei Menschen ohne Migrationshintergrund lag die Armutsrisikoquote im Jahr 2014 um insgesamt 1,9 Prozentpunkte höher als noch 2005.

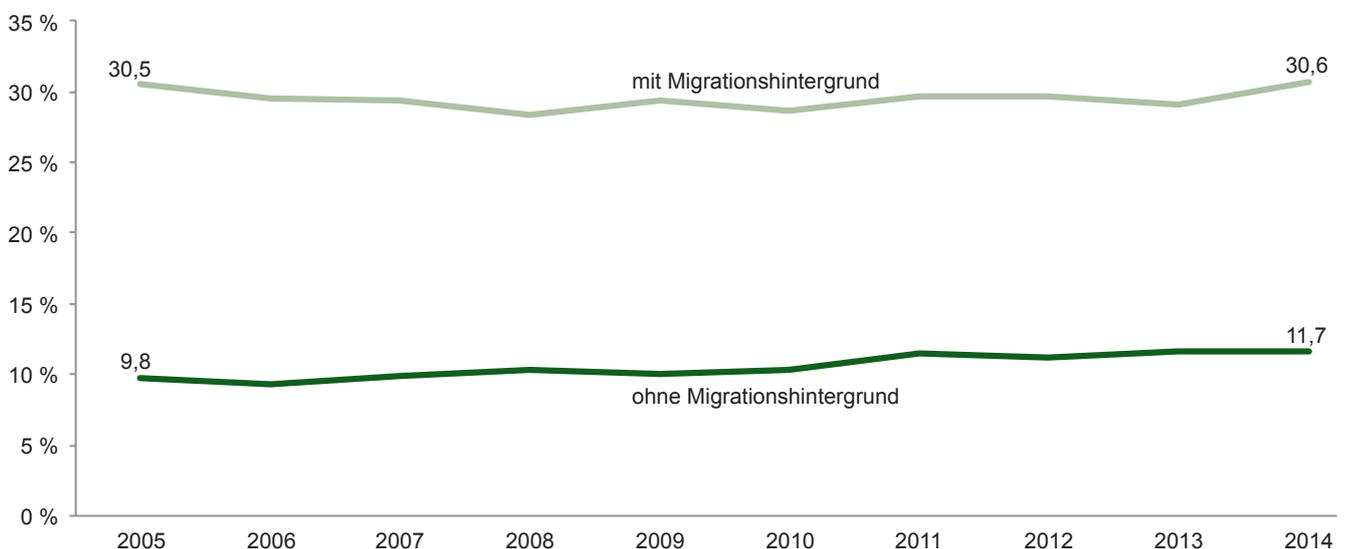
Unterschiede in der Armutgefährdung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund treten insbesondere bei den jüngeren und bei den älteren Altersgruppen auf: 2014 betrug die Armutsrisikoquote der Minderjährigen mit Migrationshintergrund 35,8 % im Vergleich zu 13,6 % bei den Minderjährigen ohne Migrationshintergrund. Darüber hinaus galt gut ein Drittel (35,4 %) der 65-Jährigen und Älteren mit Migrationshintergrund als relativ einkommensarm gegenüber 10,4 % der Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

1. Armut in allen ihren Formen und überall beenden.
10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.

Armutsrisikoquote in NRW 2005 – 2014 nach Migrationsstatus

– in Prozent –



Nachhaltige Finanzpolitik

Tragfähige öffentliche Finanzen sichern

Finanzierungssaldo des Landes

Ziel der Landesregierung

Strukturell ausgeglichene Landeshaushalte ab 2020.

Definition und methodische Hinweise

Der Finanzierungssaldo ist laut Landeshaushaltsordnung die Differenz aus den bereinigten Einnahmen und den bereinigten Ausgaben des Landes NRW je Haushaltsjahr. Die bereinigten Einnahmen errechnen sich aus den Gesamteinnahmen laut Haushaltsplan abzüglich Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Überschüssen der Vorjahre und haushaltstechnischen Verrechnungen. Die bereinigten Ausgaben errechnen sich aus den Gesamtausgaben laut Haushaltsplan abzüglich Tilgungsausgaben am Kreditmarkt, Zuführung an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung von Vorjahresfehlbeträgen und haushaltstechnischen Verrechnungen.

Entwicklung

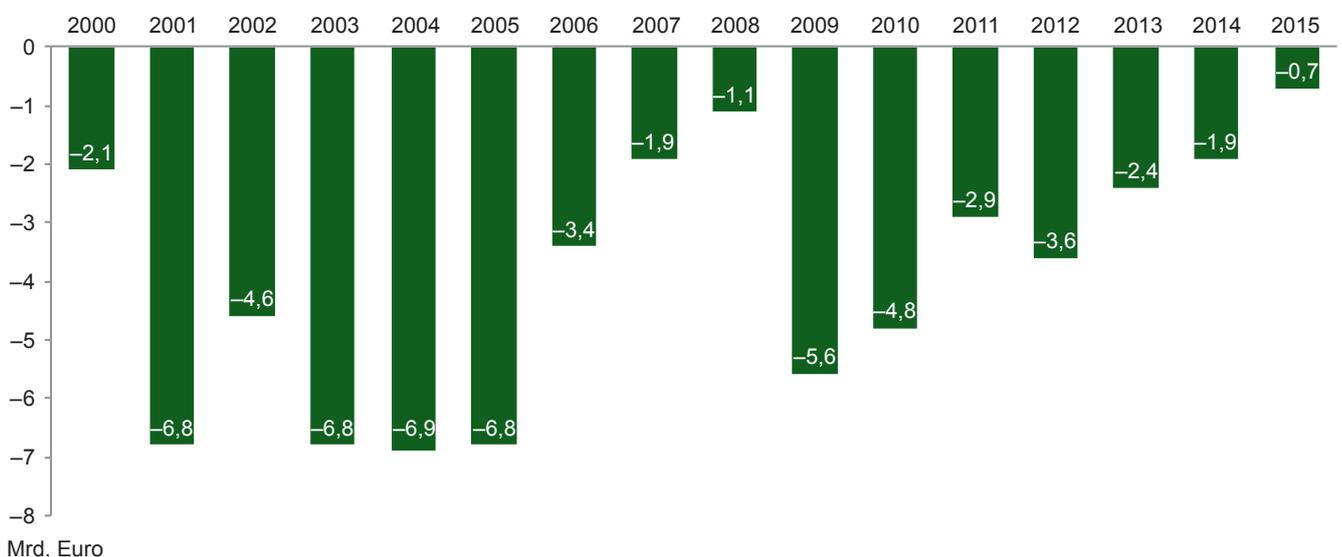
Im Jahr 2015 lag der Finanzierungssaldo des Landeshaushalts in NRW bei einem Minus von 0,7 Milliarden Euro. Den bereinigten Einnahmen in Höhe von 63,7 Milliarden Euro standen bereinigte Ausgaben in Höhe von 64,4 Milliarden gegenüber.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

8. Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.
17. Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.

Finanzierungssaldo des Landes NRW 2000 – 2015

– Differenz in Milliarden Euro –



Nachhaltige Finanzpolitik

Tragfähige öffentliche Finanzen sichern

Schuldenstandsquote

Ziel der Landesregierung

Nachhaltige Rückführung der Schuldenstandsquote ab 2020.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator gibt den Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushaltes des Landes NRW im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Landes wieder. Dabei werden Schulden im Kernhaushalt und in den Extrahaushalten berücksichtigt. Zu den Schuldenarten zählen Wertpapiersschulden und Kredite beim nicht-öffentlichen Bereich sowie Kassenkredite beim nicht-öffentlichen Bereich. Die Schuldenstandsquote zeigt auf Länderebene die relative Zinsbelastung für den Landeshaushalt an und ist damit ein Merkmal für die langfristige Tragfähigkeit der Landesfinanzen.

Entwicklung

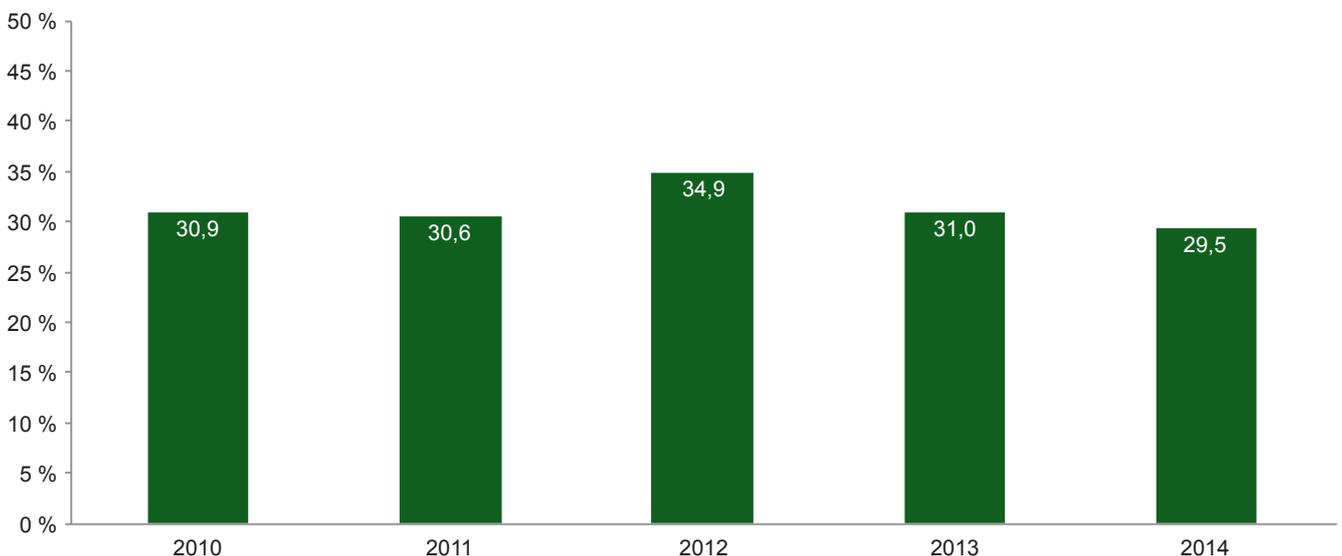
Die Schuldenstandsquote in NRW lag im Jahr 2014 bei 29,5 %. Das ist der niedrigste Wert seit 2010. Während das BIP des Landes innerhalb des betrachteten Zeitraumes kontinuierlich gestiegen ist, sind die Schulden des Landes NRW von 2010 bis 2012 zunächst gestiegen und ab 2013 gesunken.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

8. Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.
17. Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.

Schuldenstandsquote des Landes NRW 2010 – 2014

– in Prozent –



Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung

Sicherung zukunftsfähiger Quartiere in den Städten und im ländlichen Raum

Ziel der Landesregierung

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Metropolregionen, städtischen Regionen und im ländlichen Raum.

Zukunftsfähige, klimagerechte, soziale und lebenswerte Städte.

Hinweis

Dem Handlungsfeld Nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung ist der Indikator „Reduzierung der Flächeninanspruchnahme“ zugeordnet. Die Beschreibung des Indikators „Reduzierung der Flächeninanspruchnahme“ („Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche“) erfolgt im Handlungsfeld „Schutz natürlicher Ressourcen“.



Nachhaltiger Konsum/nachhaltige Lebensstile

Nachhaltigen Konsum und nachhaltige Lebensstile fördern

Recyclingquote

Ziel der Landesregierung

Bis 2020 Erreichung einer Recyclingquote von 65 % (Anteil der stofflich verwerteten Bioabfälle und werthaltigen Abfälle an der Gesamtmenge der Haushaltsabfälle).

Definition und methodische Hinweise

Die Recyclingquote beschreibt den prozentualen Anteil der Haushaltsabfälle, der Anlagen bzw. Verfahren zugeführt wird, die eine stoffliche Verwertung zum Ziel haben. Die Recyclingquote wird bezogen auf den Input der Anlagen anhand von Annahmen zu den jeweils stofflich verwerteten Anteilen ermittelt. Datengrundlage sind die jährlichen Siedlungsabfallbilanzen für NRW, die vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz erstellt und vom Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz veröffentlicht werden.

Entwicklung

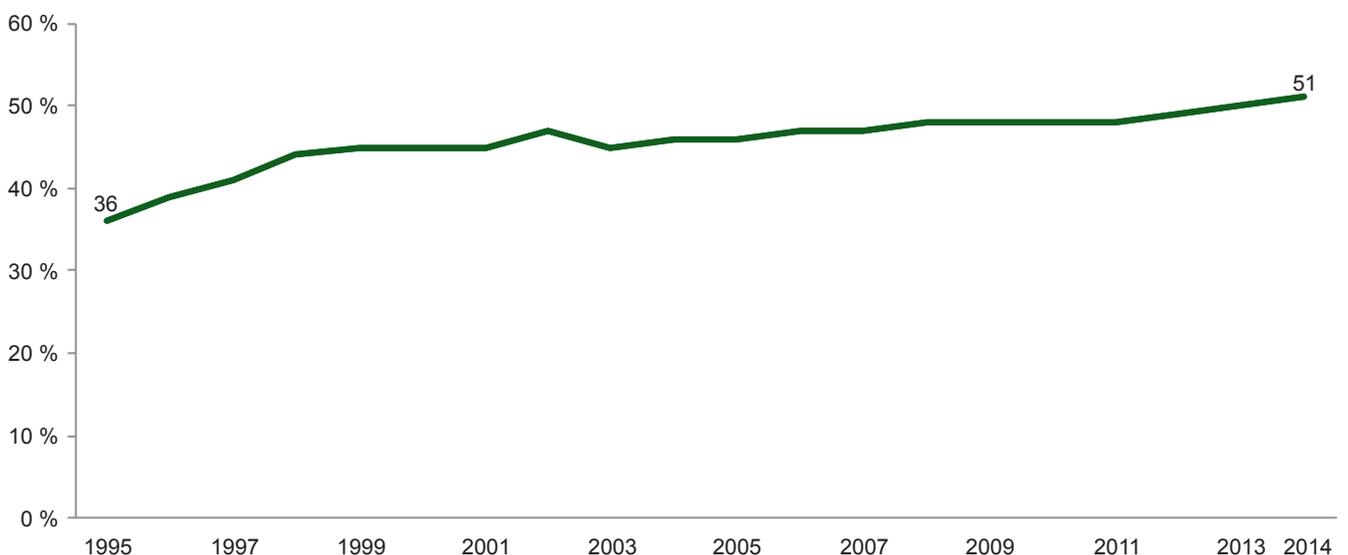
Im Jahr 2014 lag die Recyclingquote in NRW bei 51 %. Seit 1995 ist sie – ausgehend von 36 % – nahezu kontinuierlich gestiegen, wobei insbesondere Ende der 1990er-Jahre ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen war. Die Steigerung der Recyclingquote in den letzten Jahren ist vor allem auf eine Ausweitung der Getrenntsammlung von Bio- und Grünabfällen zurückzuführen. Diese hatten mit 49 % den höchsten Anteil an der Recyclingquote. Es folgten Papier, Pappe, Kartonagen mit 29 % und Glas mit 8 %.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.
12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.

Recyclingquote in NRW 1995 – 2014

– in Prozent –



Nachhaltiger Konsum/nachhaltige Lebensstile

Nachhaltigen Konsum und nachhaltige Lebensstile fördern

Endenergieverbrauch privater Haushalte

Ziel der Landesregierung

Bis 2030 Verringerung des Endenergieverbrauchs privater Haushalte (in Petajoule).

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator „Endenergieverbrauch privater Haushalte“ (ohne Mobilität) misst den gesamten Energieverbrauch privater Haushalte in Petajoule. Dieser berechnet sich aus der Summe der zur unmittelbaren Erzeugung der Nutzenergie verwendeten Primär- und Sekundärenergieträger. Der Endenergieverbrauch privater Haushalte ist Bestandteil der Energiebilanz, die im Länderarbeitskreis Energiebilanzen (LAK Energiebilanzen) methodisch abgestimmt und vom Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (AK UGRdL) berechnet wird.

Entwicklung

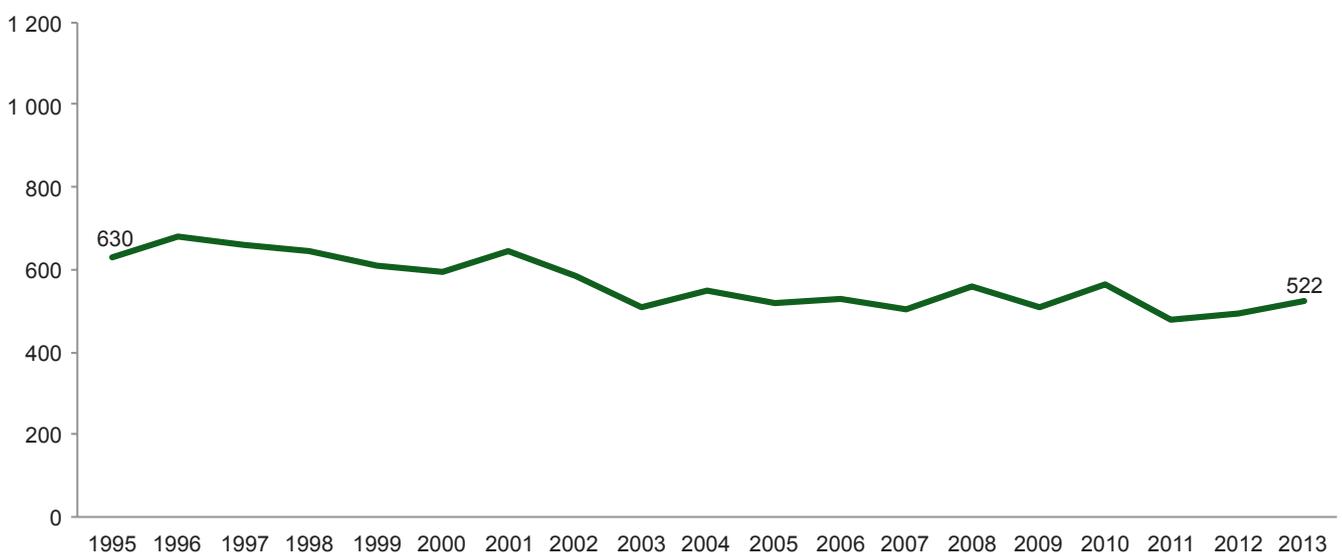
Im Jahr 2013 wurden Energieträger mit einem Energiegehalt von insgesamt rund 522 Petajoule durch die privaten Haushalte in NRW verbraucht. 1995 waren es noch 630 Petajoule und damit 17,1 % mehr als im Jahr 2013.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

- 7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern.
- 12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.

Endenergieverbrauch privater Haushalte in NRW 1995 – 2013

– in Petajoule –



Nachhaltiger Konsum/nachhaltige Lebensstile

Nachhaltigen Konsum und nachhaltige Lebensstile fördern

Ausgaben für Biolebensmittel

Ziel der Landesregierung

Bis 2030 substanzielle Erhöhung des Ausgabenanteils von biologisch erzeugten Nahrungsmitteln (mit EU-Biosiegel) an den Gesamtlebensmittelausgaben.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator gibt den prozentualen Anteil der durchschnittlichen Ausgaben für Biolebensmittel und -getränke an den gesamten Ausgaben für Lebensmittel und Getränke privater Haushalte wieder. Die Angaben beruhen auf der (wöchentlichen) Erfassung der Einkäufe ausgewählter privater Haushalte durch die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK). Erfasst wird primär der Einkauf für den häuslichen Konsum, d. h. der Außer-Haus-Verzehr ist in den Angaben nicht enthalten.

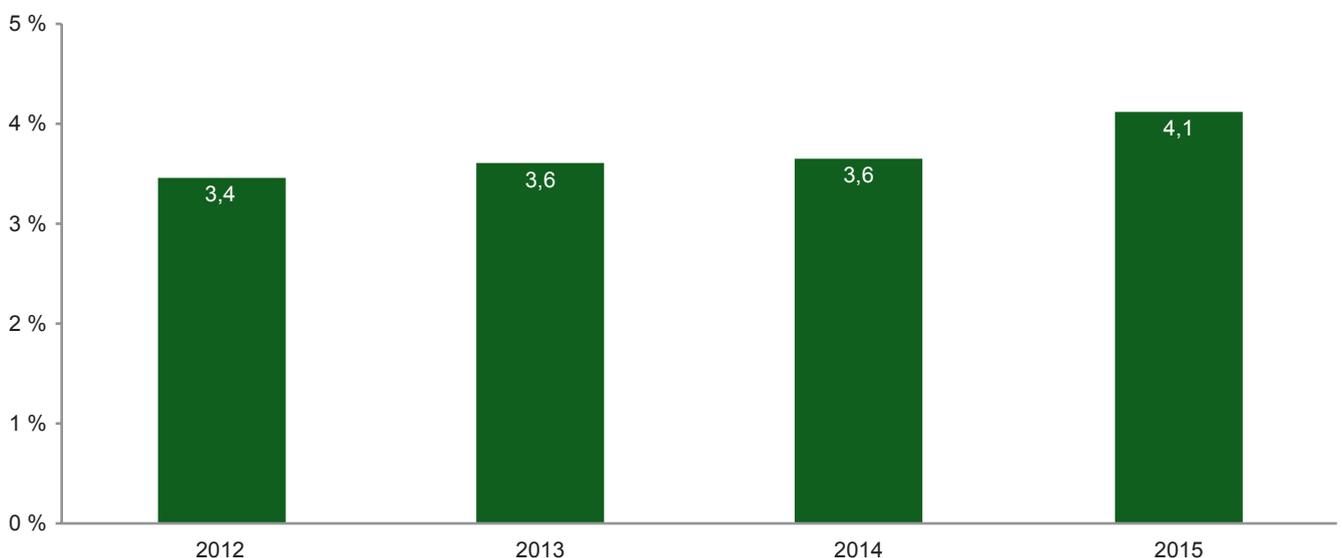
Entwicklung

Im Jahr 2015 entfielen in den nordrhein-westfälischen Privathaushalten im Durchschnitt 4,1 % der Ausgaben für Lebensmittel und Getränke auf das Bio-Segment. Seit 2012 ist der Bio-Anteil an den Ausgaben für Lebensmittel und Getränke damit um 0,7 Prozentpunkte gestiegen.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.
12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.

Ausgaben privater Haushalte für Biolebensmittel und -getränke in NRW 2012 – 2015 – Anteil in Prozent –



Nachhaltiger Konsum/nachhaltige Lebensstile

Nachhaltigen Konsum und nachhaltige Lebensstile fördern

Ressourcenverbrauch privater Haushalte

Ziel der Landesregierung

Substanzielle Verringerung des Ressourcenverbrauchs der privaten Haushalte.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator „Ressourcenverbrauch privater Haushalte“ misst den durchschnittlichen Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch des privaten Konsums in Kilogramm (kg) nach Gütergruppen („Material Footprint“). Der Indikator wurde vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie (WI) im Rahmen einer Explorationsstudie errechnet und wird laufend weiterentwickelt. Grundlage sind dabei zum einen gesamtwirtschaftliche Materialflussrechnungen für Deutschland aus dem Jahr 2005, aus denen der Ressourcenverbrauch (kg) pro Konsumausgabe (Euro) ermittelt wurde (Ressourcenintensität). Zum anderen berechnete das WI die Konsumausgaben für NRW-Haushalte nach Gütergruppen mit Hilfe der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die alle fünf Jahre durchgeführt wird (zuletzt 2013). Vom WI wurden die Haushaltsausgaben auf Pro-Kopf-Werte umgerechnet und zum Basisjahr 2003 inflationsbereinigt. Durch die Multiplikation der durchschnittlichen Ressourcenintensität in den einzelnen Gütergruppen mit den entsprechenden Pro-Kopf-Ausgaben wurde dann der Material Footprint errechnet.

Entwicklung

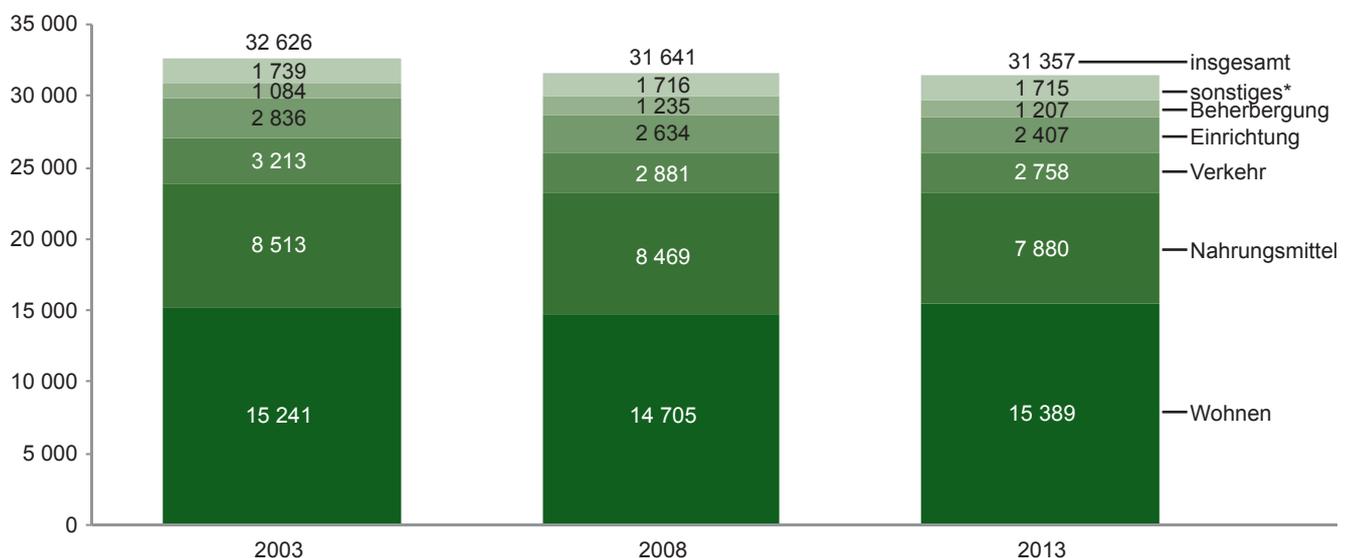
Der Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch des privaten Konsums lag im Jahr 2013 in NRW bei 31 357 kg. Fast die Hälfte des Verbrauchs ging dabei auf das Konto der Gütergruppe Wohnen (Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe) und ein Viertel auf Nahrungsmittel (Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke). Der Material Footprint ist seit 2003 um 3,9 % gesunken. 2003 lag der durchschnittliche Ressourcenverbrauch noch bei 32 626 kg pro Person. Die Entwicklung war bei den Gütergruppen unterschiedlich.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.

Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch privater Haushalte in NRW 2003, 2008 und 2013

– Mittelwerte in kg pro Kopf –



*) Bekleidung, Gesundheit, Post und Telekommunikation, Freizeit, Bildung und andere Waren und Dienstleistungen

--- Quelle: WI, Ressourcenverbrauch privater Haushalte NRW

Landbewirtschaftung In unseren Kulturlandschaften nachhaltig produzieren

Stickstoffüberschuss

Ziel der Landesregierung

Bis 2030 Senkung des durchschnittlichen Stickstoffbilanzüberschusses auf 60 kg N/ha.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator „Stickstoffüberschuss“ gibt den Überschuss der Stickstoff-Flächenbilanz in Kilogramm Stickstoff je Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche (kg N/ha LF) an. Die Flächenbilanz betrachtet die Stickstoff-Flüsse zu und von der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Auf die Fläche gelangt Stickstoff (N) in Form von Mineraldünger, Wirtschaftsdünger (Gülle, Mist), Sekundärrohstoffdünger (Klärschlamm, Kompost), atmosphärischen Einträgen sowie der Bindung von Luftstickstoff durch Knöllchenbakterien in den Wurzeln von Leguminosen. Beim Wirtschaftsdünger werden vorab die N-Verluste an die Atmosphäre aus den Ställen sowie bei der Lagerung und Ausbringung abgezogen – diese sind also nicht im Überschuss der Stickstoff-Flächenbilanz enthalten. Den Zufuhren stehen die N-Abfuhr durch die Ernte entgegen, die von der Fläche abgefahren wird. Die Differenz (der Saldo) zwischen N-Zufuhr und N-Abfuhr von der Fläche bildet schließlich den N-Flächenbilanzüberschuss. Die Stickstoff-Flächenbilanz wird jährlich von der Universität Gießen ermittelt.

Die Darstellung erfolgt als gleitendes Dreijahresmittel, um witterungs- und marktabhängige jährliche Schwankungen auszugleichen.

Entwicklung

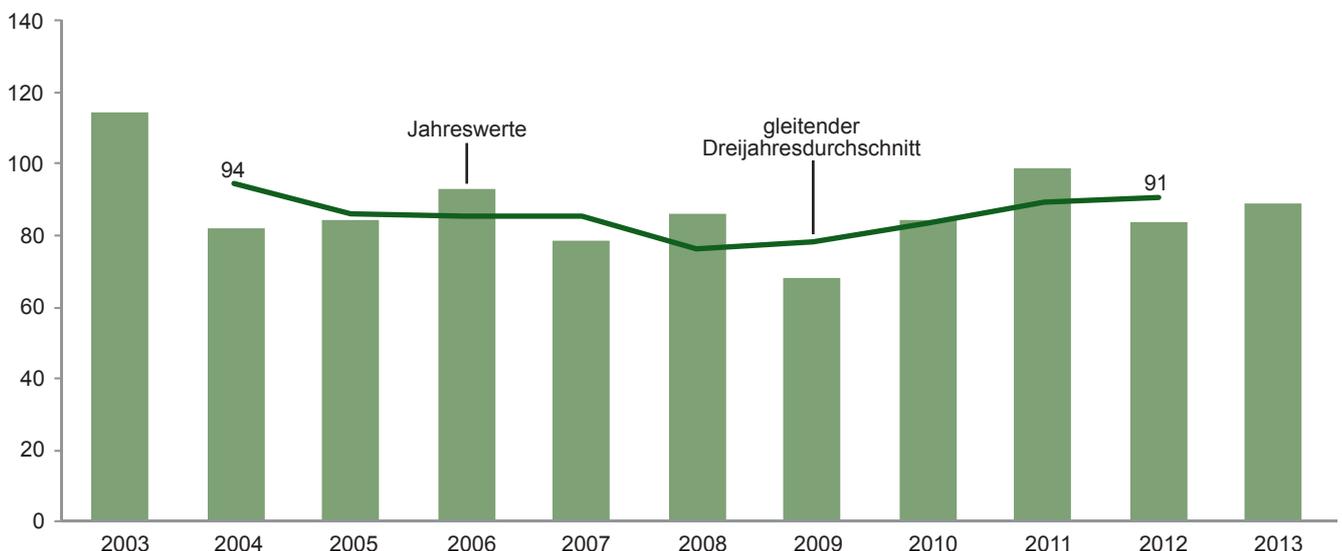
Der Überschuss der Stickstoff-Flächenbilanz im Mittel der Jahre 2011 bis 2013 betrug in NRW 91 kg N/ha und lag damit um 3 kg N/ha unter dem Mittelwert der Jahre 2003 bis 2005. Im Beobachtungszeitraum sank der Durchschnittswert zunächst bis auf 78 kg N/ha (2007/2009), seitdem steigt er wieder.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.
14. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen.
15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

Stickstoffüberschuss in NRW 2003 – 2013

– in kg N/ha LF –



Landbewirtschaftung

In unseren Kulturlandschaften nachhaltig produzieren

Ökologischer Landbau

Ziel der Landesregierung

Steigerung des prozentualen Anteils der Flächen mit ökologischer Landwirtschaft an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator misst den Anteil der mit ökologischer Landwirtschaft genutzten Fläche an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Als ökologischer Landbau wird eine umweltschonende Landbewirtschaftung verstanden, welche auf den Einsatz mineralischer Stickstoffdünger und chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel verzichtet sowie vielfältige Fruchtfolgen fordert. Die Angaben werden gemäß der EG-Öko-Basisverordnung Nr. 834/2007 des Rates der Europäischen Union von den Kontrollstellen bei den Betrieben erhoben. Bei Betrieben, die laut Verordnung nur einen Teil ihrer Fläche ökologisch bewirtschaften, wird nur diese Teilfläche berücksichtigt.

Entwicklung

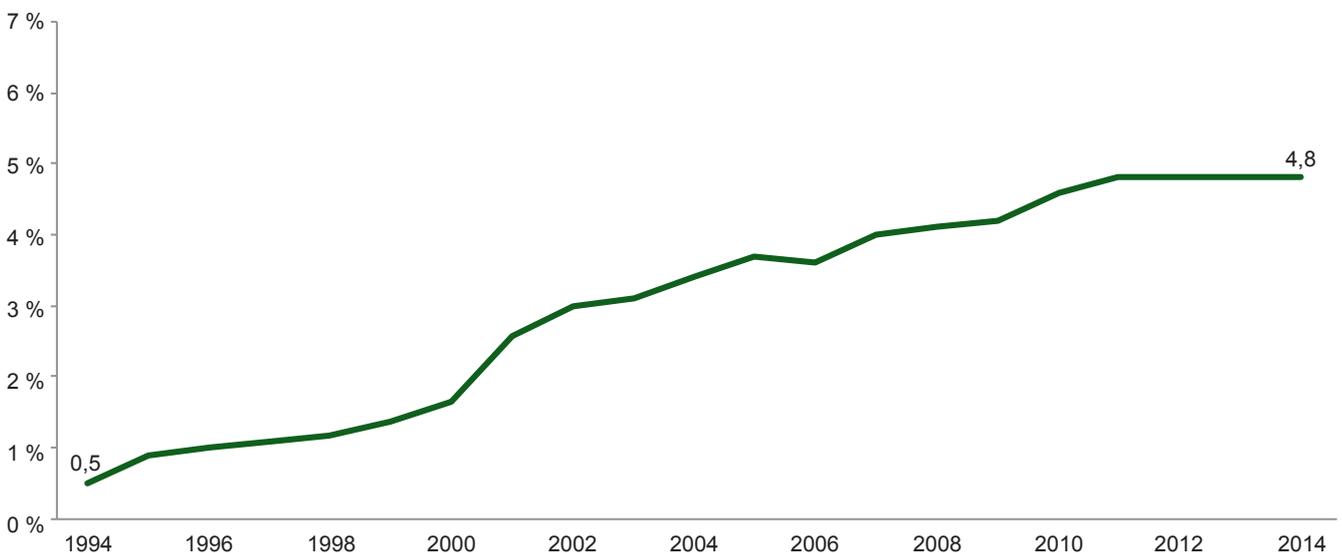
Der Anteil der mit ökologischer Landwirtschaft genutzten Fläche stieg in NRW seit 1994 – ausgehend von 0,5 % – kontinuierlich an. Zwischen 2000 und 2001 wurde der größte Zuwachs verzeichnet (+0,9 Prozentpunkte). Seit 2011 stagniert die Entwicklung: Der prozentuale Anteil des ökologischen Landbaus beträgt seitdem 4,8 %.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.
15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

Ökologischer Landbau in NRW 1994 – 2014

– Anteil in Prozent –



Gesundheit

Gesundheit fördern und Prävention stärken

Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit) und Übergewicht

Ziel der Landesregierung

Senkung des Anteils der Erwachsenen bzw. der Schülerinnen und Schüler mit Adipositas (Fettleibigkeit) bzw. Übergewicht.

Definition und methodische Hinweise

Der Anteil der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit) und Übergewicht an der entsprechenden Bevölkerung wird auf Basis des Body-Mass-Index (BMI) berechnet. Dabei werden Erwachsene (Personen im Alter von 18 und mehr Jahren) mit einem BMI von 25 bis unter 30 als übergewichtig und mit einem BMI von 30 und mehr als adipös bezeichnet.

Der BMI ist ein einfach messbarer Indikator zur Abschätzung des Körperfettanteils einer Person. Er berechnet sich aus dem Körpergewicht in Kilogramm dividiert durch die quadrierte Körpergröße in Metern. Adipositas bezeichnet eine über das normale Maß hinausgehende Vermehrung des Körperfettanteils mit gesundheitsschädigenden Auswirkungen.

Die Daten zum Anteil der Übergewichtigkeit bzw. Adipositas der Erwachsenen basieren auf dem Mikrozensus, wobei die Fragen zu Körpergewicht und -größe einer freiwilligen Beantwortung unterliegen.

Ergänzend wird nachfolgend der Anteil der Schulanfänger/-innen mit Adipositas bzw. Übergewicht an allen Schulanfänger/-innen beschrieben. Diese Daten basieren auf den Schuleingangsuntersuchungen und liegen ab dem Jahr 2000 vor. Zur Einstufung von Adipositas bzw. Übergewicht werden Grenzwerte nach Kromeyer-

Hauschild u. a. aus der Referenzstichprobe der Arbeitsgemeinschaft Adipositas im Kindes- und Jugendalter verwendet.

Entwicklung

Im Jahr 2013 galten 28,9 % der erwachsenen Frauen und 44,4 % der erwachsenen Männer in NRW als übergewichtig. Als adipös einzustufen waren 14,5 % der Frauen und 17,9 % der Männer.

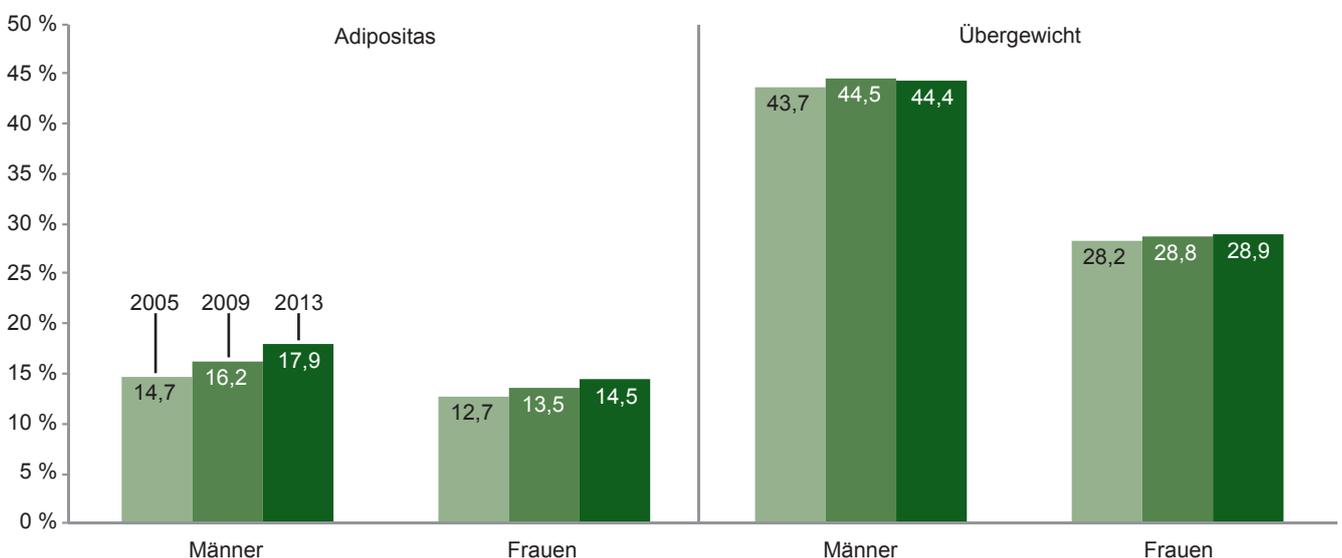
Seit 2005 hat sich der Anteil der Übergewichtigen in der Bevölkerung nur geringfügig geändert. Hingegen ist der Anteil der adipösen Personen 2013 gegenüber 2005 gestiegen, bei Frauen um 1,8 Prozentpunkte, bei Männern um 3,2 Prozentpunkte.

Bei den Schulanfänger/-innen bestehen nur geringe Unterschiede zwischen den Geschlechtern in der Verbreitung der Adipositas bzw. des Übergewichts: Im Jahr 2013 waren 6,5 % der eingeschulerten Mädchen und 6,0 % der eingeschulerten Jungen übergewichtig, adipös waren 4,3 % der Mädchen und 4,5 % der Jungen. Im Vergleich mit dem Jahr 2000 hat sich der Anteil der übergewichtigen bzw. adipösen Schulanfänger/-innen nur geringfügig geändert.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

- Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.
- Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.

Erwachsene mit Adipositas oder Übergewicht in NRW 2005, 2009 und 2013 nach Geschlecht – Anteil in Prozent –



Gesundheit

Gesundheit fördern und Prävention stärken

Raucherquote

Ziel der Landesregierung

Senkung des Anteils der Menschen, die gelegentlich oder regelmäßig rauchen.

Definition und methodische Hinweise

Die Raucherquote gibt den prozentualen Anteil der Personen im Alter von 15 und mehr Jahren an, die gelegentlich oder regelmäßig rauchen.

Die Daten zum Rauchverhalten stammen aus dem Mikrozensus, bei dem alle vier Jahre eine Zusatzerhebung zum Gesundheitszustand der Bevölkerung durchgeführt wird. Die Angaben zum Rauchverhalten basieren auf freiwilligen Antworten der Befragten.

Entwicklung

Im Jahr 2013 zählten 29,8 % der männlichen Bevölkerung ab 15 Jahren zu regelmäßigen oder gelegentlichen Rauchern. Mit 22,3 % fiel die Raucherquote in der gleichaltrigen weiblichen Bevölkerung geringer aus.

Seit 2005 ist die Raucherquote bei beiden Geschlechtern zurückgegangen. Damals waren ein Drittel (33,5 %) der Männer und ein Viertel (24,8 %) der Frauen ab 15 Jahren regelmäßige oder gelegentliche Raucher/-innen. Bei den gelegentlichen Raucher/-innen ist 2013 zwischen Männern und Frauen nur ein geringer Unterschied festzustellen (3,3 % gegenüber 2,9 %). Unterschiede bestehen bei denjenigen, die regelmäßig rauchen. 2013 griffen

26,5 % der Männer regelmäßig zu Zigaretten oder anderen Rauchwaren, bei Frauen lag der Anteil bei 19,4 %.

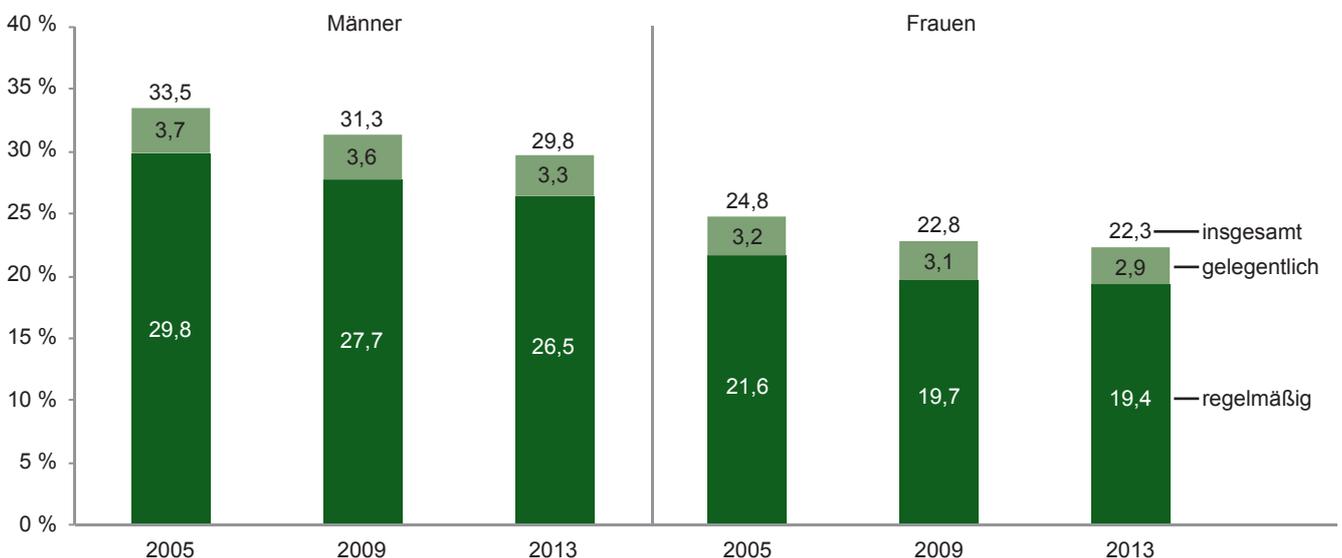
Seit 2005 ist der Anteil der gelegentlichen Raucherinnen und Raucher geringfügig rückläufig. Deutlicher war die Abnahme des Anteils der regelmäßigen Raucherinnen und Raucher.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

- Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.

Raucherquote in NRW 2005, 2009 und 2013 nach Geschlecht

– in Prozent –



Gesundheit

Gesundheit fördern und Prävention stärken

Frühverrentung wegen psychischer Erkrankungen

Ziel der Landesregierung

Senkung des Anteils der Frühverrentung wegen psychischer Erkrankungen.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator gibt den prozentualen Anteil der Rentenzugänge wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund der Hauptdiagnosegruppe „Psychische und Verhaltensstörungen“ an allen Rentenzugängen wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach Geschlecht an. Eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit erhalten Versicherte bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze auf Antrag, wenn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind (neben medizinischen bestehen versicherungsrechtliche Voraussetzungen wie mindestens drei Jahre Pflichtbeiträge in den letzten Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung sowie eine Versicherungszeit von mindestens fünf Jahren). Der Indikator berücksichtigt teilweise und voll erwerbsgeminderte Personen.

Die Einteilung in Hauptdiagnosegruppen erfolgt gemäß der Internationalen Klassifikation ICD-10 und ermöglicht eine Einschätzung, welche Erkrankungsgruppen besonders häufig von Frühberentungen betroffen sind.

Entwicklung

Im Jahr 2013 sind 17 441 Versicherte in NRW wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund psychischer Erkrankungen und Verhaltensstörungen in Frührente gegangen, davon 9 725 Frauen

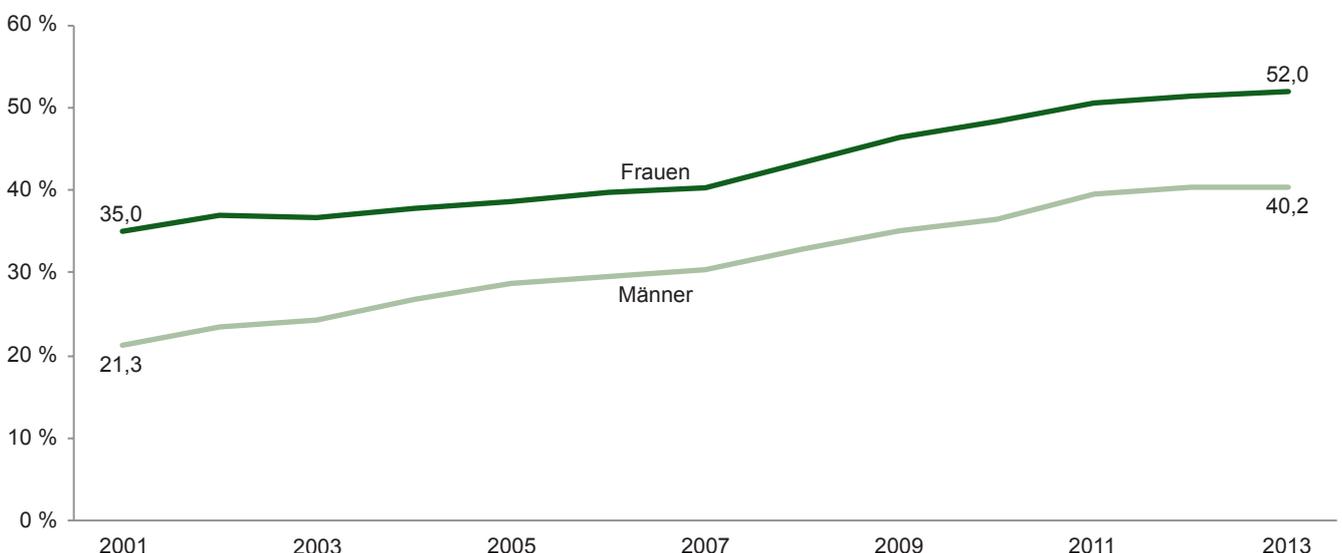
und 7 716 Männer. Mit einem Anteil von 46,0 % waren psychische Erkrankungen der häufigste Grund für eine Frühberentung.

Bei den frühverrenteten Frauen entfiel 2013 gut die Hälfte auf diese Diagnosegruppe (52,0 %), bei den frühverrenteten Männern waren es 40,2 %. In den vergangenen Jahren ist der Anteil der frühverrenteten Frauen und Männer mit der Hauptdiagnose psychische Erkrankungen kontinuierlich gestiegen. 2001 lagen die entsprechenden Anteile noch bei 35,0 % (Frauen) und 21,3 % (Männer).

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.

Frühverrentung wegen psychischer Erkrankung in NRW 2001 – 2013 nach Geschlecht – Anteil in Prozent –



Eine-Welt-Politik/Europäische und internationale Dimension

Einen Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung leisten

Importe aus Entwicklungsländern

Ziel der Landesregierung

Steigerung des Werts der Einfuhren aus Entwicklungsländern nach NRW.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator gibt den Wert der Einfuhren aus Entwicklungsländern nach NRW in Milliarden Euro wieder. Grundlage sind die Entwicklungsländer und -gebiete in der Länderliste des Ausschusses für Entwicklungshilfe (Development Assistance Committee = DAC) der OECD.

Abweichend von dieser Länderliste werden Einfuhren aus China nicht berücksichtigt. Grund hierfür ist, dass China inzwischen zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen ist und 2013 erstmals die Vereinigten Staaten als Exportnation Nr. 1 abgelöst hat. Einfuhren aus China dominieren die Importe aus Entwicklungsländern nach NRW und verzerren damit das Gesamtbild der Importe aus Entwicklungsländern. Die Importe aus China lagen z. B. im Jahr 2015 mit einem Wert von 25,4 Mrd. Euro höher als die Importe aller anderen DAC-Länder zusammengenommen.

Die für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 in DM ermittelten Werte wurden einheitlich mit dem konstanten Faktor 1 Euro = 1,95583 DM umgerechnet. Die Einfuhren werden in Preisen des jeweiligen Berichtsjahres ausgewiesen.

Entwicklung

Der Gesamtwert der Einfuhren aus Entwicklungsländern nach NRW belief sich im Jahr 2015 auf 23,2 Milliarden Euro. 1995 wurden Waren im Wert von 8,9 Milliarden Euro aus Entwicklungsländern importiert. Damit hat sich der Wert der Einfuhren aus Entwicklungsländern im Zeitraum 1995 bis 2015 mehr als verdoppelt. Jedoch stiegen die Importe aus Entwicklungsländern nicht kontinuierlich an: Insbesondere im Jahr 2009 war ein deutlicher Einbruch festzustellen. Im Vergleich zu 2008 ging der Gesamtwert der Einfuhren um 27,8 % zurück. Dieser Einbruch lässt sich auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zurückführen, in deren Folge auch der weltweite Handel getroffen wurde.

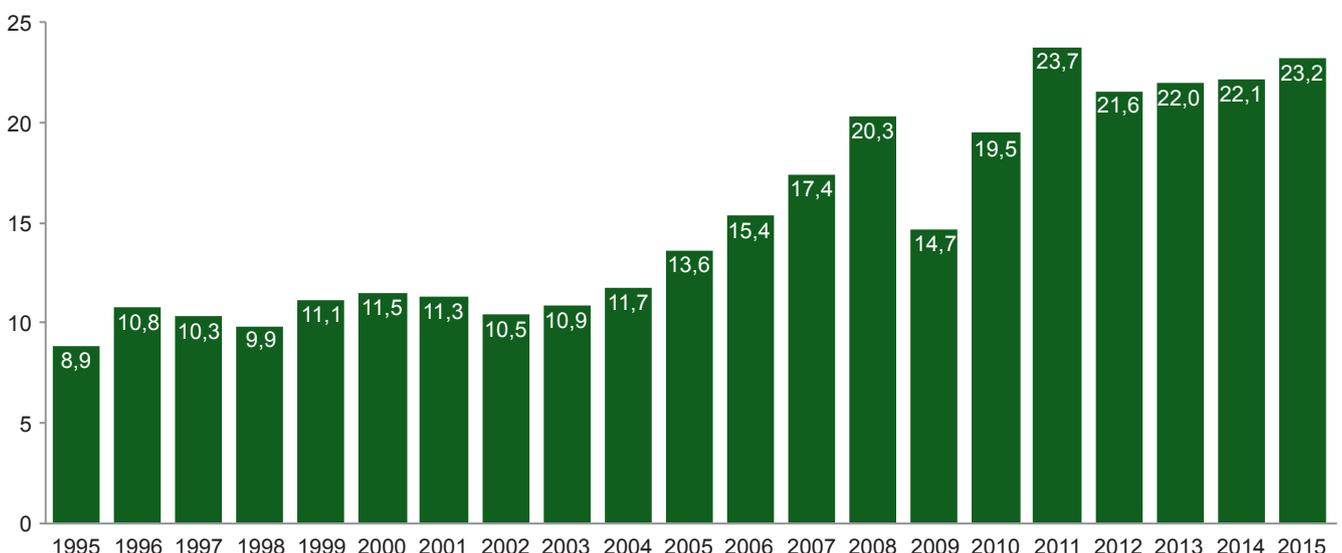
Wichtigster Handelspartner auf der zugrunde liegenden DAC-Länderliste ist die Türkei: 2015 wurden Waren im Wert von 3,3 Milliarden Euro von dort nach NRW eingeführt. An zweiter und dritter Stelle folgen Indien (2,1 Milliarden Euro) und Brasilien (1,9 Milliarden Euro).

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.
17. Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.

Einfuhren aus Entwicklungsländern*) in NRW 1995 – 2015

– in Milliarden Euro –



*) Entwicklungsländer und -gebiete gemäß der Liste des Ausschusses für Entwicklungshilfe (Development Assistance Committee = DAC) der OECD.
Ohne Volksrepublik China – – Quelle: IT.NRW, Statistisches Bundesamt, OECD/DAC

Eine-Welt-Politik/Europäische und internationale Dimension

Einen Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung leisten

Landesprogramme im Bereich der Eine-Welt-Politik

Ziel der Landesregierung

Erhalt der entsprechenden Landesprogramme auf einem angemessenen Niveau.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator gibt die im Landeshaushalt vorgesehenen Ausgaben für die Landesprogramme im Bereich Eine-Welt-Politik an. Hierzu zählen die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit, das Promotorenprogramm, der Konkrete Friedensdienst (jeweils mit einem eigenen Haushaltstitel) sowie das Programm Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit (EplB) und das Auslandsprogramm, über das Zuschüsse für Projekte im Ausland gewährt werden.

Entwicklung

Im NRW-Haushalt 2016 waren Ausgaben in Höhe von 2,02 Millionen Euro für die Landesprogramme im Bereich der Eine-Welt-Politik vorgesehen. Die größte Einzelposition war mit 1,12 Millionen Euro das Promotorenprogramm.

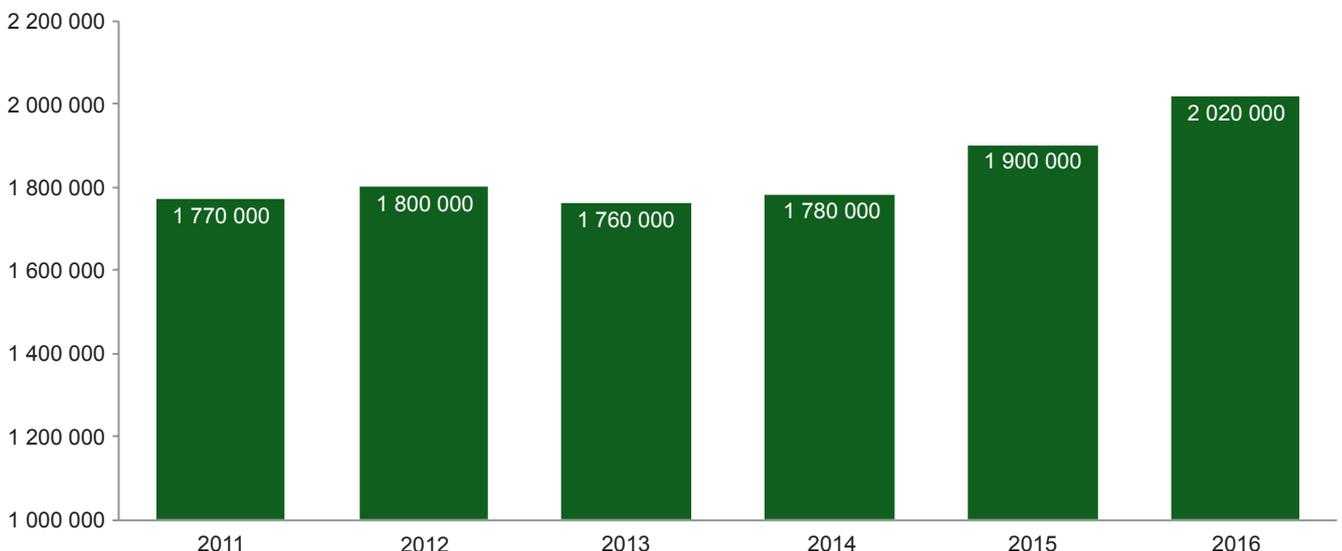
Im Vergleich zum Haushaltsansatz 2011 verzeichnete der Bereich Eine-Welt-Politik einen Zuwachs von 14,1 %; damals waren 1,77 Millionen Euro für die Landesprogramme im Bereich der „Eine Welt Politik“ veranschlagt.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

4. Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern.
10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.
17. Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.

Ausgaben für Landesprogramme im Bereich der Eine-Welt-Politik in NRW 2011 – 2016

– in Euro –



Eine-Welt-Politik/Europäische und internationale Dimension

Einen Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung leisten Ausländische Studierende

Ziel der Landesregierung

Internationalen Wissens- und Bildungsaustausch verstärken durch Steigerung des Anteils ausländischer Studierender an Hochschulen in NRW.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator misst den Anteil der Studierenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit an allen Studierenden in NRW. Bei der Ermittlung der Studierendenzahlen werden ausschließlich die eingeschriebenen Haupthörer/-innen gezählt und für das jeweilige Wintersemester ausgewiesen.

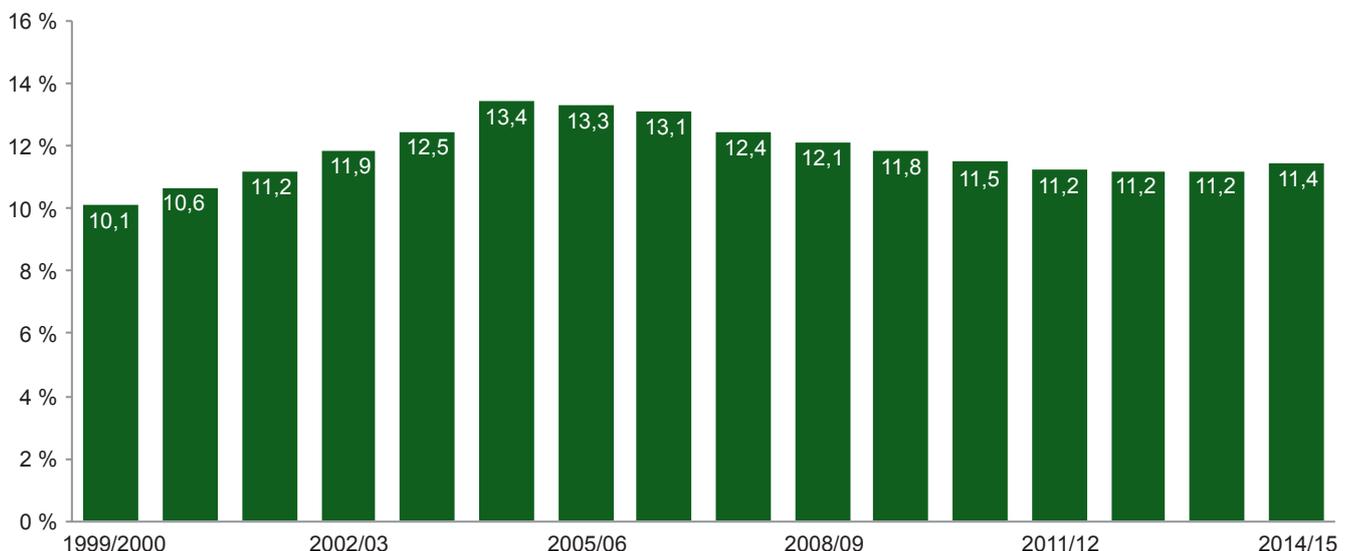
Entwicklung

In NRW lag der Anteil der Studierenden mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit im Wintersemester 2014/15 bei 11,4 %. Der Anteil ist im Zeitverlauf zunächst von 10,1 % im Wintersemester 1999/2000 bis auf 13,4 % im Wintersemester 2004/05 kontinuierlich angestiegen. In den Folgejahren war dann ein Rückgang festzustellen.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

4. Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern.
17. Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.

Ausländische Studierende in NRW im Wintersemester 1999/2000 – 2014/15 – Anteil in Prozent –



Geschlechtergerechtigkeit

Gleichstellung in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt fördern

Frauen in Führungspositionen

Ziel der Landesregierung

Steigerung des Anteils von Frauen in Führungspositionen in den Betrieben bzw. in den obersten Landesbehörden.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator „Frauen in Führungspositionen“ misst zum einen den prozentualen Anteil der Frauen an allen Personen in Führungspositionen in Betrieben der Privatwirtschaft in NRW nach Betriebsgrößenklassen. Die Angaben beziehen sich auf Betriebe mit mindestens einer/einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Zum anderen wird der Anteil der Frauen in Führungspositionen in NRW-Ministerien, beim Landesrechnungshof (LRH), bei der Landesbeauftragten/beim Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI) sowie in der Landtagsverwaltung ausgewiesen. Diese Daten basieren auf einer Dienststellenbefragung, die das MGEPA NRW im Zusammenhang mit den Berichten zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes regelmäßig durchführt.

Entwicklung

Der Anteil der Frauen in der obersten Führungsebene betrug 2014 in der Privatwirtschaft in NRW 23 %. Dabei bestanden Unterschiede nach Betriebsgröße. Während in Betrieben mit 1 bis 9 Beschäftigten der Frauenanteil in der obersten Führungsposition ein Viertel betrug, lag der entsprechende Anteil in Betrieben mit 250 und mehr Beschäftigten bei 19 %. Auch die Entwicklung verlief zwischen

den Betriebsgrößenklassen unterschiedlich: Während der Frauenanteil in Betrieben mit 10 bis unter 50 Beschäftigten zwischen 2004 und 2014 leicht abgenommen hat (–3 Prozentpunkte), stieg der Anteil in Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten im gleichen Zeitraum um 12 Prozentpunkte auf einen Anteil von 19%.

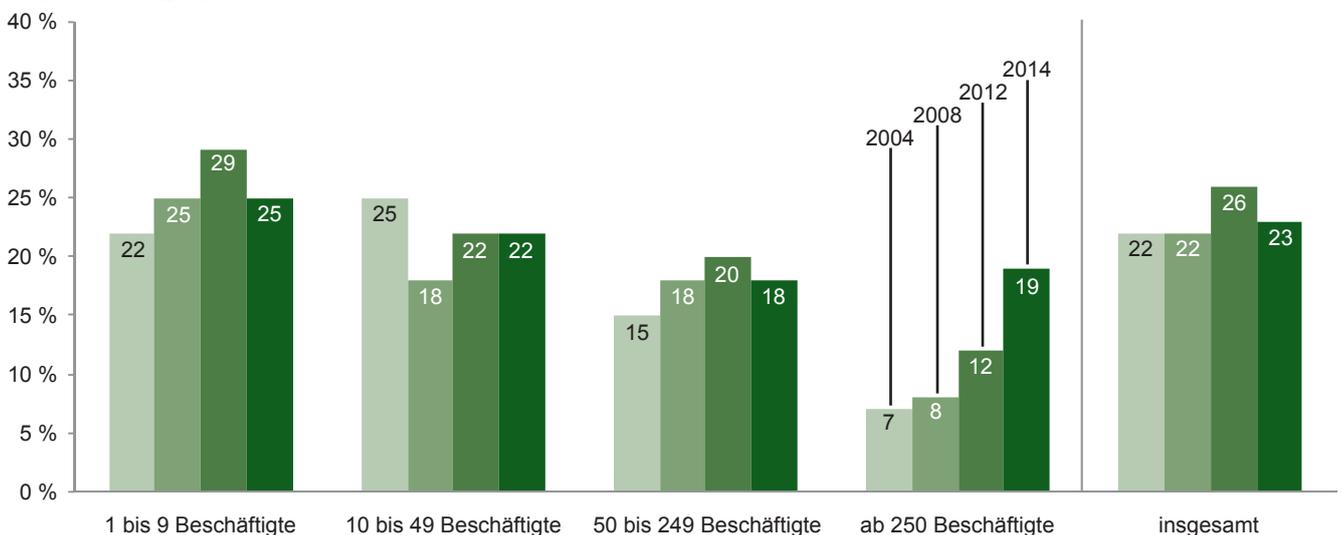
Der Frauenanteil in den Führungspositionen der NRW-Ministerien, des LRH, der LDI sowie in der Landtagsverwaltung lag 2012 auf Abteilungsleiterebene bei 20,7 %, bei Gruppenleitungen (inkl. stellvertretender Abteilungsleitungen) bei 24,7 % und bei Referatsleitungen bei 34,8 %. Auf allen Leitungsebenen ist der Frauenanteil seit 2003 angestiegen, der höchste Zuwachs (+10,6 Prozentpunkte) fand im Bereich der Referatsleitungen statt.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

5. Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen.

Frauen in Führungspositionen (oberste Ebene) in der Privatwirtschaft in NRW 2004 – 2014 nach Betriebsgrößenklassen

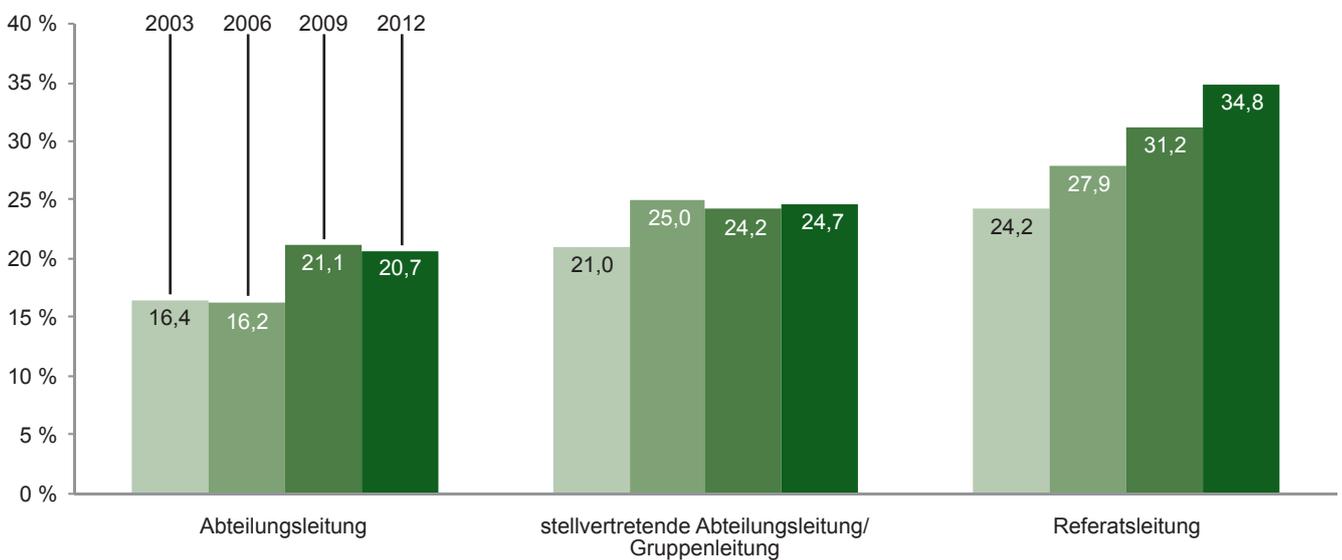
– Anteil in Prozent –



Frauen in Führungspositionen



Frauen in Führungspositionen in Ministerien, beim LRH und LDI sowie in der Landtagsverwaltung in NRW 2003 – 2012 – Anteil in Prozent –



Geschlechtergerechtigkeit

Gleichstellung in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt fördern

Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen

Ziel der Landesregierung

Verringerung des Verdienstabstandes zwischen Männern und Frauen.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator „Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen“ (der sogenannte Gender Pay Gap) wird berechnet als Differenz der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste abhängig beschäftigter Männer und Frauen in Prozent der Verdienste der Männer. Dargestellt wird der sogenannte unbereinigte Verdienstabstand, welcher die Durchschnittsverdienste aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer miteinander vergleicht (ohne Berücksichtigung struktureller Unterschiede). Der Verdienstabstand bezieht sich dabei auf Verdienste in Betrieben mit zehn Beschäftigten und mehr. Nicht berücksichtigt sind die Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Fischerei, öffentliche Verwaltung, private Haushalte sowie exterritoriale Organisationen.

Entwicklung

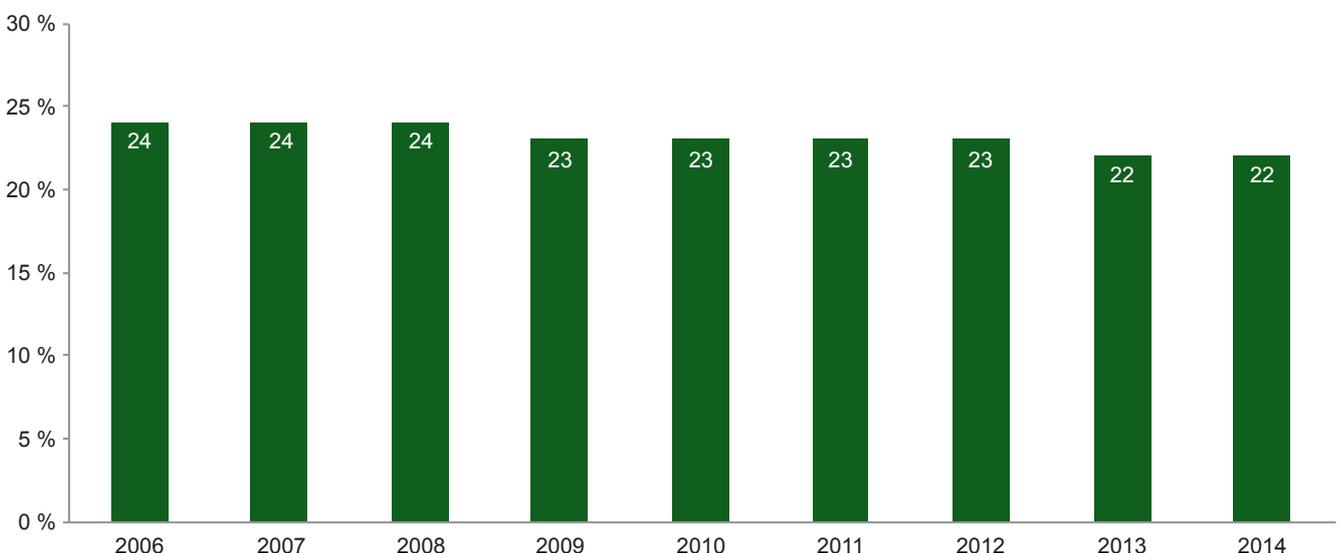
Im Jahr 2014 lag der Verdienstabstand bei 22 %, d. h. dass der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Frauen um gut ein Fünftel geringer ausfiel als derjenige der Männer. Im Beobachtungszeitraum ist ein Rückgang des Verdienstabstands festzustellen; im Jahr 2006 lag er noch bei 24 %.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

5. Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen.

Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen in NRW 2006 – 2014

– in Prozent der Verdienste der Männer –



Inklusion

Gemeinsames Lernen ermöglichen

Integrationsquote von Schüler(inne)n mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Ziel der Landesregierung

Bis 2030 kontinuierliche Erhöhung des prozentualen Anteils der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinen Schulen.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator „Integrationsquote“ misst den prozentualen Anteil der Schüler/-innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die an allgemeinen Schulen unterrichtet werden, an allen Schüler(inne)n mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Berücksichtigt wird die sonderpädagogische Förderung im gemeinsamen Unterricht und in integrativen Lerngruppen der unterschiedlichen Schulstufen öffentlicher und privater allgemeiner Schulen. In der Sekundarstufe II findet sonderpädagogische Förderung überwiegend im berufsbildenden Bereich statt, der Indikator berücksichtigt daher in dieser Schulstufe als Förderorte neben der gymnasialen Oberstufe auch allgemeine Berufskollegs und Förderberufskollegs.

Entwicklung

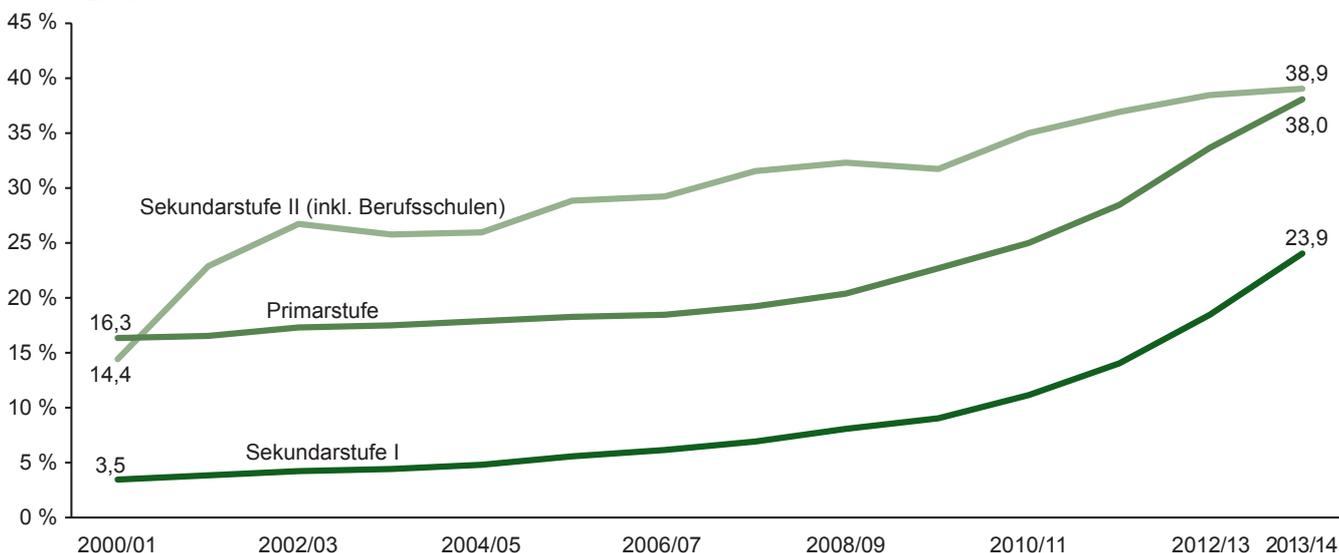
Im Schuljahr 2013/2014 lag die Integrationsquote bei 38,0 % in der Primarstufe, 23,9 % in der Sekundarstufe I und 38,9 % in der Sekundarstufe II. Seit dem Schuljahr 2000/2001 ist die Integrationsquote in allen Schulstufen um mehr als 20 Prozentpunkte gestiegen. Alleine seit dem Schuljahr 2010/2011 nahm die Integrationsquote in der Primarstufe um 13,1 Prozentpunkte und in der Sekundarstufe I um 12,8 Prozentpunkte zu.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

4. Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern.
16. Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Integrationsquote von Schüler(inne)n mit sonderpädagogischem Förderbedarf in NRW in den Schuljahren 2000/2001 – 2013/2014 nach Schulstufen

– in Prozent –



Nachhaltigkeit in den Kommunen (Lokale Agenda)

Nachhaltigkeitsengagement auf kommunaler Ebene aktivieren

Kommunen mit Nachhaltigkeitsbeschlüssen oder -gremien

Ziel der Landesregierung

Steigerung der Zahl der Kommunen, die die nachhaltige Entwicklung strategisch verfolgen.

Definition und methodische Hinweise

Die Daten für die Indikatoren „Kommunen mit Agenda-Beschluss oder Beschlüssen zu einer Nachhaltigkeitsstrategie“ sowie „Kommunen mit Nachhaltigkeitsgremien oder eigenen Programmen“ basieren auf einer Befragung der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. bei allen Kommunen (396 Gemeinden) und Kreisen (31 Kreise) in NRW. Insgesamt haben 135 Kommunen und Kreise geantwortet. Die Befragung fand Ende 2015 statt.

Stand 2015

Der Anteil der Gemeinden und Kreise in NRW, die einen Beschluss zur Lokalen Agenda 21 gefasst haben, beträgt 52,6 % (71 von 135 Kommunen, die geantwortet haben). Der Anteil der Kommunen, die über sektoral orientierte Strategien und/oder auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtete Beschlüsse verweisen können, beträgt 76,3 % (103 von 135 Kommunen).

Im Rahmen der Erhebung wurde auch gefragt, ob in der Kommune mindestens ein Gremium zur lokalen Agenda 21 oder ein Nachhaltigkeitsgremium vorhanden ist. Insgesamt gaben 51,1 % an, dass sie über Gremien dieser Art verfügen.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.



Bürgerschaftliches Engagement/Teilhabe

Mobilisierung des bürgerschaftlichen Engagements für eine nachhaltige und offene Gesellschaft

Engagementquote

Ziel der Landesregierung

Steigerung des Engagementniveaus auf Grundlage des Freiwilligensurveys, nach Altersgruppen und Geschlecht sowie ggf. nach Engagementbereichen differenziert.

Definition und methodische Hinweise

Die Engagementquote gibt den prozentualen Anteil der Personen an der Bevölkerung wieder, der sich freiwillig engagiert. Das freiwillige Engagement umfasst das klassische Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, bürgerschaftliches Engagement sowie Initiativen- und Projektarbeit. Die Aufgaben und Arbeiten sind dadurch charakterisiert, dass sie freiwillig sowie unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung ausgeübt werden. Die Angaben zum freiwilligen Engagement basieren auf dem Freiwilligensurvey und beziehen sich auf die Bevölkerung im Alter ab 14 Jahren.

Entwicklung

Im Jahr 2009 waren 34,6 % der nordrhein-westfälischen Bevölkerung ab 14 Jahren freiwillig engagiert. Damit lag die Engagementquote in etwa auf dem Niveau der Jahre 1999 (34,5 %) und 2004 (35,0 %). In der männlichen Bevölkerung lag die Engagementquote im Jahr 2009 mit 37,8 % höher als in der weiblichen Bevölkerung mit 31,8 %, auch in den anderen Jahren bestanden diese Unterschiede auf vergleichbarem Niveau.

Überdurchschnittlich aktiv im freiwilligen Engagement sind Personen der Altersgruppe 30 bis 44 Jahre sowie der Altersgruppe

45 bis 64 Jahre. Im Jahr 2014 waren in diesen Altersgruppen jeweils fast zwei Fünftel freiwillig engagiert. Von den Kindern und Jugendlichen (14 bis 19 Jahre) waren 32,4 %, von den jungen Erwachsenen (20 bis 29 Jahre) 28,2 % freiwillig engagiert. Die Engagementquote der Personen im Rentenalter lag bei 30,7 %.

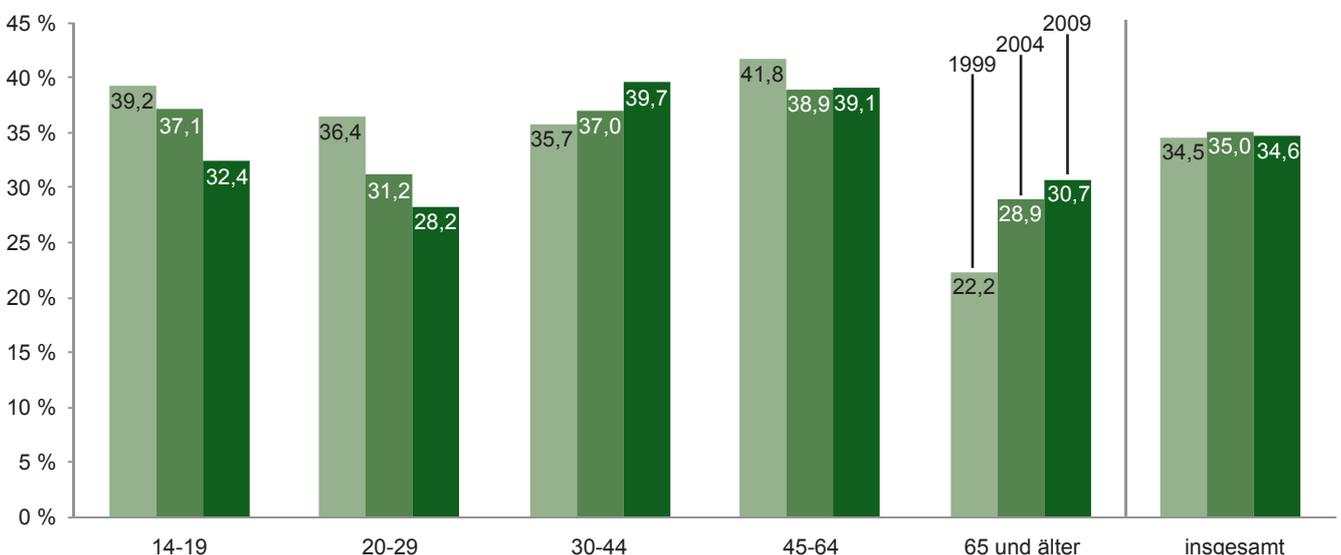
Im Vergleich zu den Jahren 1999 und 2004 sind die Engagementquoten sowohl bei den Kindern und Jugendlichen als auch bei den jungen Erwachsenen gesunken. Dagegen verzeichnete das freiwillige Engagement bei den 30- bis 44-Jährigen und auch in der Bevölkerung ab 65 Jahren einen Anstieg.

Die Tätigkeitsbereiche des freiwilligen Engagements unterscheiden sich nach Geschlecht: In der männlichen Bevölkerung steht Engagement im Bereich „Sport und Bewegung“ an erster Stelle, gefolgt von „Kindergarten und Schule“ sowie „Religion und Kirche“. Frauen sind hingegen am häufigsten im Bereich „Religion und Kirche“ engagiert, gefolgt von „Kindergarten und Schule“ und dem „Sozialen Bereich“.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

16. Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Engagementquote in NRW 1999, 2004 und 2009 nach Alter – in Prozent –



Bildung und Wissenschaft

Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern

18- bis 24-Jährige ohne Abschluss des Sekundarbereichs II

Ziel der Landesregierung

Bis 2030 kontinuierliche Reduktion des prozentualen Anteils der 18- bis 24-Jährigen, die nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügen (Hochschulreife bzw. abgeschlossene Berufsausbildung).

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator misst den prozentualen Anteil der 18- bis 24-Jährigen ohne Abschluss im Sekundarbereich II an allen Personen der entsprechenden Altersgruppe. „Ohne Abschluss des Sekundarbereichs II“ bedeutet, dass die Personen weder über eine Hochschulzugangsberechtigung noch über eine Berufsausbildung verfügen und derzeit nicht an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Die Abgrenzung erfolgt somit über das Alter, den erlangten Bildungsstand und die aktuelle Bildungsbeteiligung. Junge Menschen, die beispielsweise die Haupt- oder Realschule erfolgreich abgeschlossen haben, sich aber nicht mehr im Bildungsprozess befinden, werden zu der Gruppe „ohne Abschluss im Sekundarbereich II“ gezählt.

Entwicklung

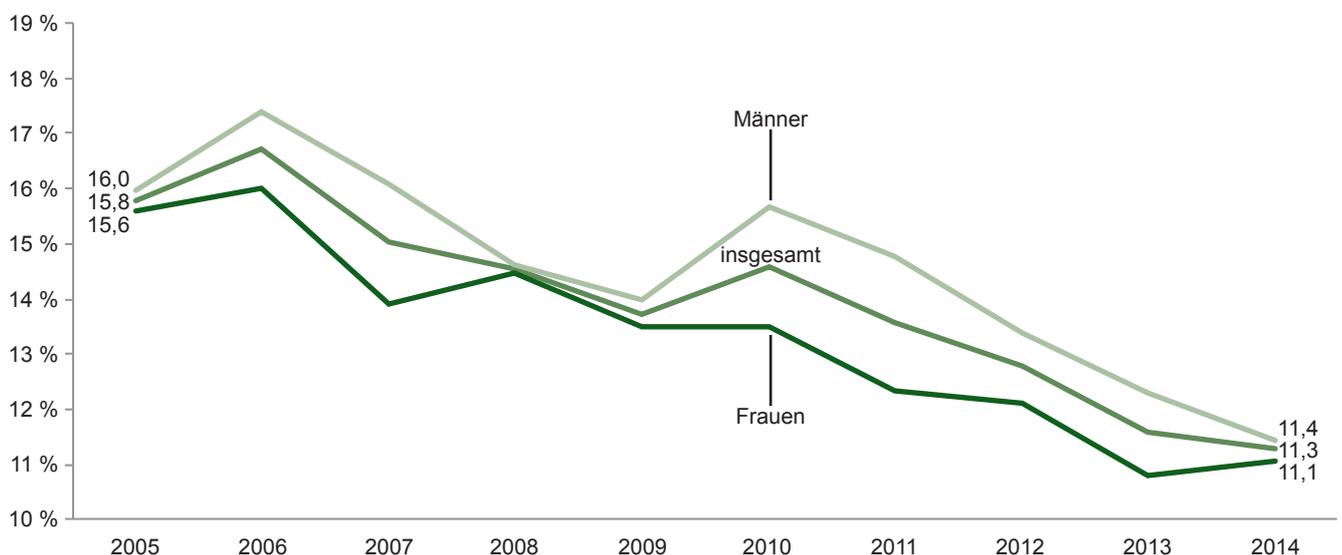
In NRW gab es im Jahr 2014 rund 153 000 junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, die keinen Abschluss des Sekundarbereichs II besaßen und sich auch nicht in Ausbildung befanden; das entspricht einem Anteil von 11,3 %. Bei Männern lag die Quote mit 11,4 % etwas höher als bei Frauen mit 11,1 %. Seit 2005 sank in NRW der Anteil der 18- bis 24-Jährigen ohne Abschluss im

Sekundarbereich II um 4,5 Prozentpunkte. Auch damals war bei Männern der Anteil mit 16,0 % etwas höher als bei der weiblichen Vergleichsgruppe (15,6 %).

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

4. Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern.

18- bis 24-Jährige ohne Abschluss des Sekundarbereichs II in NRW 2005 – 2014 nach Geschlecht – Anteil in Prozent –



Bildung und Wissenschaft

Zukunft mit neuen Lösungen gestalten

Betriebe mit Neuheiten und Verbesserungen

Ziel der Landesregierung

Bis 2030 Steigerung des prozentualen Anteils der Betriebe, die im vorangegangenen Geschäftsjahr eine Produkt- bzw. Verfahrensinnovation eingeführt haben, an allen Betrieben.

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator „Betriebe mit Neuheiten und Verbesserungen“ berücksichtigt drei Arten von Innovationen: erstens die Weiterentwicklung (inkrementelle Innovation) und zweitens die Neuentwicklung (Marktneuheit) von Produkten bzw. Leistungen sowie drittens Prozessinnovationen, bei denen es sich um die Entwicklung bzw. Einführung eines Verfahrens handelt, die den Produktionsprozess bzw. die Bereitstellung einer Dienstleistung merklich verbessert. Gemessen wird dabei der prozentuale Anteil der Betriebe, die im vorangegangenen Geschäftsjahr eine Produkt- bzw. Prozessinnovation eingeführt haben, an allen Betrieben. Der ausgewiesene Wert „Innovationen insgesamt“ gibt dabei den Prozentanteil derjenigen Betriebe an, die mindestens eine der drei genannten Innovationsarten implementiert haben.

Entwicklung

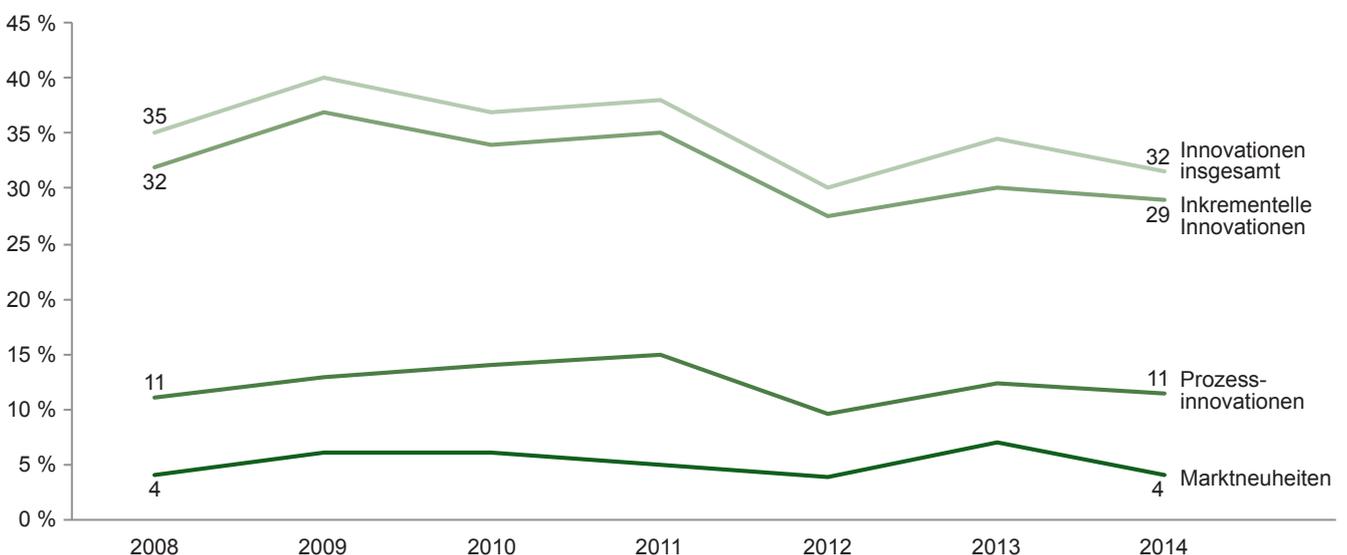
Im Jahr 2014 wurden in 32 % der Betriebe in NRW mindestens eine Produkt- oder Verfahrensinnovation umgesetzt. Das waren 3 Prozentpunkte weniger als im Jahr 2008. Die Entwicklung in den letzten sieben Jahren folgt dabei keinem kontinuierlichen Verlauf, vielmehr schwankte der Anteil der innovativen Betriebe in einer Bandbreite zwischen 30 % (2012) und 40 % (2009).

Die mit Abstand häufigste Form bildeten die inkrementellen Innovationen, also die Weiterentwicklung von bereits bestehenden Produkten oder Dienstleistungen (29 % der befragten Betriebe im Jahr 2014). Mindestens eine Marktneuheit in Form eines Produkts oder einer Dienstleistung haben 4 % der befragten NRW-Betriebe im Jahr 2014 in ihr Angebot aufgenommen, Prozessinnovationen wurden von 11 % der Betriebe implementiert. Für alle drei genannten Innovationsarten gilt, dass sie von Jahr zu Jahr schwankten.

Der Indikator berührt folgende internationale Nachhaltigkeitsziele (SDGs)

8. Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.
9. Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.
12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.

Betriebe mit Produkt- und Verfahrensinnovationen in NRW 2008 – 2014 nach Art der Innovation – Anteil in Prozent –



Hintergrundindikator

Demografische Entwicklung

Lebenserwartung

Definition und methodische Hinweise

Die durchschnittliche Lebenserwartung gibt an, wie lange ein Mensch noch zu leben hat, wenn sich die derzeitige Sterbewahrscheinlichkeit in Zukunft nicht ändert. Für Neugeborene bedeutet dies, dass die errechnete Lebenserwartung die durchschnittliche Lebenszeit von Geburt bis zum Tod angibt. Die verbleibende (oder sogenannte fernere) Lebenserwartung hingegen gibt an, wie lange beispielsweise ein 65-Jähriger durchschnittlich noch zu leben hat.

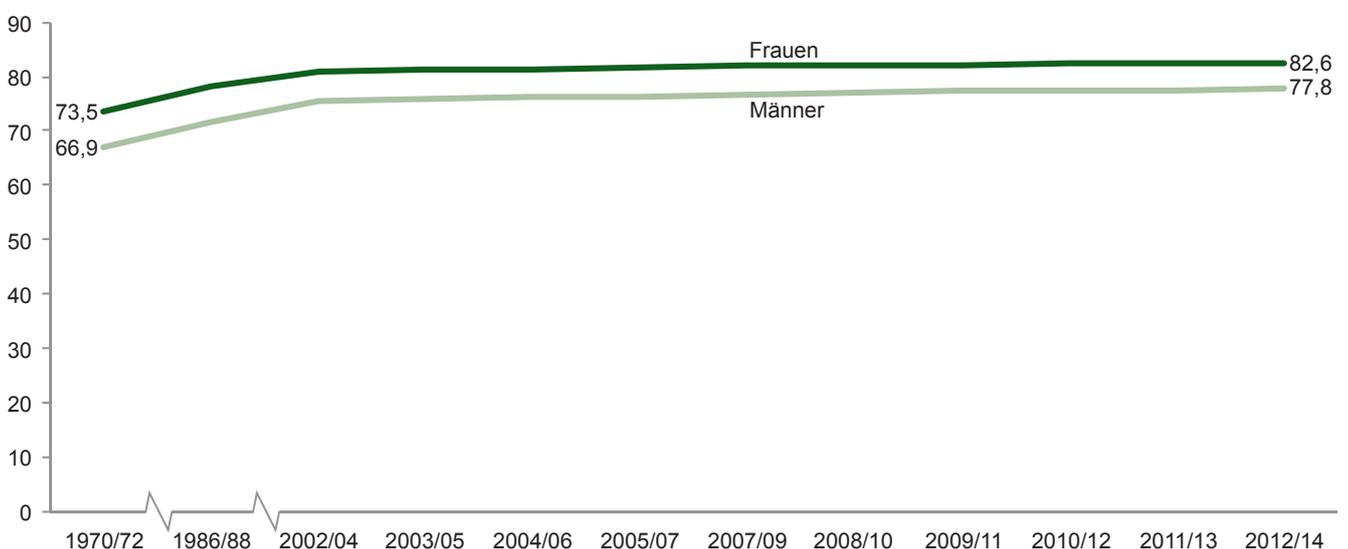
Berechnungen der Sterbetafel weisen die durchschnittliche Lebenserwartung aus. Die Sterbetafel ist ein mathematisches Modell, das angibt, wie viele Personen eines bestimmten Alters aufgrund von Sterbewahrscheinlichkeiten in den einzelnen Altersjahren überleben und sterben werden; sie beinhaltet keine Zukunftsprognosen zur weiteren Entwicklung der Lebenserwartung. Allgemeine Sterbetafeln werden in der Regel für einen Dreijahreszeitraum erstellt.

Entwicklung

Die Lebenserwartung Neugeborener ist seit 1970/72 kontinuierlich angestiegen. Nach der aktuell vorliegenden Sterbetafel 2012/14 lag die durchschnittliche Lebenserwartung weiblicher Neugeborener bei 82,6 Jahren und männlicher Neugeborener bei 77,8 Jahren. Dies ist, im Vergleich zu 1970/72, ein Anstieg um 9,1 Jahre (Frauen) bzw. 10,9 Jahre (Männer).

Auch die fernere Lebenserwartung der 65-Jährigen hat sich kontinuierlich erhöht. Die durchschnittliche Lebenserwartung einer 65-jährigen Frau lag 2012/14 mit 20,6 Jahren um 5,6 Jahre höher als 1970/72. Bei 65-jährigen Männern ist die durchschnittliche fernere Lebenserwartung in diesem Zeitraum etwa gleich stark angestiegen (+5,8 Jahre) und liegt nach der aktuellen Sterbetafel 2012/14 bei 17,4 Jahren.

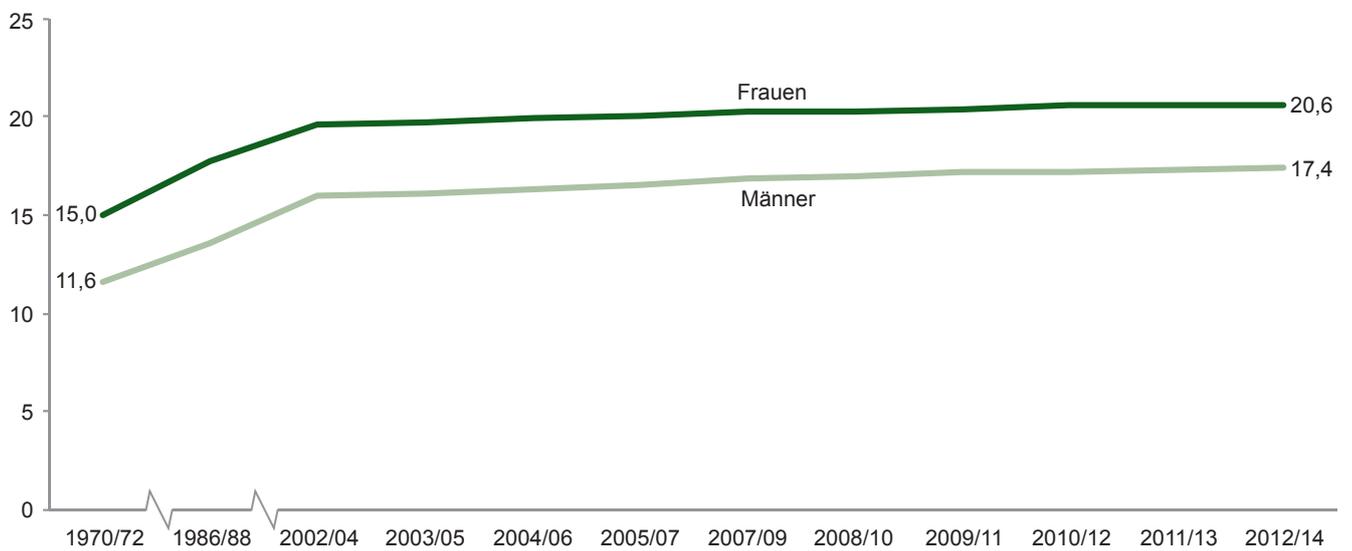
Lebenserwartung von Neugeborenen in NRW 1970/72 – 2012/14 nach Geschlecht – in Lebensjahren –



Lebenserwartung



Fernere Lebenserwartung von 65-Jährigen in NRW 1970/72 – 2012/14 nach Geschlecht
– in Lebensjahren –



Hintergrundindikator

Demografische Entwicklung

Alten- und Jugendquotient

Definition und methodische Hinweise

Um Aussagen über die Relation der jungen, mittleren und älteren Generationen in der Gesellschaft treffen zu können, werden die Indikatoren Jugend- und Altenquotient herangezogen. Beim Jugendquotienten wird die jüngere, in der Regel noch nicht erwerbstätige Bevölkerung im Alter von unter 20 Jahren ins Verhältnis gesetzt zu je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre). Der Indikator Altenquotient hingegen setzt die ältere, in der Regel nicht mehr erwerbstätige Bevölkerung in Beziehung zu den Personen im Erwerbsalter. Hierbei wird die Zahl der Personen im Alter von 65 und mehr Jahren je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren dargestellt.

Entwicklung

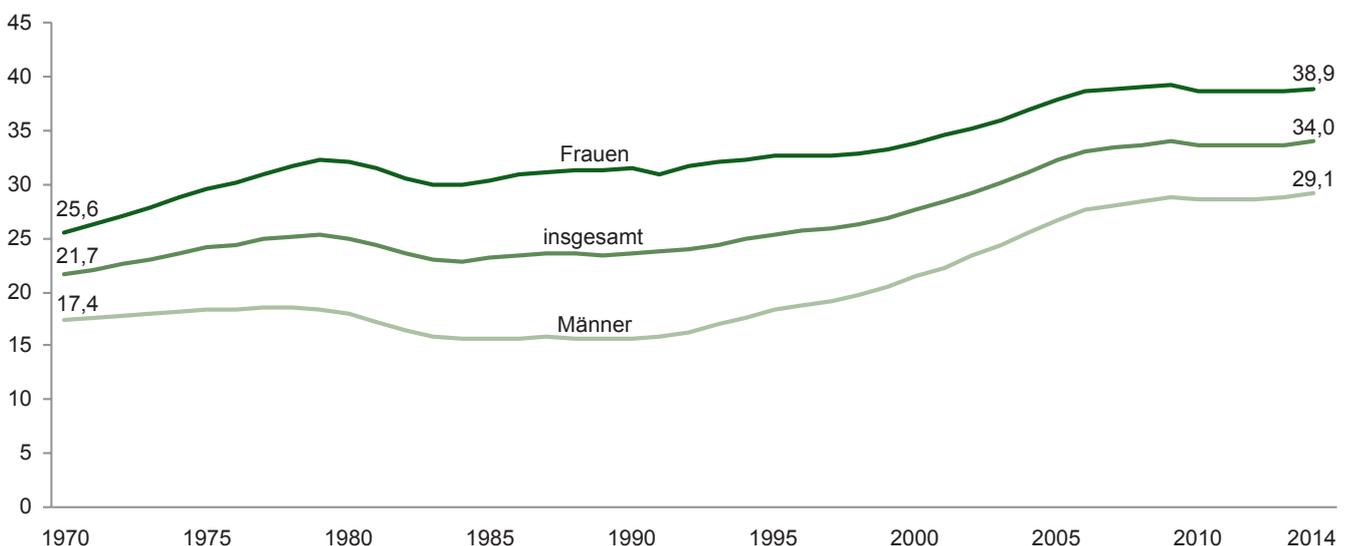
In der Langzeitbetrachtung ist eine Umkehr in der Verteilung der jungen und der älteren Menschen zu erkennen. Während der Jugendquotient seit 1970 fast kontinuierlich abnahm, erhöhte sich der Altenquotient, vor allem seit der Jahrtausendwende stetig. Im Jahr 2008 lag der Wert des Altenquotienten erstmals über dem Wert des Jugendquotienten.

Im Jahr 2014 kamen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre) 31 Personen der jungen (< 20 Jahre) und 34 Personen der älteren (> 64 Jahre) Generation. Im Jahr 1970 dagegen standen 100 Personen im erwerbsfähigen Alter 52 Kinder und Jugendliche bzw. 22 Personen gegenüber, die 65 Jahre alt und älter waren.

Die geschlechtsspezifische Betrachtung zeigt, dass der Jugendquotient 2014 in der weiblichen Bevölkerung mit einem Wert von 30,0 niedriger war als in der männlichen Bevölkerung (31,6). Bis Anfang der 1970er Jahre war dieser Unterschied aufgrund der Auswirkungen des zweiten Weltkriegs auf die männlichen Kohorten im erwerbsfähigen Alter noch deutlich größer: Im Jahr 1970 kamen auf 100 Frauen im erwerbsfähigen Alter 49 weibliche Personen unter 20 Jahren, auf 100 Männer im erwerbsfähigen Alter kamen 55 männliche Kinder und Jugendliche.

Bei der geschlechterbezogenen Betrachtung fällt auch auf, dass die Differenzen beim Altenquotienten deutlich größer ausfallen als beim Jugendquotienten. Dies lässt sich hauptsächlich auf eine höhere Lebenserwartung der Frauen zurückführen. 2014 lag der Altenquotient in der weiblichen Bevölkerung bei 38,9, in der männlichen Bevölkerung hingegen bei 29,1. In der Langzeitbetrachtung ist auch beim Altenquotienten eine deutliche Veränderung zu erkennen: 1970 betrug der Altenquotient bei den Frauen 25,6, bei den Männern 17,4.

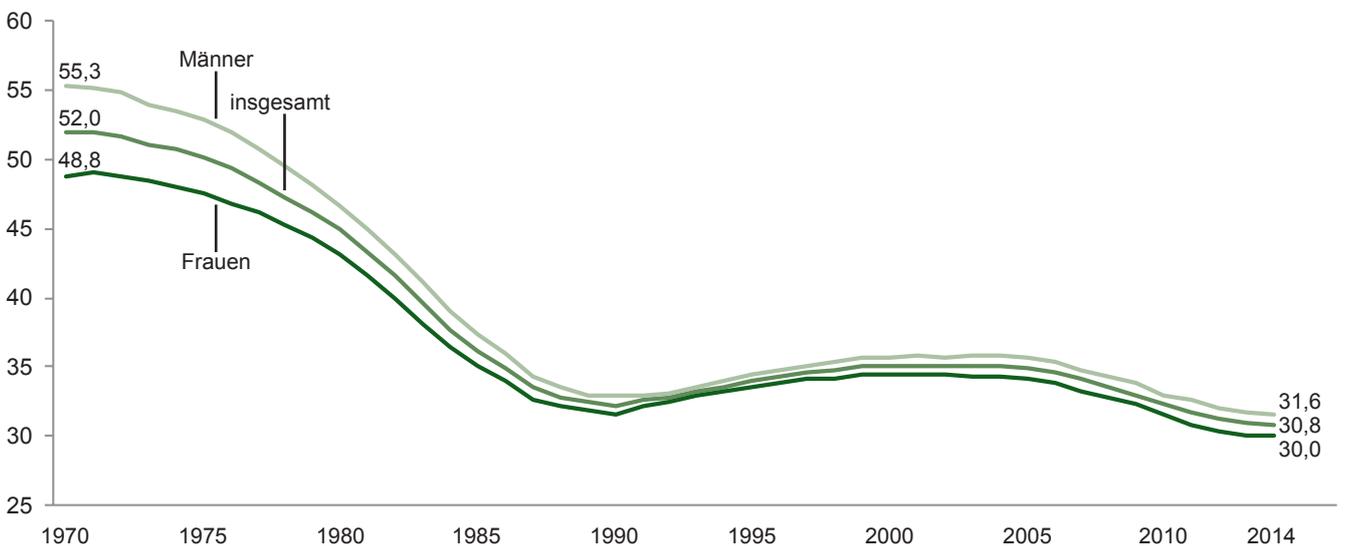
Altenquotient der Bevölkerung in NRW 1970 – 2014 nach Geschlecht – 65-Jährige und Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren –



Alten- und Jugendquotient



Jugendquotient der Bevölkerung in NRW 1970 – 2014 nach Geschlecht
 – unter 20-Jährige je 100 Personen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren –



Quelle: IT.NRW, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes

Grafik: IT.NRW

Hintergrundindikator

Demografische Entwicklung

Menschen mit Migrationshintergrund

Definition und methodische Hinweise

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen

1. Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikel 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sind oder
2. außerhalb des heutigen Gebietes der Bundesrepublik Deutschland geborene und seit dem 1. Januar 1950 nach Deutschland zugewanderte Personen oder
3. Personen, bei denen mindestens ein Elternteil die Kriterien der Nummer 2 erfüllt.

Diese Definition basiert auf § 4 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW vom 14.02.2012.

Die Datenbasis ist der Mikrozensus. Bis zum Erhebungsjahr 2010 basiert die Hochrechnung auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung 1987, ab 2011 auf den fortgeschriebenen Ergebnissen des Zensus 2011. Bei der Ermittlung des Migrationsstatus der Elternteile ist zu berücksichtigen, dass beim Mikrozensus regelmäßig nur Informationen von Elternteilen vorliegen, die mit ihren Kindern im Haushalt zusammen wohnen und wirtschaften. Alle vier Jahre (zuletzt im Jahr 2013) werden zusätzlich Zuwanderungsmerkmale der nicht im Haushalt lebenden bzw. verstorbenen Eltern erhoben, mit der Folge, dass sich der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gegenüber den Vergleichsjahren erhöht.

Entwicklung

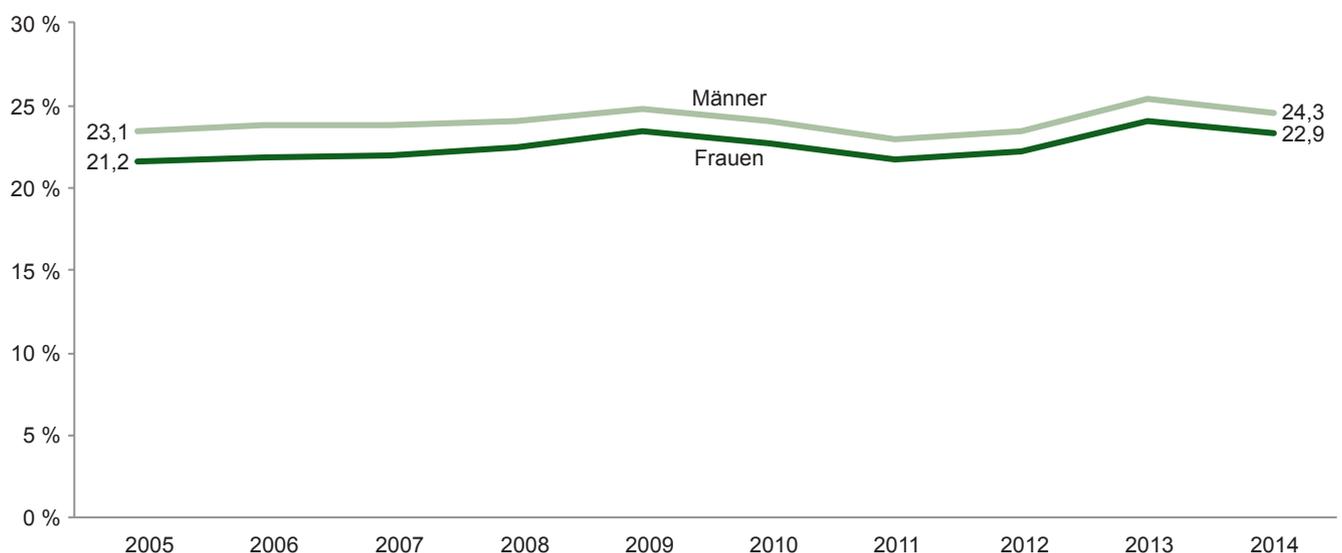
Im Jahr 2014 hatten 4,15 Millionen Personen und damit 23,6 % der Bevölkerung in NRW einen Migrationshintergrund. Im Jahr 2013, bei zusätzlicher Berücksichtigung der Migrationsmerkmale der nicht im Haushalt lebenden Eltern, lag der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund bei 24,5 %. Gegenüber 2005 ist dies ein Anstieg um 2,4 Prozentpunkte.

In der männlichen Bevölkerung liegt der Anteil derjenigen mit einem Migrationshintergrund etwas höher (2014: 24,3 %) als in der weiblichen Bevölkerung (2014: 22,9 %).

Der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund variiert mit dem Alter. 2014 hatten mehr als ein Drittel (37,3 %) der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren einen Migrationshintergrund. Bei den jungen Erwachsenen (18 bis unter 30 Jahre) waren es etwas mehr als ein Viertel (27,4 %) und bei den 30- bis unter 65-Jährigen etwas unter einem Viertel (23,5 %). Bei den Älteren (65 Jahre und älter) hatte gut jede/-r Zehnte (10,7 %) einen Migrationshintergrund.

Bevölkerung mit Migrationshintergrund in NRW 2005 – 2014 nach Geschlecht

– Anteil in Prozent –



Hintergrundindikator

Demografische Entwicklung

Pflegebedürftige Menschen in der vollstationären Dauerpflege bzw. der Häuslichkeit

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator „Pflegebedürftige Menschen in der vollstationären Dauerpflege bzw. in der Häuslichkeit“ basiert auf Auswertungen der Pflegestatistik, bei der u. a. ambulante Pflegeeinrichtungen (Pflegedienste) und stationäre Pflegeeinrichtungen (Pflegeheime), die einen Versorgungsvertrag nach dem elften Sozialgesetzbuch (SGB XI) haben, erfasst werden. Als pflegebedürftige Personen gelten alle Leistungsempfänger/-innen nach dem SGB XI. Generelle Voraussetzung für die Erfassung als Pflegebedürftige/-r ist die Entscheidung der Pflegekasse bzw. des privaten Versicherungsunternehmens über das Vorliegen von Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung zu den Pflegestufen I bis III bzw. zukünftig zu den Pflegegraden 1 bis 5. Bei der vollstationären Pflege wird zwischen Dauer- und Kurzzeitpflege unterschieden. Bei der Pflege in der Häuslichkeit (d. h. zu Hause) gibt es die Differenzierung zwischen Pflegegeldempfänger/-innen, die die Pflegehilfe selbst organisieren (in der Regel ist dies die Pflege durch Angehörige), und Leistungsempfänger/-innen, die (auch) durch ambulante Pflegedienste betreut werden. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden im Rahmen der Pflegestatistik diejenigen, die durch ambulante Dienste betreut werden und gleichzeitig Pflegegeld erhalten, unter den ambulant Versorgten nachgewiesen.

Entwicklung

Im Jahr 2013 gab es in NRW 581 492 Pflegebedürftige. Von ihnen wurden 72,4 % (421 168 Personen) zu Hause betreut. 289 737 Frauen und Männer erhielten ausschließlich Pflegegeld. Weitere

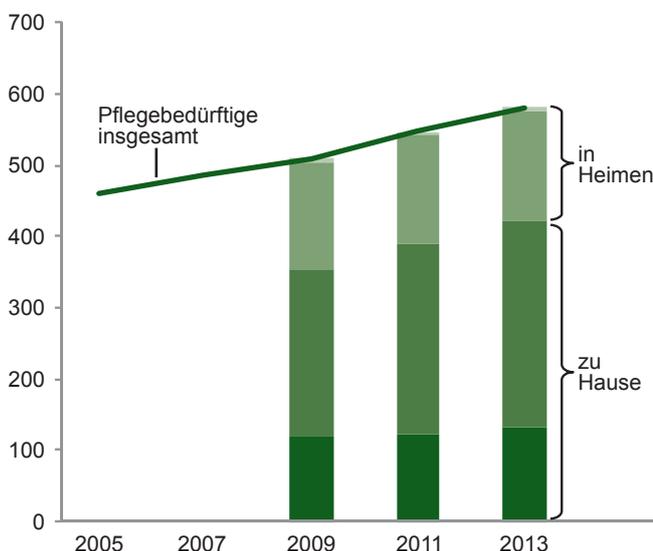
131 431 Pflegebedürftige wurden zu Hause (zusätzlich) durch ambulante Dienste versorgt. Ein gutes Viertel (27,6 % bzw. 160 324) der Pflegebedürftigen befand sich in Pflegeheimen in vollstationärer Pflege, der Großteil davon in Dauerpflege (155 733).

Die Zahl der Pflegebedürftigen hat sich zwischen 2009 bis 2013 um 14,2 % erhöht. Die Verteilung auf die verschiedenen Versorgungsarten (zu Hause oder Heim) hat sich nur geringfügig verändert: Auch damals erfolgte bei der Mehrheit (69,6 %) die Pflege zu Hause, 30,4 % der Pflegedürftigen wurden in Heimen betreut.

Bei der Art der Versorgung gibt es deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede: Männer werden häufiger zu Hause gepflegt als Frauen. Im Jahr 2013 wurden 79,5 % der Männer, aber nur 68,6 % der Frauen zu Hause versorgt. Dabei resultiert dieser Unterschied insbesondere daraus, dass bei Männern der Anteil der Pflegegeldempfänger (und somit die Betreuung durch selbst organisierte Pflegehilfen) eine stärkere Bedeutung hat als bei Frauen. 58,3 % der männlichen Pflegebedürftigen erhielten im Jahr 2013 ausschließlich Pflegegeld, bei weiblichen Pflegebedürftigen lag dieser Anteil bei 45,2 %.

Pflegebedürftige in NRW 2005 – 2013 nach Art der Versorgung*)

– in Tausend –



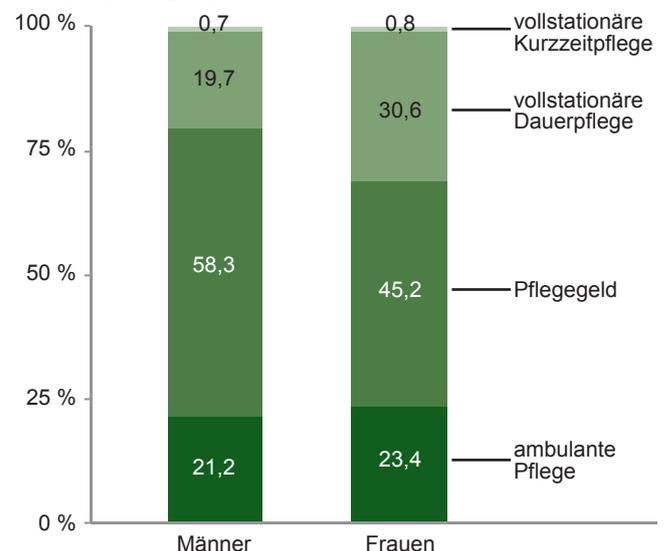
*) Daten liegen erst ab 2009 in vergleichbarer Form vor.

--- Quelle: IT.NRW, Pflegestatistik

Grifik: IT.NRW

Pflegebedürftige Männer und Frauen in NRW 2013 nach Art der Versorgung

– Anteil in Prozent –



Quelle: IT.NRW, Pflegestatistik

Grifik: IT.NRW

Hintergrundindikator

Demografische Entwicklung

Beschäftigte Pflegefachkräfte in der stationären und ambulanten Pflege in Voll- und Teilzeit

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator „Beschäftigte Pflegefachkräfte in der vollstationären Altenpflege bzw. in der ambulanten Pflege in Voll- und Teilzeit“ basiert auf Auswertungen der Pflegestatistik. Zum Pflegepersonal zählen diejenigen, die in einer Pflegeeinrichtung beschäftigt sind und teilweise oder ausschließlich Leistungen nach dem elften Sozialgesetzbuch (SGB XI) erbringen. In den Daten sind Praktikant(-inn)en, Schüler/-innen, Auszubildende, Helfer/-innen im freiwilligen sozialen Jahr, Zivildienstleistende (bis 2010) bzw. Helfer/-innen im Bundesfreiwilligendienst (ab 2011) sowie Umschüler/-innen (ab 2013) nicht enthalten.

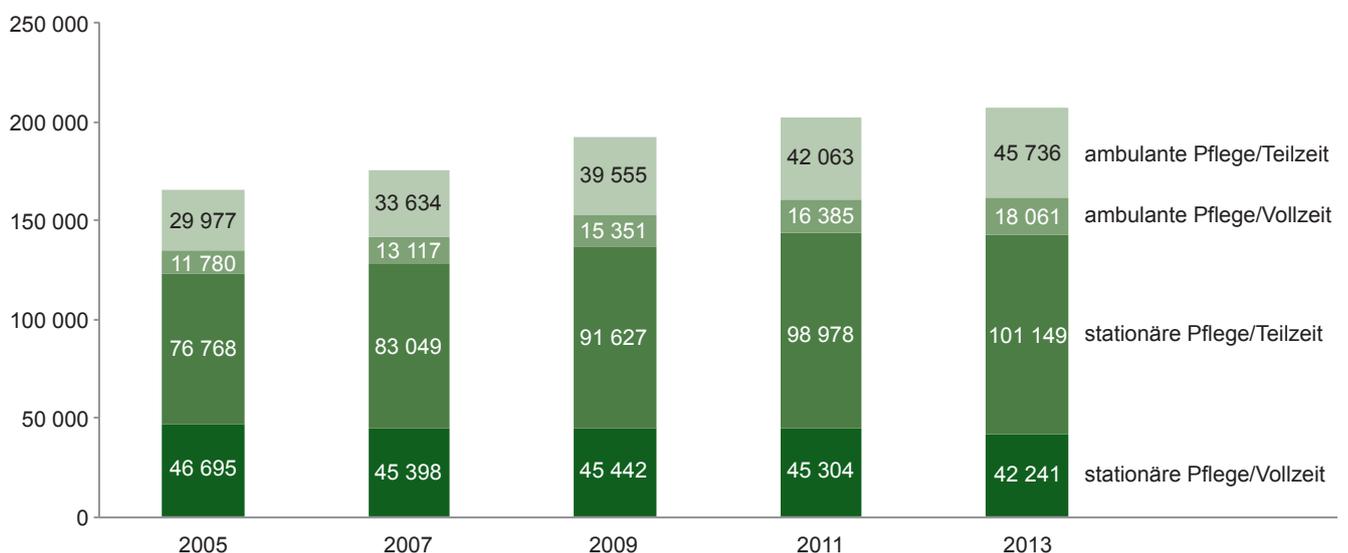
Entwicklung

Im Jahr 2013 gab es in NRW 2 458 Pflegeheime; darunter waren 2 303 Heime ausschließlich für ältere Menschen. Die stationären Pflegeeinrichtungen wurden ergänzt durch 2 377 ambulante Pflegedienste. Insgesamt waren 2013 in der stationären und ambulanten Pflege 207 187 Personen tätig. Die Teilzeitquote betrug 70,9 % und der Frauenanteil 86,0 %.

In den Pflegeheimen (also der stationären Betreuung) waren 143 390 Personen beschäftigt (Teilzeitquote: 70,5 %; Frauenanteil: 85,9 %). Für die ambulanten Pflegedienste waren im Jahr 2013 insgesamt 63 797 Personen tätig (Teilzeitquote: 71,7 %; Frauenanteil 86,6 %).

Zwischen 2005 und 2013 stieg sowohl die Zahl der Pflegeheime (+22,4 %), als auch die der ambulanten Pflegedienste (+14,2 %). Damals gab es in NRW 2 008 Pflegeheime (darunter 1 878 für ältere Menschen) und 2 039 ambulante Pflegedienste. Das Personal wurde im genannten Zeitraum im stationären und ambulanten Bereich insgesamt um 25,4 % aufgestockt (2005: 165 220 Beschäftigte). Die stationären Pflegeeinrichtungen verzeichneten bei den Beschäftigtenzahlen mit +16,1 % niedrigere Wachstumsraten als die ambulanten Pflegedienste (+52,8 %). Dieser unterdurchschnittliche Beschäftigtenzuwachs bei den Pflegeheimen wurde begleitet durch einen Anstieg der Teilzeitquote: Im Jahr 2005 lag die Teilzeitquote in stationären Pflegeeinrichtungen noch bei 62,2 %, und damit um 8,3 Prozentpunkte unter dem Wert des Jahres 2013. Im selben Zeitraum stagnierte die Teilzeitquote bei den ambulanten Diensten (2005: 71,8 %).

Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen und -diensten in NRW 2005 – 2013 nach Beschäftigungsverhältnissen – Anzahl der Beschäftigten –



Hintergrundindikator

Wirtschaftliche Entwicklung

Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner

Definition und methodische Hinweise

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Leistung und somit ein Indikator für die Konjunktur und die volkswirtschaftliche Entwicklung. Das BIP umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Das Bruttoinlandsprodukt wird preisbereinigt, d. h. frei vom Einfluss der Preisentwicklung, dargestellt. Langfristige zeitliche Vergleiche der preisbereinigten Werte werden durch eine Verkettung ermöglicht, die auf der Basis eines Referenzjahres (derzeit: 2010) erfolgt.

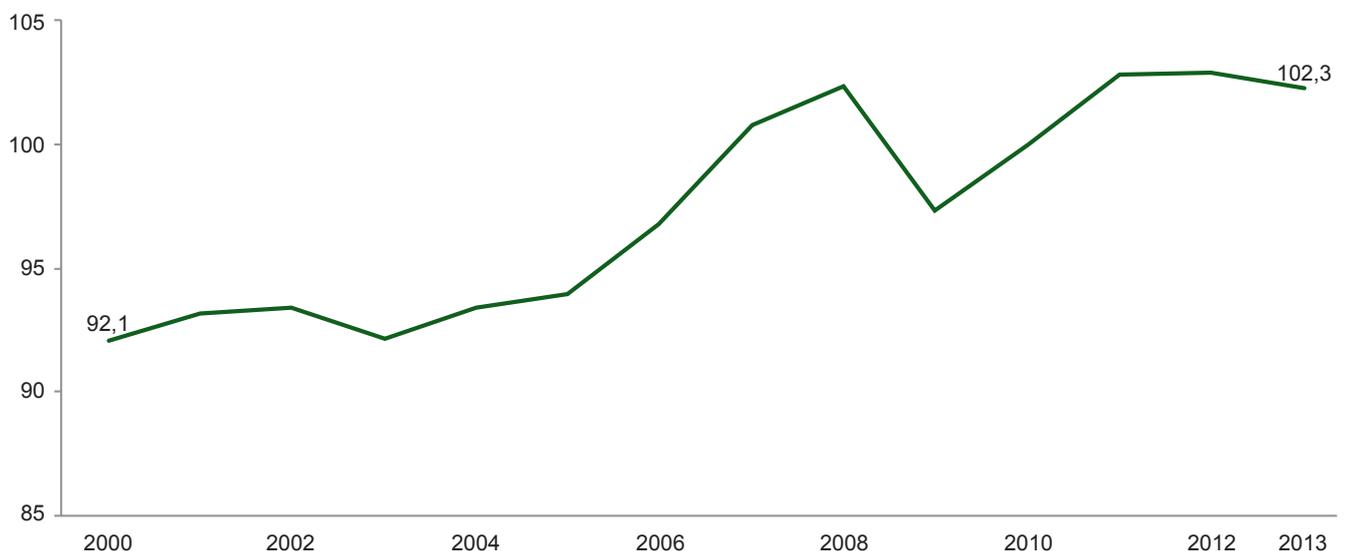
Der hier dargestellte Indikator „BIP je Einwohner“ bezieht die gesamtwirtschaftliche Leistung zum jeweiligen Jahresmittelwert der Einwohnerzahl.

Entwicklung

Im Zeitraum 2000 bis 2010 verlief die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner nicht konstant. Nach einer stagnierenden Phase zu Beginn des Jahrtausends ist für den Zeitraum 2004 bis 2008 ein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. 2009 erfolgte aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ein Einbruch des BIP je Einwohner, mit einem anschließenden Anstieg in den Jahren 2010 bis 2012. Im Jahr 2013 lag das BIP je Einwohner in NRW um 2,3 % höher als 2010.

Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) je Einwohner in NRW 2000 – 2013

– Index 2010 = 100 –



Hintergrundindikator

Wirtschaftliche Entwicklung

Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt

Definition und methodische Hinweise

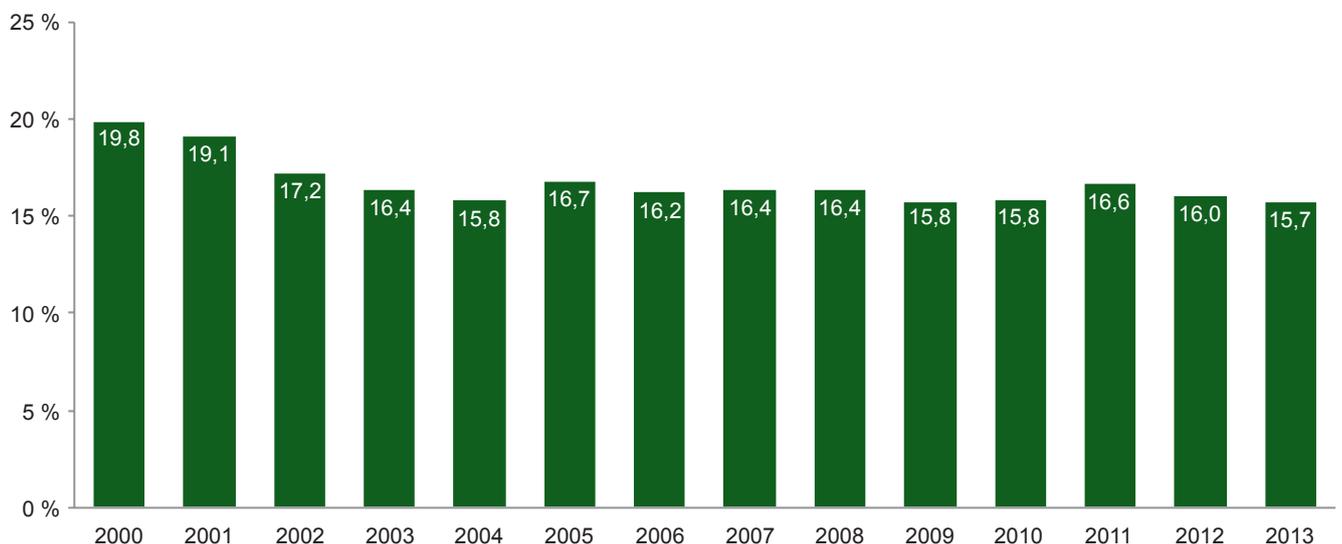
Das Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt wird als Investitionsquote bezeichnet. Zu den Bruttoanlageinvestitionen zählen Bauten (vor allem Wohn- und Nichtwohnbauten), Ausrüstungen (z. B. Maschinen, Fahrzeuge, Geräte) und sonstige Anlagen (z. B. immaterielle Anlagegüter wie Software und Urheberrechte, Investitionen in Forschung und Entwicklung).

Entwicklung

Im Jahr 2013 lag die Investitionsquote in NRW bei 15,7 % und damit unter dem Vorjahreswert von 2012 (16,0 %), aber auch unter dem Wert des Jahres 2000 (19,8 %). In der zeitlichen Betrachtung ist jedoch keine kontinuierliche Abnahme festzustellen, vielmehr schwankt die Investitionsquote seit 2003 um die 16-Prozent-Marke.

Betrachtet man die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen und des Bruttoinlandsprodukts getrennt, so zeigt sich, dass vor allem die Bruttoanlageinvestitionen erheblichen Schwankungen unterlagen: Die Höhe der Investitionen sank zunächst bis zum Jahr 2004, stieg bzw. stagnierte dann bis zum Jahr 2008. Zwischen 2008 und 2009, d. h. zur Hochphase der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, verringerten sich die Bruttoanlageinvestitionen binnen Jahresfrist um 6,5 %. In den beiden darauffolgenden Jahren wurde wieder ein Plus verzeichnet. Das Bruttoinlandsprodukt in NRW stieg indes fast im gesamten Zeitraum. Ausnahme hiervon war nur das Jahr 2009, in dem das Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr um 3,8 % sank.

Bruttoanlageinvestitionen (in jeweiligen Preisen) im Verhältnis zum BIP (in jeweiligen Preisen) in NRW 2000 – 2013 – in Prozent –



Hintergrundindikator

Bildung und Wissenschaft

30- bis 34-Jährige mit Hochschulausbildung oder einem vergleichbaren Abschluss

Definition und methodische Hinweise

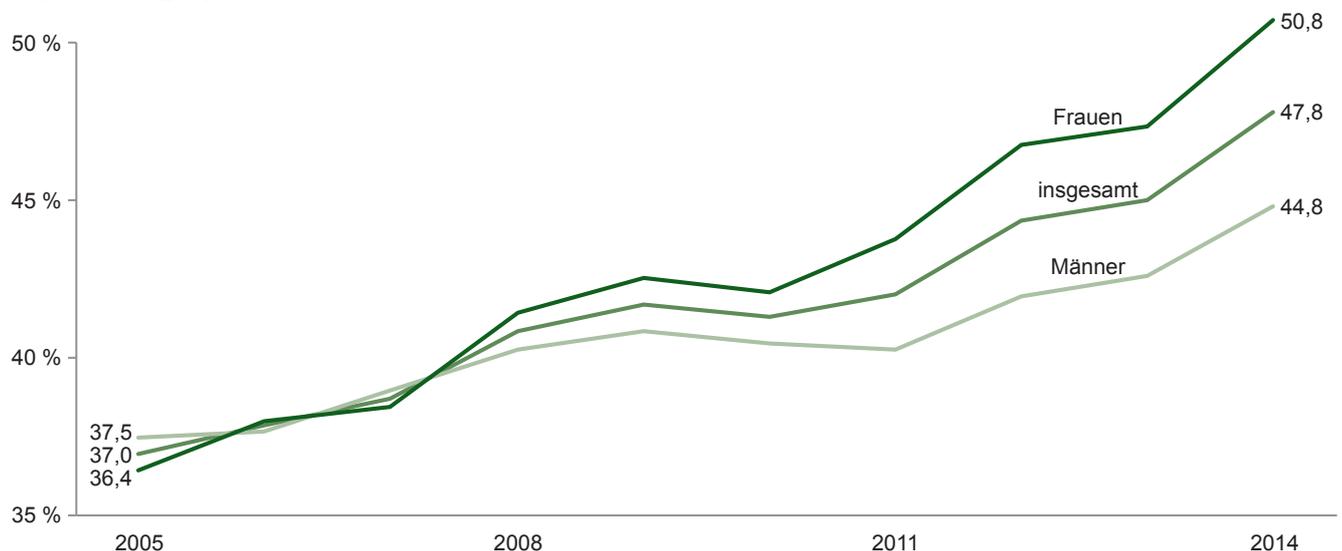
Der Indikator misst den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem tertiären oder postsekundären nicht tertiären Abschluss an allen 30- bis 34-Jährigen. Zu den tertiären Abschlüssen zählen Abschlüsse an Hochschulen, Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen, Berufs- und Fachakademien, Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens. Darüber hinaus schließt der Indikator auch postsekundäre nicht tertiäre Abschlüsse ein, die dadurch gekennzeichnet sind, dass zwei Abschlüsse des Sekundarbereiches II nacheinander oder auch gleichzeitig erworben werden, z. B. (Fach-) Abitur und Ausbildungsabschluss.

Entwicklung

Im Jahr 2014 verfügten 47,8 % der 30- bis 34-Jährigen in NRW über eine Hochschul- oder vergleichbare Ausbildung. Der Anteil ist seit 2005 nahezu kontinuierlich um insgesamt mehr als 10 Prozentpunkte gestiegen. In den Jahren 2005 und 2007 hatten noch mehr Männer als Frauen einen entsprechenden Abschluss. Im Zeitverlauf ist sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem tertiären oder vergleichbaren Abschluss gestiegen, bei den Frauen jedoch mit 14,4 Prozentpunkten deutlich stärker als bei den Männern mit 7,3 Prozentpunkten. Im Jahr 2014 konnten 50,8 % der Frauen und 44,8 % der Männer eine Hochschul- oder vergleichbare Ausbildung nachweisen.

30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht tertiärem Abschluss in NRW 2005 – 2014 nach Geschlecht

– Anteil in Prozent –



Hintergrundindikator

Bildung und Wissenschaft

Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator gibt den prozentualen Anteil der privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) am Bruttoinlandsprodukt (BIP) an. Berücksichtigt werden dabei FuE-Ausgaben von der privaten Wirtschaft, vom Staat (einschließlich privater Institutionen ohne Erwerbszweck) und von Hochschulen. Ab dem Berichtsjahr 2011 werden die sogenannten internen Ausgaben ausgewiesen, d. h. um Doppelzahlungen zu vermeiden, werden Zuweisungen und Zuschüsse, die im Rahmen von Kooperationen an andere Forschungseinrichtungen weitergeleitet werden, nur noch bei der Institution erfasst, welche die Forschungsleistung erbringt.

Entwicklung

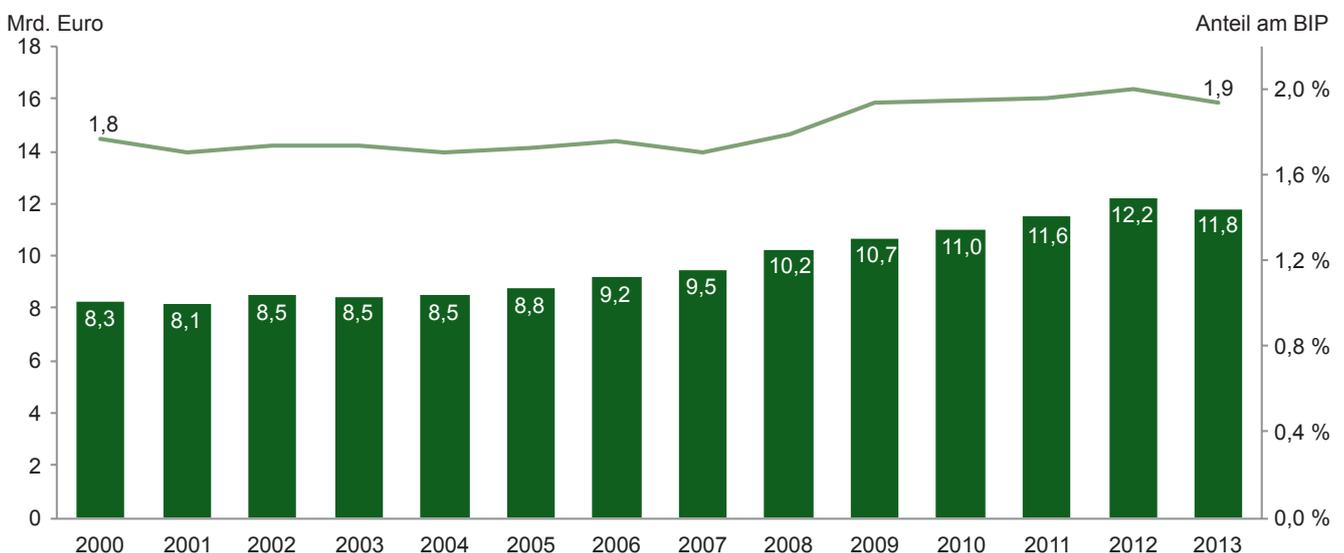
Im Jahr 2013 beliefen sich die FuE-Ausgaben von Wirtschaft, Staat und Hochschulen in NRW auf insgesamt 11,8 Milliarden Euro. Das waren 41,9 % mehr als im Jahr 2000. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt lag 2013 bei 1,9 % und somit etwas höher als im Jahr 2000 (1,8 %). Die seit der Jahrtausendwende höchsten FuE-Ausgaben im Verhältnis zum BIP wurden im Jahr 2012 realisiert (2,0 %).

Die FuE-Ausgaben verteilen sich im Jahr 2013 wie folgt auf die Sektoren: Den größten Anteil hatten die Forschungsausgaben der Wirtschaft (57,2 %), gefolgt von den Hochschulen (25,7 %) sowie den staatlichen Forschungseinrichtungen inklusive der privaten Institutionen ohne Erwerbszweck (17,1 %). Die FuE-Ausgaben-

struktur hat sich damit seit 2000 verschoben: Damals hatte die Wirtschaft noch einen größeren Anteil bei den FuE-Ausgaben (63,9 %), entsprechend geringer waren der Anteil der Hochschulen (20,9 %) und des Staates inklusive der privaten Institutionen ohne Erwerbszweck (15,2 %).

Ausgaben für Forschung und Entwicklung in NRW 2000 – 2013

– Ausgaben in Milliarden Euro sowie Anteil am BIP in Prozent –



Hintergrundindikator

Bildung und Wissenschaft

Patentanmeldungen und Patentintensität

Definition und methodische Hinweise

Der Indikator „Patentanmeldungen“ gibt die jährliche Zahl der Anmeldungen beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) an. Für die Berechnung des Indikators „Patentintensität“ werden die Patentanmeldungen in Bezug zur Einwohnerzahl (je 100 000 Einwohner) gesetzt. Die räumliche Zuordnung der Anmeldungen erfolgt anhand des Sitzes des Anmelders. Anzumerken ist, dass die DPMA-Statistiken in einem dynamischen Statistiksysteem erzeugt werden, so dass die Daten in Abhängigkeit des Abfragezeitpunkts aufgrund von Nachmeldungen variieren können.

Ein Patent ist das Recht am Eigentum für technische Erfindungen. Es ermöglicht seinem Inhaber die exklusive wirtschaftliche Verwertung innerhalb eines bestimmten Gebiets für den vorgegebenen Zeitraum.

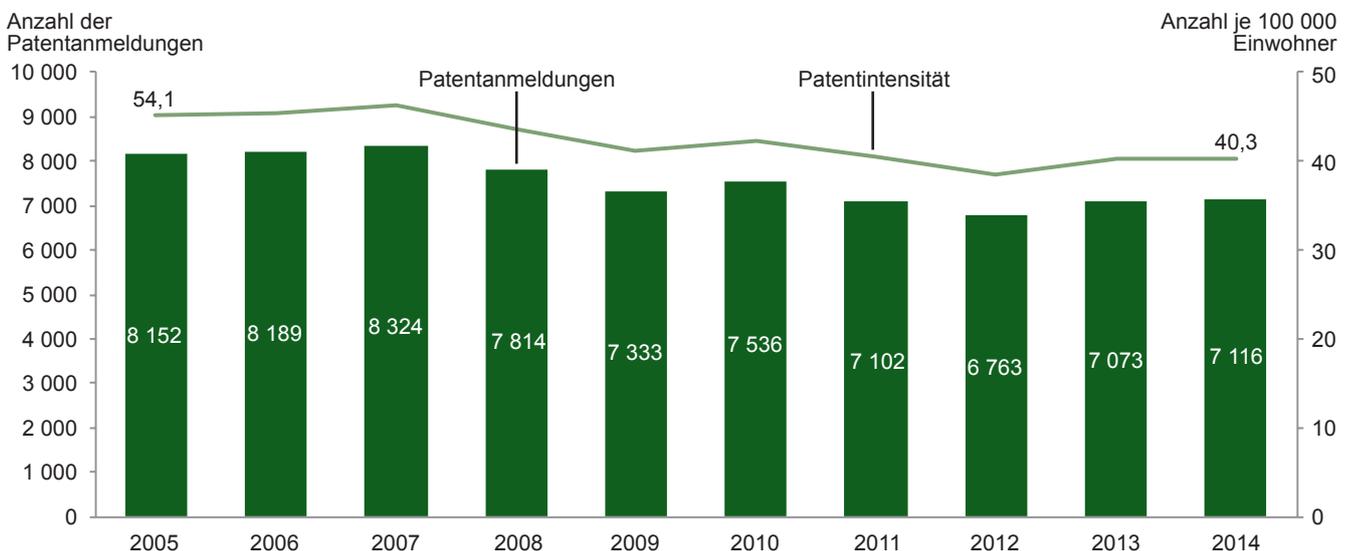
Entwicklung

Im Jahr 2014 wurden beim DPMA 7 116 Erfindungen von Personen, Firmen und Institutionen aus NRW als Patent angemeldet. Im Vergleich zu 2005 bedeutet dies einen Rückgang um 12,7 %, wobei der Verlauf nicht geradlinig war.

Auf 100 000 Einwohner in NRW kamen im Jahr 2014 insgesamt 40 Patentanmeldungen, das waren knapp fünf weniger als noch im Jahr 2005. Die Patentintensität hat damit um 10,6 % abgenommen.

Patentanmeldungen und Patentintensität in NRW 2005 – 2014

– Anzahl der Anmeldungen sowie Anzahl je 100 000 Einwohner –



Abkürzungsverzeichnis

AK UGRdL	Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
EpIB	Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit
FWS	Deutscher Freiwilligensurvey
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
ICD-10	Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme
IT.NRW	Information und Technik Nordrhein-Westfalen
LAK Energiebilanzen	Länderarbeitskreis Energiebilanzen
LANUV NRW	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen
LDI NRW	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
LF	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LRH NRW	Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen
LZG	Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen
MGEPA NRW	Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen
MKULNV NRW	Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
MSTn	Messstellen
MSW	Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen
N	Stickstoff
NO ₂	Stickstoffdioxid
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
PM ₁₀	Feinstaub mit Partikeln, deren aerodynamischer Durchmesser weniger als 10 µm beträgt (Feinstaub PM ₁₀)
SDGs	Sustainable Development Goals
VGRdL	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder
dB(A)	Dezibel, der zehnte Teil eines Bels zum Messfilter A
ha	Hektar
ha/d	Hektar pro Tag
kg	Kilogramm
km	Kilometer
m ³	Kubikmeter
mg/l	Milligramm pro Liter
N/ha (kg N/ha LF)	Kilogramm Stickstoff je Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche
µg	Mikrogramm
<	Kleiner-als-Zeichen
>	Größer-als-Zeichen

Landesregierung Nordrhein-Westfalen
40190 Düsseldorf
Telefon: 0211-837-01

www.nrw.de

